

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

DIALOG GLOBAL



Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana

Potenziale und Handlungsrahmen
im Mehrebenensystem am Beispiel
der Partnerschaft NRW – Ghana

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr. 20

Impressum:

Herausgeber:

Engagement Global gGmbH, Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn

Fon: +49/228/20717-0
Fax: +49/228-20717-150
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft Nr. 20
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy

Texte: Prof. Dr. Walter Eberlei, Ulrich Held, Dr. Beate Scherrer, Dr. Stefan Wilhelmy
Redaktion: Ulrich Held, Cathrin Seherer, Dr. Stefan Wilhelmy
Grafiken: UNDP, SKEW

Umschlaggestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter
Titelfoto: punkt4- Agentur für Kommunikation und gute Ideen GmbH, Dortmund
Layout Innen: Dreimalig Werbeagentur, Köln
Druck: Theissen Medien Gruppe GmbH & Co.KG
100% Recyclingpapier, RecyMago

Bonn, August 2009, unveränderter Nachdruck 2012

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
mit Ghana

Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem
am Beispiel der Partnerschaft NRW – Ghana

Herausgeber:
InWEnt gGmbH - Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

August 2009

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
Verzeichnis der Textboxen	5
Vorwort	7
I. Einleitung	
Walter Eberlei / Stefan Wilhelmy	9
II. Entwicklung und Dezentralisierung in Ghana	
Walter Eberlei	13
II.1 Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes	13
II.2 Die politische Entwicklung des Landes	14
II.3 Strukturen und Herausforderungen der lokalen Entwicklung Ghanas	17
II.4 Fazit	21
III. Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana	
Walter Eberlei / Beate Scherrer	23
III.1 Internationale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana	23
III.2 Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands	25
III.3 Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer:	
Das Beispiel der Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen und Ghana	26
III.4 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Agenda 21	29
III.5 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana	32
III.6 Kooperationen zivilgesellschaftlicher Akteure aus Nordrhein-Westfalen mit Partnern in Ghana	34
III.7 Fazit	36
IV. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana im Mehrebenensystem	
Ulrich Held / Stefan Wilhelmy	39
IV.1 Ghana im Kontext der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika	39
IV.2 Thematische Anknüpfungspunkte für kommunale Entwicklungspolitik mit Ghana	41
IV.3 Vernetzung und Kooperation mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren – in Ghana und in deutschen Kommunen	42
IV.4 Bund, Länder und Kommunen in gemeinsamer Verantwortung – Der Mehrebenen-Ansatz	43
IV.5 Der Mehrebenen-Ansatz in Bezug auf Ghana am Beispiel von Kommunen aus Nordrhein-Westfalen	44
V. Anhang	47
V.1 Quellenangaben	47
V.2 Serviceteil	50
V.3 Fragebogen „Partnerschaften lokaler Akteure in NRW mit Ghana“	54
V.4 Die Millenniumentwicklungsziele – Übersicht über Ziele und Indikatoren	58
V.5 Ergebnisprotokoll der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober 2008	59
V.6 Partnerschaftsvereinbarung zwischen Ghana und Nordrhein-Westfalen	62
V.7 Erklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen	64

Abkürzungsverzeichnis

AAA	Accra Agenda for Action
AGL	Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Netzwerke
APRM	African Peer Review Mechanism
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
CEMR / RGRE	Council of European Municipalities and Regions / Rat der Gemeinden und Regionen Europas
CLGF	Commonwealth Local Government Forum
DA	District Assembly
DAC	Development Assistance Committee (Ausschuss für Entwicklungshilfe)
DCE	District Chief Executive
DED	Deutscher Entwicklungsdienst gGmbH
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
EXECO	Executive Committee
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FNS	Friedrich-Naumann-Stiftung
GACC	Ghana Anti-Corruption Coalition
GFG	Good Financial Governance
GGEA	Ghanaian-German Economic Association (ghanaisch-deutschen Industrie- und Handelskammer)
GII	Ghana Integrity Initiative
G-JAS	Ghana Joint Assistance Strategy
GPRS	Ghana Poverty Reduction Strategy (2003-2005, auch als GPRS I)
GPRS II	Growth and Poverty Reduction Strategy (2006-2009)
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH
HIPC	Heavily Indebted Poor Countries
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung
ICLEI	Local Governments for Sustainability (vormals: International Council for Local Environmental Initiatives)
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
IWF	Internationaler Währungsfonds
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KEZ	Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau - Entwicklungsbank
KKMU	Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen
MDA	Ministries, Departments, Agencies
MDG	Millennium Development Goals (Millenniumsentwicklungsziele)
MDBS	Multi Donor Budget Support
MGFFI	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration – NRW
MPK	Ministerpräsidentenkonferenz
NDAP	National Decentralisation Action Plan
NDC	National Democratic Congress
NEPAD	New Economic Partnership for Africa's Development
NPP	New Patriotic Party

NRW	Nordrhein-Westfalen
NRO	Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PRS	Poverty Reduction Strategy
RGRE / CEMR	Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Council of European Municipalities and Regions
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH
SOG	Stichting Ontwikkelingssamenwerking Gouda (Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Gouda)
TUC	Trade Union Congress
UC	Unit Committee
UCLG	United Cities & Local Governments
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNACLA	United Nations Advisory Committee of Local Authorities
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNDP	United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)
VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
VNG	Vereniging van Nederlandse Gemeenten (Vereinigung niederländischer Gemeinden)
WACAP	World Alliance of Cities Against Poverty
WMCCC	World Mayors Council on Climate Change
ZEF	Zentrum für Entwicklungsforschung

Verzeichnis der Textboxen

Textbox 1: Republik Ghana (Republic of Ghana) auf einen Blick	8
Textbox 2: MDGs in Ghana	13
Textbox 3: Seit über 25 Jahren: Partnerschaft Rheinland-Pfalz - Ruanda.	27
Textbox 4: Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes NRW	29
Textbox 5: Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, Hamburg 2006	31

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

es gibt zwei hoffnungsvolle Anlässe für die Veröffentlichung der hier gesammelten Beiträge: Die junge Regionalpartnerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mit Ghana und die ersten Ansätze in Kommunen dieses Bundeslandes, ebenfalls Beziehungen nach Ghana aufzubauen.

Für diese und alle weiteren Akteure und Unterstützer der kommunalen Entwicklungspolitik wird der Handlungsrahmen für kommunales Engagement in Ghana erläutert und seine besonderen Potenziale aufgezeigt. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt möchte damit die Basis für kommunale Partnerschaften mit ghanaischen Kommunen stärken.

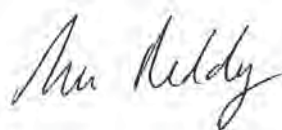
Ein zweites Anliegen der Publikation ist, am Beispiel der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Ghana Kooperationsmöglichkeiten von Bund, Ländern und Nichtregierungsorganisationen mit engagierten Kommunen darzustellen. Es ist erstaunlich, wie viele Anknüpfungspunkte und wie viel Kohärenz zwischen den Aktivitäten sich anbieten. Ghana könnte Modell dafür stehen, den Beschluss der Ministerpräsidenten der Bundesländer vom Oktober 2008 in die Praxis umzusetzen: „Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“. Es ist zu hoffen, dass die Vernetzung der Ebenen zum Wohl der Partnerländer von allen Ebenen voran getrieben wird, so wie es auch das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik in der Anfang 2009 veröffentlichten Studie „Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland“ empfohlen hat. Daran anknüpfend liegen hiermit nun für Ghana erste konkrete Empfehlungen vor.

Sehr möchten wir Herrn Professor Dr. Walter Eberlei (Fachhochschule Düsseldorf) sowie Frau Dr. Beate Scherrer (Bonn) danken. Sie haben die beiden zentralen, auf Ghana bezogenen Beiträge in dieser Veröffentlichung erarbeitet und eine faktenreiche und aktuelle Darstellung Ghanas, insbesondere auch zum Stand und zu den Problemen der Dezentralisierung, vorgelegt.

Danken wollen wir auch den etwa 100 Organisationen und Gruppen in Nordrhein-Westfalen, die in einer Befragung bereitwillig Auskunft über ihre langjährige Partnerschafts-

arbeit mit Ghana gegeben haben. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse sind in die Beschreibung des Engagements der deutschen Nichtregierungsorganisationen eingegangen.

Für weiterführende Beratung und Vernetzung in der kommunalen Entwicklungspolitik steht Ihnen die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt immer gerne zur Verfügung.



Anita Reddy

Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt /
InWEnt gGmbH

Textbox 1

Republik Ghana (Republic of Ghana) auf einen Blick

Klima:	tropisch feuchtheiß
Größe:	238.537 km ² (zum Vergleich Deutschland ca. 357.000 km ²)
Hauptstadt (Einwohnerzahl):	Accra (seit 1877; zuvor Cape Coast) ca. 1,9 Mio. (Schätzung); Metropolen Accra u. Tema ca. drei Mio.
Bevölkerung:	geschätzt 20,5 Mio. (2003; zusätzlich etwa 2 Mio. im Ausland); verschiedene Ethnien, ca. 2,0% jährliches Wachstum
Landessprache(n):	Amtssprache Englisch; daneben Akan-Sprachen (u.a. Twi, Fanti), Ewe, Ga, Haussa und ca. 40 weitere Sprachen und Dialekte
Religionen, Kirchen:	Evangelische Kirche (Presbyterianer, Methodisten, Baptisten, Charismatische Bewegungen, zusammen ca. 20%), Katholische Kirche (10%), Islam (30%), Naturanliegen (40%)
Nationaltag:	6. März (Unabhängigkeit)
Unabhängigkeit:	6. März 1957
Regierungsform:	Präsidialdemokratie (4. Republik seit 07.01.1993)
Staatsoberhaupt:	Staatspräsident John Evans Atta Mills (Partei National Democratic Congress, NDC), President of the Republic of Ghana (Amtsantritt 07.01.2009)
Vertreter:	Vizepräsident John Dramani Mahama, Vice President (Amtsantritt 07.01.2009)
Regierungschef:	Staatspräsident John Evans Atta Mills (NDC)
Parlament:	Einkammerparlament; 230 Sitze
Gewerkschaften:	im Trade Union Congress (TUC) sind 16 Einzelgewerkschaften zusammengefasst
Verwaltungsstruktur:	10 Regionen mit Regionalministern, 138 Distrikte mit „District Chief Executives“ und „District Assemblies“
Bruttoinlandsprodukt (BIP):	12,48 Mrd. US\$ (2006)
BIP pro Kopf:	558 US\$

Auszüge aus Länderinformationen Ghana des Auswärtigen Amtes.

Online: www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/01-Laender/Ghana.html

(Stand: Januar 2009)

Einleitung

Walter Eberlei / Stefan Wilhelmy

Ghana zählt zu den wichtigsten deutschen Partnerländern in Sub-Sahara Afrika. Mit wenigen anderen Ländern der Region pflegen deutsche Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft so intensive Verbindungen. Seit 2007 besteht nun eine Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana. Dies lässt auch eine Ausweitung und Intensivierung der Beziehungen auf kommunaler Ebene erwarten. Grund genug, dieses westafrikanische Land genauer kennenzulernen und Ansatzpunkte für das entwicklungspolitische Engagement kommunaler Akteure herauszustellen.

Die gewachsenen **außenpolitischen Beziehungen** zwischen beiden Staaten wurden in den vergangenen Jahren durch verschiedene hochrangige politische Kontakte vertieft: 2004 besuchte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder Ghana, 2007 Bundespräsident Horst Köhler, 2008 erfolgte die Staatsvisite des damaligen Staatspräsidenten John Agyekum Kufuor in Berlin. Dass Köhler 2007 das westafrikanische Land bereiste, war kein Zufall, sondern stand im Zeichen der Feiern zur 50-jährigen Unabhängigkeit: Ghana hatte sich 1957 als erstes afrikanisches Land von der (britischen) kolonialen Herrschaft befreien können – dieses Faktum verschafft dem Land bis heute hohe Anerkennung in ganz Afrika, sichtbar zum Beispiel darin, dass der ghanaische Präsident Kufuor im ghanaischen Jubiläumsjahr auch zum Präsidenten der Afrikanischen Union gewählt wurde. Doch Ghanas Rolle für Afrika und damit auch seine Bedeutung für die deutsche Außenpolitik gründet nicht nur in dieser historischen Sonderrolle und auch nicht darin, dass mit Kofi Annan ein Ghanaer über Jahre den Vereinten Nationen als Generalsekretär vorstand. Es ist vor allem die Tatsache, dass Ghana im unruhigen Westafrika als Hort politischer Stabilität gilt, anders als beispielsweise die Nachbarstaaten Côte d'Ivoire oder Togo, die zu dieser Bedeutung beiträgt. Deutschlands Unterstützung für das *Kofi Annan International Peace Keeping Center*, das der Ausbildung von Soldaten und Polizisten aus Ghana und anderen Ländern dient, die an friedenserhaltenden UN-Missionen teilnehmen sollen, steht in diesem Kontext. Insbesondere Ghanas Vorbildfunktion für die Demokratisierung in Afrika ist heute ein wichtiger außenpolitischer Faktor: Ghanas Regierung gehörte zu den Initiatoren des NEPAD-Prozesses, der Reforminitiativen in vielen Ländern des Kontinents ausgelöst hat. Ghana war das erste Land,

das seine Politik in 2005 in diesem Zusammenhang einem externen Überprüfungsprozess unterziehen ließ. Die politische Entwicklung des Landes zu einer vergleichsweise stabilen Demokratie wurde zuletzt durch die Wahlen im Dezember 2008 erkennbar. Diese politische Vorreiterrolle Ghanas für ganz Afrika gibt dem Land großes Gewicht.

Auch die **wirtschaftlichen Beziehungen** zwischen beiden Ländern sind bemerkenswert. Im Außenhandel Deutschlands mit den insgesamt 47 Ländern in Sub-Sahara Afrika belegt Ghana bei der Ausfuhr den 7. und bei der Einfuhr den 5. Platz. In den letzten Jahren nahmen deutsche Exporte nach Ghana stark zu und erreichten 2007 den höchsten Stand seit zehn Jahren. Im Vergleich zum Außenhandel Deutschlands mit Industrie- und Schwellenländern sind die Volumina gleichwohl bescheiden; in der Rangfolge aller Handelspartner Deutschlands nimmt Ghana den 97. Platz ein. Die wichtigsten Exportgüter aus Deutschland nach Ghana sind Fahrzeuge (vor allem Gebrauchtwagen), Maschinen und chemische Erzeugnisse. Kakao und Holz sind wichtigste Importgüter. Für Ghana dagegen ist Deutschland einer der wichtigsten Außenhandelspartner: Bei den Lieferländern belegte Deutschland 2007 nach den USA den zweiten Platz, bei den Abnehmerländern lag Deutschland nach den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich auf Platz 4.

Etwa 90 deutsche Firmen haben Niederlassungen in Ghana eröffnet. Sie sind vor allem in den Bereichen Transport / Logistik, Zementherstellung, Krankenhausausrüstung, Maschinen-, Werkzeughandel, Busmontage und in der Nahrungsmittelherstellung tätig.

Zum außenpolitischen und außenwirtschaftspolitischen Stellenwert Ghanas für Deutschland kommt hinzu, dass Ghana zu den wichtigsten Partnerländern **deutscher Entwicklungszusammenarbeit** gehört. Schon im Jahr der Unabhängigkeit Ghanas (und damit vier Jahre vor Gründung des deutschen Entwicklungsministeriums) flossen 150.000 Deutsche Mark aus dem Etat des Auswärtigen Amtes nach Ghana, um eine mobile zahnärztliche Klinik zu finanzieren. Das Gesamtvolumen der Entwicklungskooperation zwischen beiden Ländern beläuft sich mittlerweile auf über eine Milliarde Euro. Ghana ist ein wichtiges Partnerland für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Afrika

(2007 verzeichnete das BMZ 38,5 Millionen Euro an Entwicklungshilfe aus Deutschland nach Ghana; damit belegt das Land Platz 8 unter den Empfängerländern in Sub-Sahara Afrika).¹ Das Bundesland **Nordrhein-Westfalen** (NRW) hat 2007 ein **Partnerschaftsabkommen** mit Ghana geschlossen (NRW-Ghana 2007; vollständiger Text siehe Anhang V.6). Vereinzelt haben auch Kommunen aus NRW partnerschaftliche Bande mit kommunalen Akteuren in Ghana geknüpft: Vorreiter sind hier die Städte Bonn und Mönchengladbach. Angesichts der starken und wachsenden bilateralen Verflechtungen auf allen Ebenen besteht auch für Kommunen großes Potenzial, Beziehungen nach Ghana weiter auf- und auszubauen. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aus NRW pflegen teilweise seit Jahrzehnten Partnerschaften mit ghanaischen Organisationen (z.B. Kirchen). Es gibt mehrere Partnerschaften zwischen Hochschulen in NRW und in Ghana. Unternehmen und Wirtschaftsverbände kooperieren.

Neben den außen-, außenwirtschafts- und entwicklungspolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern ist sicher auch die Tatsache, dass es eine **große ghanaische Diaspora in Deutschland** gibt, ein wichtiger Motor für die dynamische Annäherung beider Länder. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes leben über 20.000 Ghanaer in Deutschland (Ende 2007), davon etwa 5.500 in Hamburg und ca. 4.500 in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt noch einmal eine große Gruppe deutscher StaatsbürgerInnen, die einen ghanaischen Migrationshintergrund hat (in NRW allein etwa 4.500 Menschen). Ghanaer bilden damit die größte Gruppe von Migrantinnen und Migranten aus Sub-Sahara Afrika in Deutschland. Die meisten hier lebenden Menschen mit ghanaischen Wurzeln sind in den 1970er und 1980er Jahren nach Deutschland gekommen. Viele Ghanaer, insbesondere aus den Mittelschichten, verließen ihr Land in Zeiten schwerer wirtschaftlicher und politischer Krisen. Viele der damaligen Flüchtlinge verfügen heute über einen gesicherten rechtlichen Status und haben sich dauerhaft in Deutschland niedergelassen. Die regelmäßigen finanziellen Überweisungen der Diaspora nach Ghana gehören dort inzwischen zu den signifikanten externen Zuflüssen.

Die Verdichtung der Beziehungen spiegelt sich auch in den **Verkehrsverbindungen wider**: Inzwischen gibt es zwei regelmäßige Flugverbindungen (täglich Frankfurt-Accra / Lufthansa sowie wöchentlich Düsseldorf-Accra / Ghana International Airlines) zwischen beiden Ländern. Deutschland ist nach Großbritannien das zweitwichtigste Reiseziel der Ghanaer in Europa.

Last but not least verbindet der **Fußball** die beiden Länder. Die Bundesliga wird in Ghana intensiv verfolgt, denn eine ganze Reihe ghanaischer Fußballspieler spielt bei deutschen Vereinen (und Gerald Asamoah, Schalke 04, deutscher Nationalspieler von 2001 bis 2006, wurde in Ghana geboren). Die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland war auch für die Spieler aus Ghana ein Sommermärchen: Die Black Stars schnitten als bestes afrikanisches Team ab (und teilten mit Deutschland das Leid einer Niederlage gegen Italien...).

Die Rolle kommunaler Entwicklungszusammenarbeit ist im Verhältnis zur Ebene der Bundesländer, der nationalen Ebene und zur Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure noch nicht klar, geschweige denn gefestigt. Das Beispiel der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda zeigt aber, welche Dynamik durch eine solche Länderpartnerschaft entstehen kann. Daher sollte die Frage der Komplementarität des kommunalen Engagements zu den Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene zeitig gestellt werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der internationalen Bemühungen, die Entwicklungszusammenarbeit effektiver zu gestalten (siehe *Paris Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit* von 2005 und *Accra Aktionsplan*, 2008), denen auch künftige kommunale Aktivitäten Rechnung tragen sollten.

Die nachfolgenden Artikel sollen hierzu einen Beitrag leisten: Der Artikel von Walter Eberlei (II.) liefert die notwendigen Hintergrundinformationen zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Ghanas und erklärt Strukturen und Herausforderungen der lokalen Entwicklung des Landes. Danach wird im Artikel von Walter Eberlei und Beate Scherrer (III.) die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Ghana beschrieben, darunter die EZ des Bundes

¹ Die gesamte bilaterale Entwicklungshilfe Deutschlands an insgesamt 45 Empfängerländer in Sub-Sahara Afrika betrug 2007 rund 1,4 Milliarden Euro (ein gutes Drittel davon war allerdings ein außergewöhnlich hoher Schuldenerlass für Kamerun); vgl. BMZ 2008, 400ff.

und der Länder, der Zivilgesellschaft sowie die beginnende Tätigkeit der Kommunen; immer unter besonderer Berücksichtigung der nordrheinwestfälischen Akteure. Vor dem Hintergrund dieser Bestandsaufnahme ist der abschließende dritte Beitrag des Heftes von Ulrich Held und Stefan Wilhelmy (IV.) den Rahmenbedingungen und Potenzialen einer künftigen Ausweitung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana gewidmet. Damit soll zugleich am Beispiel Ghanas ein konstruktiver Mehrebenenansatz bezüglich der Rolle der Kommunen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit diskutiert werden. Der Anhang (V.) umfasst neben den gesammelten Quellenangaben der Einzelbeiträge auch einen Serviceteil mit zahlreichen Hinweisen auf weiterführende Literatur, Internetquellen, Kontaktadressen und Dokumenten.

II. Entwicklung und Dezentralisierung in Ghana

Walter Eberlei

Ghana ist ein Hoffnungsträger auf dem afrikanischen Kontinent. Das Land hat in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren sehr positive politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen durchlaufen. Gleichwohl bleiben zahlreiche Herausforderungen – auch oder gerade auf lokaler Ebene.

II.1 Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes

Ghana kann auf eine im afrikanischen Vergleich sehr erfolgreiche wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren zurückblicken. Das wirtschaftliche Wachstum ist beeindruckend: Während das jährliche Wachstum schon in den 1990er Jahren durchschnittlich im Bereich von vier Prozent lag, konnte das Land dies in jüngster Zeit noch weiter steigern. Seit 2003 legt die Wirtschaft des Landes jedes Jahr um mehr als fünf Prozent, in 2006 und 2007 sogar um mehr als sechs Prozent zu. Diese Verbesserung spiegelt sich auch im Pro-Kopf-Einkommen, dessen Zuwachs in den Jahren 2003 bis 2005 bei durchschnittlich 3,3 Prozent, in den Jahren 2006 und 2007 sogar bei 4,2 Prozent lag. Im afrikanischen Vergleich gehört Ghana damit zur Spitzengruppe. Die gute durchschnittliche ökonomische Entwicklung spiegelte sich auch in der Entwicklung der Armutsraten wider: Seit Anfang der 1990er Jahre ist der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, von 52 Prozent auf 28,5 Prozent in 2005/06 gesunken. Ghana dürfte damit das erste afrikanische Land sein, das das erste der UN-Millenniumsentwicklungsziele erreicht, wenngleich auch hier noch erheblicher Handlungsbedarf besteht, wie die Übersicht in Textbox 2 zeigt.

Ghanas Wirtschaft ist noch immer in starkem Maße von der Landwirtschaft geprägt, die mehr als ein Drittel zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt. Doch Industrie, Bergbau, Bausektor und Dienstleistungen spielen eine zunehmend wichtigere Rolle (wenngleich bisher mit einstelligen Beiträgen zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung). Die Exporte haben in den vergangenen Jahren zugenommen; die größten Einnahmen erzielt das Land mit Gold, Kakao und – mit deutlichem Abstand – Holz. Ölfunde vor der Küste lassen auf künftige, voraussichtlich signifikante Einnahmen aus dieser Quelle hoffen. Dies wird – zusammen mit dem wirtschaftlichen Wachstum – künftig aber auch verstärkt Fragen einer nachhaltigen Energie- und Kli-

mapolitik aufwerfen und zu einem wichtigen Thema in der Zusammenarbeit mit Ghana machen.

Nach einem substantiellen Schuldenerlass im Rahmen der Entschuldungsinitiative für ärmste Länder (HIPC-Initiative) im Jahr 2004 gilt die Finanzkrise des Landes als bewältigt: Während der Schuldenstand Ghanas im Jahr 2000 126,6 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts ausmachte, halbierte sich dieses Verhältnis im Jahr 2005 auf 64 Prozent. Der Schuldendienst an ausländische Gläubiger, der im Jahr 2000 rund 15 Prozent der Exporterlöse und in den 1990er Jahren teilweise über 30 Prozent der Exporte betrug, sank im Jahr 2006 auf 4,9 Prozent – und gilt als nachhaltig tragfähig. Ghana ist inzwischen wieder auf den internationalen Märkten kreditwürdig. Zu befürchten ist allerdings, dass die aktuelle Weltwirtschaftskrise deutliche Auswirkungen auf die positiven wirtschaftlichen Trends von Ländern wie Ghana haben wird. Der IWF geht gegenwärtig (März 2009)

Textbox 2

MDGs in Ghana



Anmerkung:
Eine ausführlichere Übersicht über die Millenniums-entwicklungsziele und die entsprechenden Indikatoren ist im Anhang abgedruckt.

Quelle: United Nations Development Programme, 2007
http://www.mdgmonitor.org/country_progress.cfm?c=GHA&ed=288

davon aus, dass sich die Wachstumsraten afrikanischer Länder in 2009 gegenüber dem Vorjahr halbieren werden.

Eine wichtige Rolle für die Finanzaufflüsse nach Ghana haben Überweisungen aus der ghanaischen Diaspora im Ausland (*remittances*): Im Jahr 2007 soll diese Summe rund 1,6 Milliarden US-Dollar betragen haben (zum Vergleich: die Entwicklungshilfe westlicher Geber lag 2007 bei rund 700 Millionen Dollar).

Auch andere wirtschaftliche und finanzpolitische Daten zeigen Aufwärtstrends: Ausländische Investitionen lagen in den vergangenen zehn Jahren deutlich höher als im Jahrzehnt zuvor. Die Inflationsrate in Ghana war in den vergangenen Jahren auf etwa 10 bis 15 Prozent zurückgegangen (von durchschnittlich über 20 Prozent in den 1990er Jahren).² Die Steuereinnahmen der Regierung steigen, der Anteil, den internationale Entwicklungshilfegeber beisteuern müssen, sinkt.

Die positiven ökonomischen Trends verdecken allerdings erhebliche Disparitäten: städtische Regionen profitierten deutlich stärker als ländliche; exportorientierte landwirtschaftliche Sektoren stärker als die Landwirtschaft, die für den Binnenmarkt produziert; der Süden des Landes und die Zentralregion um Kumasi erlebten starke wirtschaftliche Dynamiken und einen schnellen Rückgang der Einkommensarmut, während sich die ökonomische Distanz zum armen und in weiten Teilen stagnierenden Norden vergrößerte; Frauen haben weniger von den wirtschaftlichen Erfolgen profitiert als Männer.

In ähnlicher Weise müssen Daten zur sozialen Entwicklung differenziert werden. Während insgesamt viele Verbesserungen zu verzeichnen sind, verteilen sich diese regional und innergesellschaftlich ungleichmäßig. Die oben genannte Senkung der Armutsrate auf 28,5 Prozent verbirgt, dass in städtischen Zentren an der Küste nur noch 5,5 Prozent der Menschen unter die Armutsgrenze fallen, im ländlichen Norden dagegen 60,1 Prozent (UNDP 2007, 25). Ein zweites Beispiel: Die Einschulungsraten in Primarschulen

im ganzen Land sind von 74,1 Prozent (1991/92) auf 84,6 Prozent (2005/06) gestiegen – in der Region Accra sogar auf 95,7 Prozent, in abgelegenen ländlichen Gebieten im Norden dagegen nur auf 61,8 Prozent. Bei weiterführenden Schulen ist die Differenz noch gravierender: Landesweit stieg die Einschulung in Sekundarschulen auf 40,9 Prozent – in Accra sogar auf 61,9, im ländlichen Norden dagegen sank (!) die entsprechende Rate von 24,1 Prozent (1991/92) auf 18,9 Prozent (2005/06) (UNDP 2007, 169-170).

Die große Kluft zwischen Nord und Süd ist eines der gravierenden Probleme des Landes. Der UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung in Ghana belegt dies anhand vieler Daten und stellt fest, dass die Entwicklungschancen im Norden des Landes besonders begrenzt sind.³ Eine zweite große Kluft, die der Bericht aufzeigt, besteht in den sozialen Unterschieden zwischen den Geschlechtern. Frauen sind in vielfacher Weise benachteiligt: bei der Einschulung und auf dem Arbeitsmarkt, beim Zugang zu Land oder zu Kleinkrediten, bei der Besetzung von öffentlichen Ämtern wie bei der Wahl in politische Gremien und in vielen weiteren Lebensbereichen (vgl. UNDP 2007, 112-121). In besonderer und zunehmender Weise von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind darüber hinaus alte Menschen – die früher tragenden Familien- und sozialen Netze weisen inzwischen erhebliche Lücken auf (vgl. UNDP 2007, 74-76).

II.2 Die politische Entwicklung des Landes

Ghana zählt zu den wenigen Ländern in Sub-Sahara Afrika, die als vergleichsweise gefestigte Demokratien gelten. Trotz mancher Defizite und Schwächen hat sich das politische System seit Anfang der 1990er Jahre in starkem Maße gemäß demokratischer Normen, Regeln und Verfahren entwickelt. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2008 können als jüngster Beleg für diese Feststellung gelten.

In den dreieinhalb Jahrzehnten zwischen Unabhängigkeit 1957 und Einführung einer neuen Verfassung 1992 hat

² Allerdings scheint die Inflationsrate in 2009 wieder anzuziehen.

³ "The analysis in the report points to many disparities between the northern regions and the southern parts of the country. The poor infrastructural development, low access to social services and dehumanising cultural practices such as Female Genital Mutilation (FGM), fosterage, confinement of suspected witches to camps, inclement weather conditions, low productivity, inappropriate coordination of development activities are all symptoms and / or results of extreme poverty and exclusion. Most of the indicators related to access to key social services are lowest in these three northern regions. These regions harbour the poorest of the poor in Ghana. Apart from the social problems that this level of poverty and exclusion generates, the development prospects of the northern regions remain grim." (UNDP 2007, 151)

Ghana dagegen eine politisch sehr wechselvolle Geschichte erlebt, die zwischen demokratischen Ansätzen und autoritären Herrschaftsregimen schwankte. Jerry Rawlings, der sich als Offizier 1979 in einem ersten Anlauf kurzfristig und dann 1981 endgültig an die Macht geputscht hatte, leitete in den 1980er Jahren massive wirtschaftliche Kurswechsel, aber auch politische Reformen ein, die eine Transformation in Richtung Demokratie vorbereiteten. 1992 wurde er als Präsident gewählt und 1996 erneut durch Wahlen bestätigt. Während die Wahlen 1992 von manchen Beobachtern als manipuliert angesehen wurden, erklärte 1996 selbst die Opposition, dass der Wahlverlauf fair gewesen sei. Darüber waren sich die beiden großen Parteien – *National Democratic Congress (NDC)* sowie *New Patriotic Party (NPP)* – auch im Jahr 2000 vollständig einig: In fairen und freien Wahlen unterlag die bis dahin regierende NDC (mit Rawlings) der NPP, die mit John Agyekum Kufuor den Präsidenten stellen konnte. Was leider noch immer ganz ungewöhnlich in Afrika ist: Die abgewählte NDC-Regierung unter Rawlings räumte ohne Schwierigkeiten das Feld und übergab die Regierungsgeschäfte der bisherigen Opposition. Politikwissenschaftler sehen dies als entscheidenden Beleg für die gelungene Transition eines autoritären Regimes zur Demokratie.

Ein weiterer Beleg für eine gefestigte Demokratie ist die Tatsache, dass Präsident Kufuor keinerlei Versuche unternahm, seine verfassungsmäßig auf zwei Legislaturperioden begrenzte Amtszeit über 2008 hinaus zu verlängern. Solche Versuche, zum Beispiel über Verfassungsänderungen zu einer dritten Amtszeit zu kommen, hat es in Sub-Sahara Afrika in zahlreichen Ländern gegeben, nicht selten mit Erfolg. Nicht nur die starke Opposition im Parlament hätte in Ghana einen entsprechenden Vorstoß stoppen können – es scheint vielmehr die gesellschaftlich verankerte politische Überzeugung in Ghana zu sein, dass solche Machtspiele der Vergangenheit angehören müssen. Kufuor trat 2008 entsprechend ab. Der von ihm eingeführte NPP-Kandidat

Nana Addo Dankwa Akufo-Addo sowie der NDC-Kandidat John Evans Atta Mills lieferten sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das der NPP-Kandidat zunächst hauchdünn gewann, allerdings ohne die notwendige absolute Mehrheit zu erreichen. Bei den Stichwahlen wendete sich das Blatt. Ebenfalls äußerst knapp gewann der Oppositionskandidat. Mills wurde Anfang Januar 2009 zum neuen Präsidenten vereidigt. Schon vor Auszählung aller Stimmen waren sich Beobachter jedoch darüber einig, wer gewonnen hatte: die Demokratie in Ghana. Wahlkampf und das Wahlverfahren selber verliefen in großer Fairness. Die Parteien schickten nicht nur Köpfe in das Rennen, sondern legten auch ihre politischen Vorstellungen zu Sachfragen dar. In Medien und zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen fanden offene Diskussionen darüber statt, welche Politik für das Land die beste sei. Eine hohe Wahlbeteiligung verlieh den Wahlen zusätzlich hohe politische Legitimation. Ghana bestätigte damit seinen Ruf als Demokratie in Afrika. Doch dieser Ruf lässt sich nicht nur mit fairen und freien Wahlen belegen. Dass das Land demokratisch regiert wird, kann an einer Reihe von Dimensionen der politischen Entwicklung verdeutlicht werden.

Transparenz: Die politische Öffentlichkeit des Landes ist ausgeprägt. Die Regierung Kufuor hat eine Reihe von gesetzlichen Rahmenbedingungen auf den Weg gebracht, um die Transparenz des Regierungshandelns zu verbessern, darunter auch eine Liberalisierung der Mediengesetze. Eine vielfältige und von der Regierung zumindest in weiten Teilen unabhängige Medienlandschaft trägt zu einer kritischen politischen Öffentlichkeit bei.⁴ Eine sehr aktive Zivilgesellschaft hat sich als Gegenüber zu staatlichen Institutionen fest etabliert, insbesondere in den Städten, weniger auf dem Land. Verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure schaffen z.B. mit Monitoringmaßnahmen mehr Transparenz über die staatliche Ausgabenpolitik.⁵ Im Jahr 2005 unterzog sich Ghana als erstes Land in Afrika dem von der Afrikanischen Union getragenen externen Bewertungsprozess politischer

⁴ Gemäß der internationalen Journalistenvereinigung *Reporters Without Borders* belegte Ghana 2008 in Sub-Sahara Afrika hinsichtlich der Qualität der Pressefreiheit den 2. Platz (nach Namibia). Zur Entwicklung der Medienlandschaft in Ghana vgl. z.B. Blankson 2002. Wichtigste Medien (nachfolgende Auflistung gemäß Länderinformationen Ghana des Auswärtigen Amtes): Presse: 2 regierungseigene überregionale Tageszeitungen (*Daily Graphic* und *Ghanaian Times*); breitgefächerte unabhängige Tages-, Mehrtages- und Wochenpresse (u.a. *Chronicle*, *Statesman*, *The Independent*, *Crusading Guide*, *Accra Mail*). Rundfunk: (staatl.) Ghana Broadcasting Corporation (GBC); ca. 70 Privatsender landesweit, davon ca. 20 in Accra (*Joy FM*, *Radio Choice*, *Radio Gold*, *Radio Unvers*, u.a.) BBC u. RFI (Rebroadcasting ganztätig auf UKW in Accra); Deutsche Welle (landesweit div. UKW-Rebroadcasting-Vereinbarungen). Fernsehen: (staatl.) Ghana Broadcasting Corporation (GBC) Privatstationen: *Metro TV*, *TV 3*, *TV Africa*, *Crystal TV* (Kumasi) sowie zwei Kabelfernsehanbieter (*DSTV* und *Cable Gold*).

⁵ In verschiedenen international erstellten Bewertungssystemen belegt Ghana hinsichtlich der Transparenz seiner politischen Prozesse vorderste Plätze in Afrika (siehe zum Beispiel die *Governance Indicators* des *World Bank Institute* oder den oft zitierten *Freedom House Index*).

Entwicklung (African Peer Review Mechanism, APRM). Der APRM-Bericht über Ghana hebt die Anstrengungen zu mehr Transparenz hervor, zeigt allerdings auch bestehende Schwächen auf. Neben einigen Ministerien und Behörden, die Transparenz vermissen ließen, sei insbesondere die Transparenz des Regierungshandelns auf dezentraler, lokaler Ebene weiterhin sehr schwach und verbesserungsbedürftig (APRM Ghana 2005, xv, 60f.). Gleichwohl: Dass die ghanaische Regierung bereit war, sich als erstes afrikanisches Land dem APRM-Prozess zu stellen, belegt die Bereitschaft, das eigene Handeln offen zu legen.⁶

Partizipation: Die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an politischen Prozessen ist ausgeprägt. So haben gesellschaftliche Akteure aktiv im Entstehungsprozess der ghanaischen nationalen Entwicklungsstrategien mitgewirkt und beteiligen sich am Monitoring dieser Strategien (*Poverty Reduction Strategy, PRS*). Auch in der Haushaltspolitik oder sektoralen politischen Prozessen spielen zivilgesellschaftliche Akteure eine erkennbare Rolle. Gleichwohl ist die Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Partizipation verbesserungsfähig, wie zivilgesellschaftliche Akteure selbst feststellen, aber wie es auch von unabhängigen Beobachtern erklärt wird (vgl. APRM Ghana 2005, 52). Insbesondere die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure auf lokaler Ebene ist weiterhin schwach. Darüber hinaus ist auch auf nationaler Ebene die Dauerhaftigkeit von zivilgesellschaftlicher Partizipation nicht gewährleistet, da institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen noch zu schwach ausgeprägt sind. Im Vergleich zur Situation vor zehn Jahren haben sich die Chancen zur Beteiligung insgesamt aber deutlich erhöht. Erheblich defizitär ist allerdings trotz leichter Verbesserungen noch immer die Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen in Ghana. Im nationalen Parlament wie auch in den Distriktversammlungen, in Regierungsämtern ebenso wie in den höheren Etagen des öffentlichen Dienstes (z.B. den vom Präsidenten ernannten Verwaltungschefs auf Distriktebene) und auch in den

Parteien spielen Frauen noch immer eine ganz untergeordnete Rolle (Allah-Mensah 2005). Bei den Parlamentswahlen 2008 verringerte sich der Anteil der Frauen sogar noch: statt bisher 25 sind nun nur noch 18 Frauen im nationalen Parlament vertreten.⁷ Einen gewissen Fortschritt in genderpolitischer Hinsicht gibt es mit der im Januar 2009 erstmals erfolgten Wahl einer Frau zur Parlamentspräsidentin (und damit in das dritthöchste Staatsamt in Ghana).

Rechenschaftspflicht: Im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern erhält Ghana auch gute Noten hinsichtlich Umfang und Qualität der Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Das *World Bank Institute* veröffentlicht beispielsweise regelmäßig Daten zur Qualität der Rechenschaftspflicht von Regierungen. Diese Daten basieren auf einer Auswertung zahlreicher staatlicher und nicht-staatlicher Quellen. In dem daraus entwickelten *Governance Matters Index* schneidet Ghanas Regierung und ihre Bereitschaft zur Rechenschaftslegung im Vergleich zu den anderen Ländern auf dem Kontinent sehr gut ab (vgl. World Bank 2008). Viele Beispiele belegen dieses Ergebnis. So nimmt Ghanas Parlament seine Aufsichts- und Kontrollfunktion in den vergangenen Jahren immer stärker wahr (auch begünstigt durch eine politische Opposition mit nennenswerter Stärke). Während die Verabschiedung des nationalen Haushalts im Parlament in früheren Jahren eine reine Formsache war und die tatsächliche Ausgabenpolitik der Regierungen im Parlament oft überhaupt nicht mehr debattiert wurde, hat heute sowohl die Aufstellung des Haushalts als auch die Überwachung der Ausgaben eine stärkere Bedeutung. Auch die aktive Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure (zum Beispiel mit Untersuchungen über die Verwendung von Geldern aus Schuldenerlassen) zwingt die Regierung regelmäßig, Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen.

⁶ Ghanas Peer Review wurde mit einer Diskussion der beteiligten Staatschefs im Januar 2006 abgeschlossen. Das Land hat seither drei halbjährliche Fortschrittsberichte vorgelegt (den letzten 2008) (APRM Newsletter Sep 2008) – Es gibt aber auch Kritik an der langsamen Umsetzung der Empfehlungen (Advisory Board Irish Aid 2008, viii).

⁷ In einer Analyse zu den Wahlen erläutern Loetzer / Mönickes (2009, 17): „Bereits vor den Wahlen stand fest, dass dieser Anteil noch einmal sinken würde, da in den Nominierungsverfahren, den sog. Primaries, bei beiden großen Parteien viele weibliche Parlamentsabgeordnete nicht wieder für ihren Wahlkreis aufgestellt wurden, einige prominente Vertreterinnen verzichteten sogar von vornherein. Von denen, die dann doch zur Wahl antraten, verloren einige gegen die männliche Konkurrenz von der jeweiligen Gegenpartei.“

Leistungsfähigkeit (der Regierungsbürokratie): Angesichts insgesamt noch immer schwacher Institutionen zum Monitoring von Regierungshandeln sind verlässliche und landesübergreifend vergleichbare Aussagen über die Leistungsfähigkeit von Regierungen, insbesondere hinsichtlich der Implementierung von Regierungsprogrammen, in Sub-Sahara Afrika kaum möglich. Dass die Qualität sozialer staatlicher Dienstleistungen – z.B. im Gesundheits- oder Bildungsbereich – auch in Ghana dringend verbesserungsbedürftig ist, wird allerdings aus vielfältigen Berichten staatlicher wie nicht-staatlicher Organisationen deutlich. Insbesondere der leistungsschwache öffentliche Dienst und die schwache Dezentralisierung der staatlichen Bürokratien und damit eine bürgernahe Dienstleistung müssen als zentrale Probleme markiert werden. Eine Reform des öffentlichen Dienstes zur Stärkung der Leistungsorientierung seiner Bediensteten scheiterte bislang am Widerstand der Bürokratien, die vom bisherigen System profitieren (vgl. Booth u.a. 2005). In Sachen Dezentralisierung ist Ghana zwar fortschrittlicher als die meisten Länder auf dem Kontinent. Gleichwohl: Der APRM-Report für Ghana und andere Berichte markieren gerade auch hier zahlreiche Schwächen, die die Leistungsfähigkeit staatlicher Strukturen auf lokaler Ebene in Frage stellen (dazu der folgende Abschnitt II.3).

Die Leistungsfähigkeit der Regierungsbürokratie wird insbesondere aber auch durch den in Afrika typischen Einfluss neopatrimonialer Strömungen geprägt. Unter Neopatrimonialismus versteht die Politikwissenschaft eine Herrschaftsform, die vor allem durch drei Elemente geprägt ist: die große Bedeutung von Personen in der Politik (stärker als Programme und Parteien), die klientelistische Vernetzung von Personen in Politik und Gesellschaft sowie die Nutzung von staatlichen Ressourcen, um diese Netzwerke der Macht zu finanzieren. Westliche Beobachter subsumieren diese Entwicklungen oft unter „Korruption“. Diese Bezeichnung ist zwar nicht falsch, greift aber zu kurz, weil sie die entscheidenden politischen Dimensionen des Problems verkennt. Auch in Ghana – wie in fast allen Ländern des Kontinents – hat das politische System einen „hybriden“ Charakter, wie die Politikwissenschaft es nennt. Das heißt: Einerseits ist das Regime durch verfassungsmäßige Institutionen geprägt und durch Akteure, die sich diesen rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtet fühlen.

Andererseits aber sind die neopatrimonialen Einflüsse unverkennbar. Dass z.B. Präsident Kufuor nach der Wahl 2000 in allen Distrikten des Landes die vom Präsidenten zu ernennenden Chefs der lokalen Verwaltungen (*District Chief Executives*) unabhängig von ihrer bisherigen Leistungsbilanz auswechselte und die Posten mit loyalen Parteigängern besetzte, zeigt die klientelistische politische Kultur (es ist aber nicht im engeren Sinne als Korruption zu bezeichnen). Die stärker werdende ghanaische Zivilgesellschaft (einschließlich unabhängiger Medien) gilt als ein Hoffnungsträger für eine schrittweise Überwindung dieses „hybriden Systems“. Insbesondere auch die Veränderung der klientelistischen Beziehungen zwischen dem Präsidenten und den mächtigen Personen auf lokaler Ebene ist dafür ein Prüfstein.

II.3 Strukturen und Herausforderungen der lokalen Entwicklung Ghanas

Auf der lokalen Ebene entscheidet sich, welche Bedeutung große politische Strategien und welchen tatsächlichen Effekt gute Regierungsführung und positive makroökonomische Trends haben: Hier leben und arbeiten Menschen, hier benötigen sie Arbeitsplätze, Infrastruktur und soziale Dienstleistungen, hier haben sie die besten Möglichkeiten, unmittelbar an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitzuwirken. Einer funktionierenden lokalen staatlichen Struktur kommt entsprechend eine hohe Bedeutung zu. Eine besondere Beachtung müssen dabei die ländlichen Kommunen erfahren, denn 60 Prozent der Bevölkerung lebt in ländlichen, landwirtschaftlich geprägten Haushalten – und 85 Prozent dieser Haushalte werden als extrem arm eingeschätzt (Claydord 2005, 1).

Ghana ist in zehn Regionen eingeteilt, die durch je einen regionalen Minister im Kabinett vertreten werden und über eine regionale Verwaltungsstruktur verfügen. Unterhalb der Regionen gibt es heute insgesamt 138 Distrikte im Land. Je nach Bevölkerungszahl werden unterschieden: 4 *Metropolitan Assemblies*, 10 *Municipal Assemblies* und 124 *District Assemblies*. Die Distrikte haben die zentralen kommunalen Befugnisse und Rollen, die darunter vorzufindenden Strukturen (bis hin zum *Unit Committee*) spielen in der Praxis kommunaler Politik in Ghana keine Rolle.

Die Distrikte sind unter anderem zuständig für

- schulische Bildung (Vorschule, Grundschule, Sekundarschule)
- soziale Wohlfahrtsmaßnahmen (z.B. Familienfürsorge)
- Gesundheitsvorsorge
- primäre Gesundheitsversorgung
- lokale Infrastruktur (Städtebau, Straßen)
- Wasserversorgung und Abwassersystem
- Kultur und Sport.

Andere Zuständigkeiten teilen sich die Distrikte mit der nationalen Regierung oder den regionalen Behörden (z.B. die Wirtschaftsförderung) (CLGF 2007, 86). Die für die Erfüllung dieser Aufgaben benötigten Mittel werden aber im wesentlichen durch die nationalen Linienministerien⁸ zur Verfügung gestellt, deren Verwendung durch den vom Präsidenten eingesetzten Verwaltungschef, den *District Chief Executive*, verantwortet wird (nicht aber von der Distriktversammlung beeinflussbar sind).

Die gegenwärtige kommunale Verwaltungsstruktur in Ghana beruht auf ausführlich formulierten rechtlichen Grundlagen. Das *Local Government Act* (1993) legte die Grundlagen mit der Einrichtung der Distriktversammlung (*District Assembly, DA*) als institutionellem Kern kommunaler Selbstverwaltung.⁹ Lokale Wahlen bestimmen seither die Zusammensetzung dieses Gremiums – allerdings mit Einschränkungen. Zum einen müssen Wahlen auf einer nicht-parteilichen Basis stattfinden. Kandidaten treten also als Individuen an. Darüber hinaus: Gewählt werden nur 70 Prozent der Mitglieder, die übrigen 30 Prozent werden vom Präsidenten ernannt.¹⁰ In der Praxis wird die meiste Arbeit der DA durch das sogenannte *Executive Committee* geleitet, das von der Distriktversammlung gewählt, aber durch den vom Präsidenten ernannten lokalen Verwaltungschef, den *District Chief Executive (DCE)*, geleitet und gesteuert

wird.¹¹ Der Verwaltungschef ist nicht zuletzt deshalb die mächtigste Person im kommunalen System – rechenschaftspflichtig nicht der gewählten lokalen Distriktversammlung, sondern dem Präsidenten.

Die Ernennung des DCEs durch den Präsidenten ist in Ghana inzwischen stark umstritten. Die politische Öffentlichkeit in Ghana verlangt heute zunehmend nach der Wahl der DCEs (vgl. entsprechende Berichte in Crook 2005, 4; APRM Ghana 2005, 24; Claydord 2005, xii).

Die Macht des DCE und damit der Zentralregierung wird auch dadurch gestärkt, dass noch immer geschätzte 85 Prozent aller Finanzmittel, die auf lokaler Ebene verausgabt werden, nicht durch den Haushalt und damit die Beschlüsse der Distriktversammlung festgelegt werden, sondern durch die nationalen Linienministerien (z.B. Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft) und ihre Dependancen auf lokaler Ebene.¹² Schon die Gesetze von 1988 und 1993 hatten vorgesehen, die lokale Arbeit der Linienministerien gänzlich den Distrikten zu unterstellen. Die dafür notwendige weitere Gesetzgebung ist aber erst im Jahr 2003 verabschiedet worden (*Local Government Service Act*). Die faktische Umsetzung erfolgt jedoch kaum, nicht zuletzt aufgrund massiver Widerstände aus den Linienministerien (Crawford 2008, 243, 253).

Die finanziellen Ressourcen der Distriktverwaltung beschränken sich auf einen vergleichsweise kleinen Fonds, der ihnen von der Zentralregierung zur Verfügung gestellt wird (*District Assembly Common Fund*). Allerdings sind diese Mittel teilweise zweckgebunden und damit nicht wirklich in der Verfügung der Distriktverwaltung. Darüber hinaus kann die lokale Verwaltung in geringem Maße Steuern und Abgaben erheben (z.B. für die Nutzung des lokalen Marktes). Die schwache fiskalische Dezentralisierung hat verschiedene Gründe. Oft genannt – und sicher zu

⁸ Unter Linienministerien werden die Ministerien verstanden, die sich mit einem sektoralen Politikfeld beschäftigen, z.B. Bildung oder Landwirtschaft (im Gegensatz zu sektorübergreifenden Ministerien wie z.B. Finanzministerium oder Regionalministerien).

⁹ Der Act von 1993 baut inhaltlich auf einem Gesetz auf, das schon 1988 verabschiedet wurde.

¹⁰ Präsident Kufuor entließ nach seiner Wahl 2000 auch die Mitglieder der Distriktversammlungen, die noch von seinem Vorgänger ernannt worden waren und deren Amtszeit noch bis 2002 gedauert hätte und ersetzte sie durch eigene Leute – ein sehr deutlicher Beweis dafür, dass lokale Politik trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht überparteilich ist (Crawford 2008, 252).

¹¹ Zwar muss eine Distriktversammlung einen vom Präsidenten vorgesehenen Kandidaten bestätigen, eine Verweigerung dieses Vorschlags ist bislang aber in der Praxis nur höchst selten vorgekommen.

¹² Die Kompetenzverteilung zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene ist dabei rechtlich widersprüchlich (vgl. Ferrazzi 2006, 31 f.; Crawford 2008, 243). De facto entscheidet der DCE oder – sofern eine Distriktversammlung hartnäckig widersprechen sollte – die nächst höhere Ebene, das *Regional Coordinating Council (RCC)* (Local Government Act 462, Art. 10, 8; vgl. Ferrazzi 2006, 31). Das RCC ist eine regionale Abteilung der Regierung auf nationaler Ebene (vgl. Ferrazzi 2006, 9).

Recht – sind die schwachen personellen Kapazitäten auf lokaler Ebene, das heißt: wenige, schlecht ausgebildete Verwaltungsmitarbeiter (APRM Ghana 2005, 65-66). Das ist aber seit langem bekannt. Der wesentliche Grund dafür, dass sich an dieser Situation nur sehr langsam etwas ändert, liegt in den politischen Prioritäten auf zentraler Ebene: Hier besteht das starke Interesse, die Steuerung der lokalen Ebene durch Finanzmittel sicherstellen zu können (Crawford 2008).

Die Regierung Kufuor hat die Anstrengungen im Bereich der Dezentralisierung verstärkt – zumindest auf der Ebene strategischer Erklärungen und Gesetze. Die weitere Dezentralisierung ist in den beiden zentralen Entwicklungsstrategien der vergangenen Jahre – die *Ghana / Growth and Poverty Reduction Strategies (GPRS und GPRS II)* – als Priorität markiert. Dabei wurde großer Wert auf die Kohärenz zwischen Politikentwürfen auf der nationalen und lokalen Ebene gelegt: Die lokalen Entwicklungspläne (*District Development Plans*) müssen sich heute im Rahmen von GPRS II bewegen. Darüber hinaus hat die Regierung Kufuor auch gesetzliche Rahmenbedingungen für eine verstärkte Dezentralisierung geschaffen, insbesondere den *Local Government Service Act 2003*, der aber, wie erwähnt, bisher kaum umgesetzt wurde. Mit einem *National Decentralisation Action Plan (NDAP) 2003-2005* versuchte die Regierung, weitere Akzente zu setzen. Auf dem Papier hat die Dezentralisierung in Ghana in den vergangenen Jahren also zweifellos Fortschritte gemacht, die Praxis hinkt jedoch hinterher.

Die bisherige Leistungsfähigkeit der dezentralen staatlichen Strukturen für Entwicklung und Armutsbekämpfung wird in verschiedenen Studien als gering eingeschätzt.¹³ Auf der Basis einer empirischen Untersuchung in zwei ländli-

chen Distrikten kommt Crawford (Crawford 2008) zu der Auffassung, dass insbesondere strukturelle Gründe auf nationaler Ebene die effiziente Arbeit lokaler Verwaltungen verhindern.¹⁴ Diese Gründe liegen vor allem in dem Bestreben der Regierung und des Präsidenten, die politische Kontrolle über die lokale Ebene zu behalten. Eine tatsächliche Dezentralisierung, die auf lokaler Ebene angepasste Armutsbekämpfung betreiben könnte, würde demnach die Abgabe von Kompetenzen und Macht an die lokale Ebene verlangen. Diese Hemmnisse schlagen sich auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nieder (vgl. den folgenden Beitrag).

Der viel beachtete Bericht im Rahmen des *African Peer Review Mechanisms (APRM)* für Ghana hält in ungewöhnlicher Deutlichkeit fest, dass der schwache Grad der tatsächlichen politischen Dezentralisierung ein wichtiges Hindernis für schnellere Fortschritte im Bereich der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes ist.¹⁵ Manche zivilgesellschaftliche Akteure halten dies für politisch gewollt. Es habe weder unter der NDC-Regierung bis zum Jahr 2000, noch unter der NPP-Regierung seither (bis 2008) den ernsthaften Versuch gegeben, Macht an die lokale Ebene abzugeben (Van Lare 2006).

Für Ghana bleibt die Unterscheidung gültig zwischen tatsächlicher, demokratischer Dezentralisierung, die auch Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse an die lokale Ebene abgibt („devolution“) und administrativer Dezentralisierung, die die wichtigsten Befugnisse auf nationaler Ebene belässt und eine lokale Verwaltung nur als Implementierungsebene betrachtet („deconcentration“) (Crawford 2008, 235).

Dabei ist eine politische Dezentralisierung im Sinne einer lokalen Demokratisierung in der Verfassung vorgesehen.¹⁶ Die ausführende Gesetzgebung (*Local Government Act*

¹³ Das schließt die Leistungen der lokalen Verwaltungseinheiten nationaler Ministerien wie auch die direkt von der Distriktversammlung verantwortete Politik ein.

¹⁴ Dabei wurden untersucht: die Entwicklung der Haushaltseinkommen; der Zugang zu sozialen Grunddiensten und die Leistungsfähigkeit der lokalen Verwaltung (in der Wahrnehmung und Bewertung der Menschen); die armutsorientierte Planung und Umsetzung von Maßnahmen der lokalen Verwaltung und die lokal verfügbaren finanziellen Ressourcen.

¹⁵ "Perceptible progress on the socio-economic front is distorted by: (...) A fiscal and political decentralisation process that is weak, demobilised, unresponsive and ineffective, thus hindering participation, accountability and transparency in social service delivery at the lower levels of government." (APRM 2005, xv; s.a. S. 24 und S. 123) - „Erkennbarer Fortschritt auf sozio-ökonomischer Seite wird verzerrt durch: (...) Einen fiskalen und politischen Dezentralisierungsprozess, der schwach, demobilisiert, teilnahmslos und ineffektiv ist und demzufolge Partizipation, Verantwortlichkeit und Transparenz in der Erbringung von Sozialleistungen auf den unteren Regierungsebenen behindert." (APRM 2005, xv; s.a. S. 24 und S. 123) – Übersetzung C. Sehrer, SKEW.

¹⁶ Dort heißt es: "to ensure the accountability of local government authorities, people in particular local government areas shall, as far as practicable, be afforded the opportunity to participate effectively in their governance." (Art. 240 (2)e). – „um die Verantwortlichkeit der Autoritäten der lokalen Regierung zu gewährleisten, soll den Menschen in besonderen Bereichen der lokalen Regierung, so weit dies möglich ist, die Möglichkeit gewährt werden, effektiv an ihrer Regierungsführung mitzuwirken." (Art. 240 (2)e). Übersetzung C. Sehrer, SKEW.

1993) hat dies aber nicht aufgenommen, jedenfalls nicht konkretisiert und operationalisiert (Ferrazzi 2006, 34).

Befragungen unter lokalen Bevölkerungsgruppen belegen das Ergebnis. In einer umfangreichen Studie im Auftrag der Regierung und internationaler Geber zeigt sich die Distanz zwischen Menschen und Strukturen auf lokaler Ebene. Danach waren insbesondere Menschen aus den armen Schichten der Bevölkerung nicht vertraut mit der Arbeit der Distriktversammlung. Die meisten Befragten der armen Bevölkerungsmehrheit meinten, die Dezentralisierung begünstige nur die Gebildeten (vgl. Claydord 2005, ix). So ist es nicht verwunderlich, dass der APRM-Bericht für Ghana die Regierung auffordert, den politischen Dezentralisierungsprozess zu verstärken, um eine größere Partizipation der Bevölkerung zu ermöglichen (APRM Ghana 2005, 119).

Eine wichtige Aufgabe wird dabei insbesondere auch die stärkere Beteiligung von Frauen an den lokalen politischen Prozessen sein. Weniger als zehn Prozent der gewählten Mitglieder der Distriktversammlungen sind Frauen. Immerhin wird inzwischen angestrebt, dass ein Drittel bis die Hälfte der vom Präsidenten ernannten Mitglieder der Distrikte Frauen sein sollen, eine Quote, die allerdings nur in Ausnahmefällen tatsächlich erfüllt wird (Ofei-Aboagyie 2006, 35). Auch in den kommunalen Verwaltungsfunktionen, z.B. als DCE, sind Frauen auf lokaler Ebene völlig unterrepräsentiert (ebd.). Dies gilt in der Tendenz allerdings auch für Deutschland und hier besonders für die kommunale Ebene, wo der Anteil der Frauen in Parlamenten und Verwaltungen deutlich unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt.¹⁷

Eine der großen Herausforderungen für eine Demokratisierung auf lokaler Ebene in Ghana stellt die Integration traditioneller Akteure auf lokaler Ebene dar, insbesondere der traditionellen Führer, der sogenannten *Chiefs*. Sie spielen auch verfassungsgemäß eine Rolle in der ghanaischen Politik. Das Gesetz über lokale Regierung (*Local Government Act*) sieht beispielsweise vor, dass der Präsident für die ihm zustehende Ernennung von 30 Prozent der Mitglieder der Distriktversammlungen auch die traditionellen Autoritäten berücksichtigen soll. Doch nicht *de jure*, sondern vor allem *de facto* sind die *Chiefs* ein Machtfaktor in der lokalen

Politik. Ihre Macht beruht auf verschiedenen Faktoren: In weiten Teilen des Landes vergeben die *Chiefs* die Rechte zur Nutzung von Land. Je nach Region und Tradition haben sie außerdem die Kompetenz, das traditionelle Recht auszulegen und zu sprechen (das neben dem modernen Recht im Alltag der Menschen noch immer eine große Rolle spielt). Ferner: Ihr über Generationen erworbener Wohlstand (verbunden mitsich daraus ergebenden Geschäftsmöglichkeiten) sichert materiellen Einfluss. Eine große Bedeutung kommt ferner ihrer kulturellen Führerschaft zu (u.a. durch die in der Regel von ihnen praktizierten kultischen „Kontakte“ zu den Vorfahren). Vielerorts stehen die *Chiefs* außerdem traditionellen Vereinigungen vor (z.B. *Hometown Associations*). All dies macht die traditionellen Autoritäten zu machtvollen Akteuren auf lokaler Ebene (in manchen Gegenden eingebunden in regionale Strukturen, die – z.B. in der Ashanti-Region mit dem *Ashantene* an der Spitze – ausgeprägte Herrschaftssysteme darstellen).

Die Frage der traditionellen lokalen Führer ist keineswegs nur ein kulturell interessantes Phänomen, das es zu pflegen gilt, sondern von erheblicher politischer Brisanz. Das hat mehrere Gründe. Erstens zeigen die genannten Faktoren, dass *Chiefs* auch Einfluss auf Bereiche nehmen, die laut Verfassung dem modernen Staat zustehen, v.a. die Rechtsprechung und die Landkontrolle. Diese führt zum Beispiel zu zahlreichen – mit der Verfassung nicht zu vereinbarenden – Benachteiligungen von Frauen (Rünger 2006). In diesem Zusammenhang ist, zweitens, zu sehen, dass die traditionellen Autoritäten die Kompetenzen und Durchsetzungsmöglichkeiten staatlicher kommunaler Akteure untergraben. Diese sind also doppelt geschwächt: durch die enge Führung der Zentralregierung und den Einfluss der *Chiefs*. Drittens sind die *Chiefs* eng in die Machtpolitik der Zentralregierung eingebunden. Es gehört zum kolonialen Erbe, dass *Chiefs* noch immer von vielen Menschen als Vertreter der Regierung angesehen werden (die Briten beherrschten das Land durch indirekte Herrschaftsformen, also unter Nutzung lokaler Herrscher). Diese Rolle ist in den Landesteilen doppelt problematisch, in denen es vor der Kolonialzeit keine *Chiefs* gab: die Briten führten sie zum Beispiel in Teilen des Nordens als ihr Herrschaftsinstrument

¹⁷ Im Jahr 2008 lag der Anteil von Frauen in kommunalpolitischen Mandaten bundesweit im Schnitt bei 25 Prozent; in den 35 nordrhein-westfälischen Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages waren Frauen in den Räten durchschnittlich mit 30,33 Prozent vertreten. (vgl. <http://www.frauen nrw.de/news/index.php?id=584>, Stand: 25.9.2008). In ländlichen Regionen ist der Anteil noch wesentlich geringer. In den Kreistagen Baden-Württembergs beispielsweise lag der Frauenanteil 1989 bei 8,8 Prozent, 2004 bei 15,4 Prozent (vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2009, 11).

erst ein.¹⁸ Viertens haben umgekehrt die lokalen traditionellen Autoritäten durch diese Mittlerrolle zwischen Bevölkerungsgruppen und Regierungsinstitutionen auch Einfluss auf die Regierungspolitik, z.B. auf Genehmigung und Durchführung lokaler Entwicklungsvorhaben – ein Einfluss, der ihre politischen (und ökonomischen) Ressourcen stärkt.

In den weiteren Diskussionen über eine Dezentralisierung des Staates und Demokratisierung lokaler Strukturen ist der Rolle der traditionellen Akteure daher auf jeden Fall Beachtung zu schenken. In vielen Teilen des Landes sind diese Akteure respektierte und sehr wertgeschätzte Führungspersönlichkeiten – auf der anderen Seite stehen sie manchen Entwicklungen in modernen Staaten deutlich entgegen. Hier zu einer ausgewogenen Lösung zu kommen, ist eine der Herausforderungen lokaler Entwicklung in Ghana, die auch für kommunale Entwicklungspartnerschaften zu berücksichtigen ist.

II.4 Fazit

Es besteht kein Zweifel daran, dass Ghanas politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren als vergleichsweise erfolgreich angesehen werden kann. Gleichwohl steht das Land vor großen Herausforderungen. Dies gilt gerade auch für die lokale Entwicklung, insbesondere in ländlichen Bereichen sowie insgesamt in den nördlichen Landesteilen. Im Vergleich zu anderen afrikanischen Staaten ist die Regierungs- und Verwaltungsstruktur auf lokaler Ebene in Ghana stabil und funktionsfähig. Dennoch: Finanzielle Engpässe und schwache personelle Kapazitäten und nicht zuletzt politische Einflussnahmen der nationalen Regierungsebene begrenzen die Handlungsmöglichkeiten. Dennoch oder gerade deshalb bieten sich auf lokaler Ebene – wie die folgenden Beiträge zeigen werden – vielfältige Ansatzpunkte für Akteure der Entwicklungszusammenarbeit.

¹⁸ Dies ist in einem berühmten Forschungsansatz als „Erfindung von Tradition“ bezeichnet worden (vgl. Ranger 1983) – in diesem Fall: eine „erfundene“ Tradition, die der Durchsetzung britischer Kolonialherrschaft diene.

Ghana ist es durch seine positiven wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren gelungen, zahlreiche internationale Partner für die Unterstützung seiner Entwicklungsprozesse zu gewinnen. Aus der Sicht der Regierungen der Industrieländer sowie multilateraler Geberorganisationen wie der Weltbank ist Ghana heute eines der wichtigsten und größten Empfängerländer auf dem afrikanischen Kontinent. Insgesamt rund fünf Milliarden US-Dollar wollen die wichtigsten westlichen Geber in den Jahren 2007-2010 für Entwicklungsvorhaben in Ghana investieren. Auch die deutsche Bundesregierung beteiligt sich engagiert daran.

III.1 Internationale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Ghana ist in starkem Maße im Sinne der in den vergangenen Jahren entstandenen neuen „Entwicklungsarchitektur“ geprägt. Spätestens seit der Verabschiedung der UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) 2000/2001 ist die Bekämpfung von extremer Armut in das Zentrum entwicklungspolitischer Arbeit gerückt (eine Übersicht über die Ziele und Indikatoren ist im Anhang abgedruckt). Parallel zur globalen Debatte über Armut sind in den vergangenen zehn Jahren in fast allen Entwicklungsländern nationale Strategien zur Armutsbekämpfung entwickelt worden, in über 60 der ärmsten Länder sind dies die sogenannten Poverty Reduction Strategies (PRS). Ghana legte 2002 seine Ghana Poverty Reduction Strategy (GPRS) vor. Die Einführung dieser Armutsstrategien spiegelt zum einen die genannte globale Debatte wider, zum anderen aber auch die Suche nach einer Alternative zu den mehr oder minder erfolglosen Strukturanpassungsprogrammen der 1980er und 1990er Jahre. Armutsstrategiepapiere sind ferner eine Auflage von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) und anderen Gebern für die Gewährung von Schuldenerlassen. Ghana konnte auf diesem Wege 2004 einen umfangreichen Schuldenerlass erhalten.

Die Armutsstrategiepapiere sind von den Entwicklungsländern in Eigenverantwortung und unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen zu entwickeln und sollen

systematisch auf die Erreichung der MDGs abzielen. Die Umsetzung der Strategien wird in einem laufenden Prozess beobachtet, ausgewertet und angepasst; alle drei bis fünf Jahre schlägt sich dies nach einer umfassenden Evaluierung in einer neuen „Generation“ der Strategie nieder. Diese Abläufe können in Ghana mustergültig studiert werden. 2005 legte die Regierung ihr GPRS II vor (das „G“ stand nun nicht mehr für Ghana, sondern für *Growth*, also Wachstum).

Im Sinne der Prinzipien der 2005 von Industrie- und Entwicklungsländern verabschiedeten *Paris-Deklaration über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit* (diese Prinzipien sind auch für die Kommunale EZ von Bedeutung) richten die Geber ihre Programmarbeit in Ghana inhaltlich zunehmend auf das GPRS II aus. Die Idee ist es, die Gesamtpolitik der Regierung auf diesem Wege koordiniert zu unterstützen. Anders als in der Vergangenheit verständigten sich die meisten internationalen Geber und Ghanas Regierung auf Regeln und Verfahren der Entwicklungszusammenarbeit, die für alle Beteiligten gelten sollen. Diese haben 2007 ihren Niederschlag in der *Ghana Joint Assistance Strategy (G-JAS)* gefunden.¹⁹ Die Kooperation zwischen Ghana und seinen internationalen Entwicklungspartnern gilt insofern auch als ein Modell für andere afrikanische Staaten. Kein Zufall war es daher, dass 2008 die internationale Konferenz zur Konkretisierung der Paris Erklärung in der ghanaischen Hauptstadt stattfand. Ergebnis dieser Konferenz ist die *Accra Agenda for Action (AAA)*, die für die Entwicklungszusammenarbeit der kommenden Jahre, insbesondere in Afrika, als maßgebliches Dokument gelten wird.²⁰

Ein neues Instrument der Entwicklungszusammenarbeit ist die sogenannte Budgethilfe. Budgethilfe fließt nicht in einzelne Projekte, sondern direkt in die Haushalte der Entwicklungsländer, die das Geld dann je nach Bedarf verwenden können. Dieses neue Instrument – in Ghana *Multi Donor Budget Support (MDBS)* genannt – soll die verwirrende und oft widersprüchliche Vielzahl von Einzelprojekten und -programmen der Geber drastisch begrenzen und die Regierungen des Südens dabei unterstützen, eine kohärente und koordinierte Entwicklungspolitik in ihren Ländern

¹⁹ Das G-JAS-Dokument ist Anfang 2007 von 16 internationalen Gebern unterzeichnet worden, darunter alle wichtigen westlichen Regierungen (inkl. USA) sowie die wichtigsten multilateralen Geber (Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank, UN-Gruppe); auch Deutschland hat unterschrieben.

²⁰ Das Dokument kann von dieser Webseite geladen werden: www.accrahlf.net (Zugriff März 2009)

zu betreiben. Sie soll ferner den Verwaltungsaufwand von internationaler EZ auf Seiten der Regierungen verringern. Statt z.B. Projekt- und Finanzberichte für Tausende von Projekten anfertigen zu müssen, die dann an eine Vielzahl internationaler Geber zu schicken sind, soll die Regierung sich künftig auf Fortschrittsberichte bei der Umsetzung ihrer Gesamtstrategie beschränken. Dabei wird vor allem die Wirkung der Regierungspolitik insgesamt auf dem Prüfstand stehen. Die Budgethilfe ist in einen intensiven Politikdialog zwischen Gebern und Regierung zu Themen z.B. des öffentlichen Finanzmanagements, der Verwaltungsreform und der Dezentralisierung eingebettet. Der Umfang der Budgethilfe ist sowohl an die positive Bewertung der makro-ökonomischen Politik als auch an die Erfüllung der zwischen Regierung und Gebern jährlich neu festgelegten Reformziele gekoppelt.

Dieser Ansatz wird von Entwicklungsländern wie Ghana sehr begrüßt und seine konsequente Umsetzung eingefordert. Auf Geberseite gibt es unterschiedliche Standpunkte: Einige wenige Geber (z.B. die USA) leisten auch in Ghana weiterhin keine Budgethilfe. Einige Geber sind dabei, ihr gesamtes Programm auf Budgethilfe umzustellen. Dazwischen liegt eine Gruppe von Gebern, darunter auch Deutschland, die bereit sind, einen Teil ihrer EZ in Form von Budgethilfe zu geben. Ein anderer Teil wird aber weiterhin durch Programm- oder Projektansätze abgewickelt. Darin spiegelt sich – auch im Falle Ghanas – eine gewisse Skepsis, ob die erhoffte Wirksamkeit tatsächlich erreicht wird oder ob diese allgemeinen, nicht zweckgebundenen Mittelzuflüsse nicht doch zu Korruption, Missbrauch oder Misswirtschaft führen (Killick 2007). Da die Budgethilfe außerdem überwiegend der Zentralregierung zufließt, steht sie unter Umständen den Dezentralisierungsbemühungen des Landes entgegen, wenn lokale Verwaltungseinheiten nur wenig davon profitieren. Der deutsche Bundesrechnungshof hat jedenfalls den Bundestag dazu aufgefordert, Budgethilfen nur dann zuzustimmen, wenn eine intensive Kontrollfunktion, z.B. der Parlamente des jeweiligen Landes, auch gegeben ist. Insgesamt haben die Geber Ghana in Aussicht gestellt, im Zeitraum 2007-2010 rund ein Viertel ihrer Mittel als

Budgethilfe zu geben. Deutschland hat in den Jahren 2004-2007 rund 32,5 Millionen Euro Budgethilfe an Ghana zugesagt und weitgehend auch ausgezahlt.

Die Dezentralisierung – ein für diese Publikation zentrales Thema – wird in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana hoch gehandelt. Unter der Überschrift „Herausforderungen und strategische Prioritäten“ heißt es dazu in der *Ghana Joint Assistance Strategy* von 2007:

“Accelerating decentralization is key to improving citizens’ participation in development. If service delivery is to be improved and become more responsive to local priorities, the Government needs to step up the implementation of its National Decentralisation Action Plan, adopt a comprehensive decentralisation policy and strategy, make progress regarding the political decentralization process, and ensure that functions and resources are transferred from MDAs to districts.”²¹ (G-JAS 2007, 15)

Finanziell drückt sich diese Erklärung aber nur teilweise in den Geberprioritäten aus. Für die Jahre 2007 bis 2010 haben sich die in der „G-JAS-Gruppe“ zusammengeschlossenen Geber verpflichtet, insgesamt rund 200 Millionen US-Dollar für die Unterstützung von Dezentralisierung bereit zu stellen, dies sind 3-4 Prozent der in diesem Zeitraum veranschlagten Entwicklungsgelder für Ghana.

Insgesamt reduziert sich die Bedeutung von EZ-Zuflüssen für Ghana. Das Land hat seine Eigeneinnahmen aus Steuern und anderen Quellen deutlich erhöht. Erdölfunde vor der Küste lassen auf zusätzliche Finanzflüsse in möglicherweise erheblichem Umfang hoffen. Auch auf den internationalen Kapitalmärkten ist Ghana inzwischen wieder kreditwürdig. Neue Geber – vor allem China und Indien – bieten Ghana Entwicklungsgelder an, ohne auf die üblichen Konditionen wie „Gute Regierungsführung“ sonderlichen Wert zu legen. Welche Rolle die klassische internationale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana unter diesen Bedingungen zukünftig spielen wird und welchen Beitrag deutsche Kommunen dabei leisten können, bleibt abzuwarten (Schmitt 2008).

²¹ „Die Dezentralisierung zu beschleunigen ist der Schlüssel, um die Beteiligung der Bürger in der Entwicklung zu verbessern. Wenn die Erbringung von Sozialleistungen verbessert werden und lokalen Prioritäten mehr entgegengekommen werden soll, muss die Regierung die Implementation ihres Nationalen Dezentralisierungs-Aktionsplans hochstufen, eine umfassende Dezentralisierungspolitik und –strategie annehmen, Fortschritte im politischen Dezentralisierungsprozess machen und sicherstellen, dass Funktionen und Ressourcen von MDAs zu Distrikten übertragen werden.“ Übersetzung C. Seherer, SKEW; MDAs steht hier für: *Ministries, Departments, Agencies*.

III.2 Bilaterale Entwicklungs- zusammenarbeit Deutschlands

Deutschland gehört neben Großbritannien, den USA, Dänemark, Kanada und den Niederlanden zu den wichtigsten Partnern Ghanas. Als Mitglied im Geberforum beteiligt sich Deutschland an der gemeinsamen Geberstrategie *Ghana Joint Assistance Strategy (G-JAS)*. Die Gebergruppe, die sich mit der Regierung auf diese Strategie geeinigt hat, leistet mehr als 90% aller offiziellen Entwicklungsgelder an Ghana.²²

Für die Jahre 2007 und 2008 hatte Deutschland Ghana insgesamt 53 Millionen Euro zugesagt: davon waren 14 Millionen Euro für die Technische Zusammenarbeit und 39 Millionen Euro für Finanzielle Zusammenarbeit vorgesehen. Aufgrund des erfolgreichen Demokratisierungsprozesses und einer armutsorientierten Reformpolitik unterstützt Deutschland seit 2004 in enger Abstimmung mit den anderen Geberländern den Staatshaushalt Ghanas durch Budgethilfe in Höhe von bis zu zehn Millionen Euro pro Jahr. Deutschland hat Ghana außerdem Schulden in Höhe von insgesamt 494 Millionen Euro erlassen. Dadurch ist Ghana gegenüber Deutschland schuldenfrei.

Die Regierungen von Ghana und Deutschland haben für ihre bilaterale Entwicklungszusammenarbeit drei Schwerpunkte vereinbart, die gleichermaßen an der ghanaischen Armutsstrategie ausgerichtet sind und einen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele leisten sollen: Dezentralisierung, Förderung der Landwirtschaft und Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.²³

Förderung der Dezentralisierung: Durch Aufbau und Stärkung nationaler, regionaler und lokaler Verwaltungsstrukturen sollen die Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum geschaffen werden. Die deutsche EZ unterstützt damit die Ausgestaltung und Umsetzung der ghanaischen Dezentralisierungspolitik im Zusammenhang mit der Förderung guter Regierungsführung (*Good Governance*). Wichtige Handlungsfelder umfassen unter anderem die

Finanzierung kommunaler Infrastruktur, die Weiterbildung von Mitarbeiter/-innen und der Kapazitätsaufbau (*Capacity Building*) für lokale Gebietskörperschaften sowie die Einrichtung eines kommunalen Entwicklungsfonds.

Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH unterstützt diese Förderpolitik mit ihren Projekten und Programmen durch den Ausbau von Rechtsstaatlichkeit, eine institutionelle Stärkung der Steuerverwaltung und die Umsetzung der Dezentralisierungspolitik. Da die Rechenschaftslegung gegenüber Parlament und Bürgern zentraler Aspekt eines transparenten Haushalts- und Finanzwesens ist, fördern die Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit außerdem auch diese Institutionen, insbesondere den Haushaltsausschuss des Parlamentes.

Die Programme der KfW Entwicklungsbank setzen bei der „fiskalischen Dezentralisierung“ an. Um die demokratische kommunale Selbstverwaltung zu stärken, genügt nicht allein der politische Umbau, zumal den Kommunen oft eigene Steuereinnahmen fehlen und sie in der Folge ihre Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, z.B. eine bessere Teilhabe und Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen (Wasser, Schulen, Gesundheit u.a.m.) mangels Einnahmen häufig nicht erfüllen können. Deshalb setzt die KfW insbesondere auf das Instrument der Kommunalentwicklungsfonds (Zuschüsse) und der Kommunalkredite, also auf Darlehen, die über Geschäftsbanken oder spezielle Kommunalentwicklungsbanken abgewickelt werden (KfW 2008).

Auch der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) in Ghana hat sich das Thema der Demokratieförderung und Kommunalentwicklung zu eigen gemacht, um einen Beitrag zur Stärkung demokratischer Strukturen zu leisten. Die Arbeit des DED hat zum Ziel, zwei starke Partner im demokratischen System zu haben: einen leistungsfähigen Staat, der die Teilnahmerechte der Bevölkerung ernst nimmt und

²² Die Gemeinsame Geberstrategie wurde am 1. März 2007 von allen 16 in Ghana tätigen OECD / DAC-Gebern mit einer Laufzeit von vier Jahren (2007-2010) unterzeichnet. Sie bildet den Rahmen für die Unterstützung der ghanaischen Wachstums- und Armutsbekämpfungsstrategie II und des APRM-Aktionsplans.

²³ Zu den beiden anderen Schwerpunkten außer Dezentralisierung hier nur kurz: In der Landwirtschaft trägt die deutsche EZ zur Umsetzung der Agrarsektorpolitik bei, die eine Intensivierung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion mit Maßnahmen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung verknüpft. Im Schwerpunkt Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung soll die deutsche EZ dazu beitragen, strukturelle organisatorische und rechtliche Schwächen abzubauen und in enger Zusammenarbeit mit Unternehmensverbänden, Ministerien und Distriktverwaltungen mehr Kapazitäten für Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen (KKMU) zu schaffen. Der verbesserte Zugang zu Finanzdienstleistungen erfolgt über eine Angebotsverbesserung von Finanzprodukten der Banken und ihre Qualifizierung für die Anliegen von KKMU. Damit steigt die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, damit sie den Menschen Arbeitsplätze und Einkommen bieten können.

in der Lage ist, ihren Bedürfnissen zu entsprechen, sowie eine selbstbewusste Zivilgesellschaft, die ihre Teilnahmerechte auch aktiv wahrnehmen kann (DED 2006 a/b).

Die Arbeit des DED zielt vor allem darauf, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Kommunen als selbstbestimmte und demokratisch legitimierte Regierungs- und Verwaltungsstruktur zu stärken. Die Fachkräfte des DED arbeiten direkt in den Kommunalverwaltungen oder bei Institutionen, die den Auf- und Ausbau kommunaler Selbstverwaltung unterstützen, z.B. bei Gemeindeverbänden oder Kommunalberatungsinstitutionen. Ihre Aufgaben umfassen u.a. eine Stärkung lokaler Demokratie durch die Einführung partizipativer Planungs- und Verwaltungsverfahren, Informations- und Bildungsveranstaltungen für die Gemeindebevölkerung, oder die Beratung von Gemeindevertretern bei der Ausarbeitung von Geschäftsordnungen, der Sitzungsarbeit oder auch in Fragen der Bürgerbeteiligung.

InWEnt führt verschiedene regionale Programme in Westafrika durch, in die auch Ghana eingebunden ist. Programme zu Medienförderung und Krisenprävention tragen zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Mit einem Programm zur Bekämpfung der Korruption wird gute Regierungsführung unterstützt. Programme zur Förderung der Landwirtschaft dienen unter anderem der wirtschaftlichen Absicherung der Dezentralisierung. Im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses wird Verantwortung an lokale Akteure übertragen. Ein wichtiges Element für das Gelingen der Dezentralisierung ist deshalb die Qualifizierung von Schlüsselpersonen in Wirtschaft und Verwaltung. InWEnt bietet Weiterbildungsmöglichkeiten an, damit diese ihre Expertise vor Ort einbringen und weitergeben können.

Für die Unterstützung der Dezentralisierung kommen also fast alle Instrumente der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit zum Einsatz. Die Durchführungsorganisationen KfW, GTZ und DED sind mit eigenen Büros und einer stattlichen Anzahl von über 50 entsandten Expertinnen und Experten im Land präsent. Auch politische Stiftungen – die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) und die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) – sind mit eigenen Strukturen in Accra vertreten; eine

Vielzahl von Nichtregierungsorganisation haben ebenfalls Ansprechpartner vor Ort.

Für die Hauptakteure der deutschen EZ, also KfW, GTZ, DED und InWEnt, bedeutet die Gestaltung und Förderung von Dezentralisierungsprozessen zum einen, „*dass demokratisch legitimierte kommunale Gebietskörperschaften ihren Entwicklungsauftrag im Sinne der Selbstverwaltung, unter Anwendung rechenschaftspflichtiger und transparenter Prinzipien, wahrnehmen*“ (Schmidt et.al., 2006). Zum anderen zählt die Stärkung und Weiterbildung gewählter Gemeinde- und Stadtratsmitglieder zu den Aufgaben der meisten Vorhaben, um damit insbesondere kommunale Planungs- und Entwicklungsprozesse, Haushaltsplanungen und mehr bürgerschaftliche Beteiligung zu schaffen.

Die jüngsten internationalen Entwicklungen der multilateralen, wie auch der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit den Vereinbarungen der *Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit* und der *Accra Agenda for Action* erfordern eine Anpassung und Überprüfung der bestehenden Sektorstrategien und Instrumentarien auf der Durchführungsebene. Daran wird gegenwärtig gearbeitet. Das zuständige BMZ entwickelt unter anderem eine neue Fassung der Sektorschwerpunktstrategie Dezentralisierung.

III.3 Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer: Das Beispiel der Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen und Ghana

Die Zuständigkeit für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit liegt in erster Linie beim Bund. Doch auch die Bundesländer sehen die Entwicklungszusammenarbeit als eine ihrer internationalen Aufgaben an. Knapp 50 Millionen Euro haben die Bundesländer dafür im Jahr 2006 zur Verfügung gestellt.²⁴ Aus finanzieller Sicht ist die EZ der Länder damit allerdings nur von geringer Bedeutung. Neben der Unterstützung von vielfältigen Projekten und Programmen durch diese bescheidenen Mittel sind aber insbesondere die Partnerschaften der Bundesländer mit Staaten oder Provinzen in verschiedenen Teilen der Welt bemerkenswert. So unterhält Nordrhein-Westfalen schon seit 1995 eine Partnerschaft mit der Provinz Mpumalanga

²⁴ Zur Rolle der Bundesländer in der Entwicklungszusammenarbeit ist Ende 2008 eine Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) erschienen (vgl. Wiemann 2008). Die hier genannte Summe von 50 Millionen Euro ist der Betrag, der der OECD als Official Development Assistance (ODA) gemeldet wurde; darin sind kalkulatorische Studienplatzkosten nicht enthalten (Wiemann 2008, 54). Vgl. hierzu auch Reuke / Albers (Germanwatch) 2008.

in Südafrika (ähnlich haben Niedersachsen und Bayern Partnerschaften auf Provinzebene in Südafrika). Nordrhein-Westfalen hat seit 2007 ferner eine bilaterale Kooperation mit Ghana vereinbart. Vorläufer solcher Kooperationen ist die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda, die seit über 25 Jahren besteht (siehe nachstehende Textbox 3). Dass die Entwicklungszusammenarbeit auch ein Feld für die Bundesländer ist, wird parteiübergreifend nicht bestritten. Schon in den frühen 1960er Jahren erklärten die Ministerpräsidenten der Länder, dass die Durchführung von Entwicklungshilfe im Ausland grundsätzlich in die Kompetenz des Bundes gehöre, dass die Länder aber in Abstimmung mit dem Bund diese Arbeit unterstützen könnten, insbesondere im Bereich Bildung und Ausbildung. In einem weiteren Beschluss der Ministerpräsidenten von 1988 wurde diese Sichtweise bekräftigt und ausgebaut, ergänzt zum Beispiel um die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit im Inland. Die weltpolitischen Veränderungen seit Ende der 1980er Jahre, neue globale Herausforderungen, aber auch vielfältige eigene Erfahrungen im Bereich der Entwicklungsarbeit führten im Oktober 2008 zu einem neuen Positionspapier der Ministerpräsidenten zur Entwicklungspolitik (vgl. MPK 2008; der vollständige Text ist im Anhang abgedruckt).

Nun hat sich die „Architektur“ der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen zehn Jahren stark verändert. Die inhaltliche Ausrichtung auf die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen, aber auch eine Reihe von Änderungen in den Institutionen, Regeln und Verfahren der EZ sind zu nennen (politisch 2005 formuliert in der bereits erwähnten *Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit*). Die *Paris Erklärung* soll unter anderem durch eine starke Harmonisierung der vielen verschiedenen Geber sowie durch eine konsequente Ausrichtung der EZ auf Strategien der Entwicklungsländer zu einer wirkungsvollen EZ führen. Angesichts dieser Trends stellt sich die Frage, ob eine auf kleinteilige Projekte und unkoordiniert vielfältige Kontakte abzielende EZ der Bundesländer nicht inzwischen doch als überholt gelten sollte: Was können die Länder, was der Bund nicht längst tut?

Textbox 3

Seit über 25 Jahren:

Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Ruanda

„Seit 1982 pflegt Rheinland-Pfalz eine so genannte 'Graswurzelpartnerschaft' mit Ruanda, eine Partnerschaft auf der Ebene der Bevölkerungen, also gewissermaßen 'von den Menschen – für die Menschen'. Das heißt, dass Kommunen, Schulen und verschiedene gesellschaftliche Gruppen die unmittelbaren Träger der Partnerschaft sind und die Regierungsebenen diese Arbeiten begleiten.

Das Hauptaugenmerk der Zusammenarbeit liegt dabei auf den Grundbedürfnissen der Menschen: Zunächst schlagen die ruandischen Partner Projekte vor, wie beispielsweise den Bau eines Trinkwasserbrunnens oder einer Schule.

Das rheinland-pfälzische Koordinationsbüro in Kigali prüft dann zunächst grundsätzlich, ob die Anfragen geeignet und umsetzbar sind. Anschließend übermittelt das Koordinationsbüro die Vorschläge nach Rheinland-Pfalz. Hier werden mögliche Partner angesprochen, die sich dann um die finanzielle und materielle Unterstützung für das jeweilige Projekt bemühen. Wenn die Finanzierung steht, werden ruandische Kleinbetriebe mit der Umsetzung beauftragt. Die Rechnungen werden über das Koordinationsbüro beglichen.

Die Regierungen in Rheinland-Pfalz und Ruanda bieten die finanzielle, logistische und technische Unterstützung sowie den politischen Rahmen, um die Partnerschaft vor Ort zu ermöglichen. (...)

In Ruanda werden seit geraumer Zeit Anstrengungen unternommen, den Prozess der Demokratisierung voranzutreiben. Auch in diesem Bereich erfährt das Land Unterstützung aus Rheinland-Pfalz, wie beispielsweise bei der Durchführung von Wahlen. (...)

Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Partnerschaft wurden weitere Ziele der Zusammenarbeit abgesteckt. So soll in Zukunft auch ein Schwerpunkt auf der Wirtschaftsförderung und dem Ausbau alternativer Energien liegen. (...)

Der im März 1983 gegründete Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz / Ruanda (e.V.) arbeitet als eine Art Dachorganisation für alle Ruanda-Vereine und

-Initiativen und ist u. a. auch der Träger des rheinland-pfälzischen Koordinationsbüros in der Hauptstadt Kigali. Die Hilfsorganisation Human Help Network e.V. mit Sitz in Mainz wurde 1990 gegründet.“

Quelle: Landesregierung Rheinland-Pfalz,
<http://www.rlp.de/unser-land/partnerschaften/ruanda/?0>
 Zugriff: 28.07.2009

Diese Fragen sind jüngst in einer Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) untersucht worden (Wiemann 2008). Der Autor kommt darin zu dem Schluss, dass die EZ der Bundesländer den Grundsätzen der Paris Erklärung nicht zuwiderlaufen dürfe, dass sie aber auch eine Reihe von wichtigen Potenzialen besitzt: *„Dabei steht die gesellschaftliche Verankerung des Politikfeldes und die Mobilisierung von Wissen für weltweit nachhaltige Entwicklung im Vordergrund und nicht die Mobilisierung von zusätzlichen finanziellen Mitteln für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit“* (Wiemann 2008, 2). Er sieht insbesondere vier Optionen für die EZ der Bundesländer, auch in Kombination (ebd., 4-6):

- eine (für notwendig erachtete) Ausweitung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit;
- die Bereitstellung von „spezifischem Know-how“ der Länder (und Kommunen) unter dem Dach der EZ des Bundes (z.B. durch Beurlaubung oder zeitweise Entsendung von Fachleuten kommunaler Verwaltungen);
- die Anbahnung von Partnerschaften, um langfristige Beziehungen zwischen Menschen und Institutionen zu fördern; sowie
- EZ in Feldern, die von den großen Gebern vernachlässigt werden bzw. die in die Kompetenz der Länder fallen, insbesondere die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit.

Der Beschluss der Ministerpräsidenten von 2008 zeigt, dass die Bundesländer sich alle vier Optionen offen halten: alle in der Studie genannten Punkte finden sich in dem Positionspapier. Auch die Einbindung in die Prinzipien der neuen EZ-Architektur scheint anerkannt zu sein. Die Länder sprechen sich für einen koordinierten Mehrebenenansatz der EZ aus, der auch die Harmonisierungsgebote der Paris Erklärung von 2005 beachtet: *„Vor dem Hintergrund der Millenniums-Entwicklungsziele von 2000 und der Paris Deklaration von 2005 wollen die Länder ihre spezifischen*

Kompetenzen komplementär zu den nationalen und internationalen Akteuren einsetzen, ohne als weitere Geber in Konkurrenz zu ihnen zu treten. Es ist die vorrangige Aufgabe der Länder, als Träger und Rahmengerber für Entwicklungspartnerschaften zu fungieren, diese zu koordinieren und zu unterstützen. Die partnerschaftlichen Aktivitäten der Länder und Kommunen mit Städten, Provinzen, Regionen und Staaten der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer gilt es weiter auszubauen.“ (MPK 2008, I).

Der hier enthaltene Hinweis auf Kommunen findet sich an mehreren Stellen. Die Länder drücken in ihrem Beschluss erstmals sehr klar aus, dass sie auch eine stärkere Rolle der Kommunen in der EZ für wünschenswert halten.

Zu den verschiedenen Kernkompetenzen und Handlungsfeldern, die die Länder definieren, gehört auch der Bereich Gute Regierungsführung und Dezentralisierung: *„Mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen im föderalen System sind die Länder in besonderem Maße geeignet, Entwicklungsländer in Bezug auf gute Regierungsführung und beim Aufbau dezentraler Verwaltungsstrukturen zu unterstützen und einen aktiven Beitrag zum ‚capacity building‘ zu leisten.“* (MPK 2008, II.6)

Der Beschluss der Ministerpräsidenten ist federführend von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ausgearbeitet worden. Die im MPK-Beschluss formulierten Grundsätze stehen der entwicklungspolitischen Linie NRW ganz offensichtlich nahe. Die Landesregierung NRW hat 2007 neue entwicklungspolitische Leitlinien verabschiedet (MGFFI 2007), die ein Zehn-Punkte-Programm darstellen (siehe nachstehende Textbox 4). Wichtige Elemente dieses Programms, so zum Beispiel die Bezugnahme auf die Millenniumsentwicklungsziele, nachhaltige Entwicklung, entwicklungspolitische Bildungsarbeit, die wissenschaftliche Kooperation u.a.m., spiegeln sich auch im MPK-Beschluss. Auch in den Leitlinien wird die Rolle der Kommunen mehrfach erwähnt.

Insbesondere im Zusammenhang mit der neuen vertraglich vereinbarten Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana möchte das Land die Kommunen verstärkt zur Mitarbeit einladen. Die im November 2007 von Ministerpräsident Rüttgers und dem ghanaischen Außenminister Osei-Adjei unterzeichnete Vereinbarung sieht eine Reihe von Kooperationsfeldern vor (u.a. wirt-

schaftliche Zusammenarbeit, Energie, Wissenschaft, Bildung, Jugend, Sport, Tourismus und Kultur). Festgehalten wird ausdrücklich, dass die beiden neuen Partnerländer „den gemeinsamen Aufbau von Schulpartnerschaften, Städtepartnerschaften, Hochschulkooperationen, kirchlichen Gemeindepartnerschaften sowie Austausch von Jugend- und Frauenorganisationen“ begrüßen und unterstützen (NRW-Ghana 2007, II; vollständiger Text siehe Anhang V.6).

Textbox 4

Entwicklungspolitische Leitlinien des Landes NRW

Die Landesregierung NRW hat 2007 folgende Leitlinien beschlossen:

1. Nordrhein-Westfalen richtet seine Entwicklungspolitik an der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen aus.
2. Die Landesregierung intensiviert die Partnerschaft und Kooperation mit Entwicklungsorganisationen, Kirchen, Hilfswerken und Nichtregierungsorganisationen (NRO).
3. Nordrhein-Westfalen profiliert Bonn als Sitz der Vereinten Nationen (UN) und internationalen Standort.
4. Nordrhein-Westfalen verbindet Migration und Entwicklung.
5. Nordrhein-Westfalen ist Wissenschaftsstandort für Entwicklung.
6. Nordrhein-Westfalen leistet seinen Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.
7. Die Landesregierung intensiviert ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Wirtschaft.
8. Nordrhein-Westfalen nutzt seine Kompetenz als Energieland für Klimaschutz und Ressourcen schonende Energienutzung in den Ländern des Südens.
9. Die Landesregierung unterstützt das bürgerschaftliche Engagement in der entwicklungspolitischen Arbeit im In- und Ausland.
10. Nordrhein-Westfalen konzentriert seine Entwicklungszusammenarbeit auf Subsahara-Afrika.

Der ausführliche Text der Leitlinien kann auf der Webseite des Ministeriums MGFFI heruntergeladen werden (siehe Link im Serviceteil, MGFFI 2007).

Die Partnerschaft befindet sich im Aufbau. In 2008 gab es mehrere Delegationen von deutschen bzw. ghanaischen Unternehmervertreterinnen und -vertretern, die sich im jeweiligen Partnerland über Kooperationsmöglichkeiten informierten. In 2007 und 2008 förderte das Land im Rahmen des Auslandsprogramms in Ghana 16 Projekte zivilgesellschaftlicher Organisationen mit einem Fördervolumen von insgesamt 310.000,- Euro. Ein Bericht des zuständigen Ministeriums verweist außerdem auf 53 junge Menschen aus NRW, die im Rahmen des Programms *Konkreter Friedensdienst* in Entwicklungsprojekte in Ghana entsandt wurden, und auf eine Reihe anderer Einzelmaßnahmen, die durch das Land unterstützt wurden (MGFFI 2008, 3). Die systematische Kooperation soll durch die Erarbeitung eines Jahresprogramms sowie durch die Eröffnung eines Verbindungsbüros in Accra weiter verstärkt werden.

Im Juni 2009 reiste der für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, mit einer Delegation von Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Hilfswerken und Zivilgesellschaft nach Ghana und traf dort u.a. auch mit Staatspräsident John Evans Atta Mills und dem ghanaischen Energieminister zu Gesprächen zusammen. Ziel der Reise war die Vertiefung der Partnerschaft zwischen Ghana und Nordrhein-Westfalen.

III.4 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit und Agenda 21

Obwohl sich Kommunen seit vielen Jahren, insbesondere über Städtepartnerschaften auch für Kooperationen mit Kommunen in Entwicklungsländern engagierten, betraten sie doch mit den Beschlüssen der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro erstmals explizit die entwicklungspolitische Bühne. In der dort verabschiedeten Agenda 21 wirkten kommunale Akteure intensiv am Kapitel 28 mit und konnten sich als wichtige Schnittstelle zwischen globalen und lokalen Umwelt- und Entwicklungsprozessen positionieren (vgl. Wilhelmy 2000). Sie riefen dazu auf, den politischen Wandel auf lokaler Ebene deutlich voranzutreiben. Vor diesem Referenzrahmen der Vereinten Nationen und einer Reihe von UN-Folgekonferenzen entstanden seither viele wichtige Prozesse in Städten und Gemeinden, die globale Entwicklungen auf die lokale Ebene übersetz-

ten und zu anschaulichen Handlungsaufforderungen für kommunales wie auch bürgerschaftliches Engagement führten. Städtepartnerschaften, Umweltschutz, fairer Handel, entwicklungspolitische Bildungsarbeit, kommunale Nachhaltigkeitsberichte und Eine-Welt-Bilanzen²⁵ trugen vielerorts zu der Erkenntnis bei, dass die Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens und einer weltweiten, sozial gerechten Menschheitsentwicklung überlebenswichtig für die Erde sind und von jedem einzelnen Mitglied der Gesellschaft mit gestaltet werden können. Nicht zuletzt die Bevölkerungsentwicklung und die zunehmende Urbanisierung erfordern neue Strategien der Kommunen für ihre nachhaltige Bewirtschaftung, Infrastruktur, Finanzierung und soziokulturelle Gestaltung.

In den letzten Jahren hat die lokale Ebene in der entwicklungspolitischen Diskussion zunehmend an Bedeutung gewonnen. Auf dem *Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung 2002* in Johannesburg versammelten sich Kommunalvertreter aus der ganzen Welt zur Bekräftigung der *Lokalen Agenda 21*, zur *Habitat-Agenda* und zu den *Millenniumsentwicklungszielen* (MDGs) mit dem Aufruf, ihre Anstrengungen auf kommunaler Ebene zu erhöhen, damit diese ihrer Rolle als entwicklungspolitische Akteure gerecht werden können. Auch der 2004 gegründete Weltverband der Kommunen *United Cities & Local Governments (UCLG)* hat sich explizit zu seinen Aufgaben in der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bekannt.

Vor allen Dingen in den USA und in den europäischen Nachbarstaaten Großbritanniens, der Niederlande und den skandinavischen Gemeinden entstanden vielfältige Formen lokaler Agenden. Deutsche Kommunen, obwohl der Berliner Bezirk Köpenick 1994 einer der Vorreiter für die *Lokale Agenda 21* war, taten sich zunächst schwer. Etwa 21 Prozent der Kommunen ließen sich eher zögerlich auf die Integration lokaler Agenden und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit ein.²⁶ Da sich allerdings eher größere, städtische Kommunen im Agenda-Prozess engagierten, repräsentieren diese immerhin rund 60-70 Prozent der Bevölkerung (vgl. Wilhelmy / Diefenbacher u.a. 2008, 76).

Viele deutsche Kommunen verhalten sich angesichts angespannter Haushaltslagen, drängender kurzfristiger Probleme und geringen öffentlichen Interesses nach wie vor zurückhaltend gegenüber den langfristig orientierten Agenda-Prozessen, obwohl übergeordnete Diskussionen auf Landesebene, in Ministerpräsidenten-, Bundestags- und Bundesratsbeschlüssen einen Referenzrahmen für lokale Akteure und kommunale Aktivitäten geschaffen haben. Der politische Lernprozess, der über die Agenda-Prozesse, Eine-Welt-Arbeit, Partnerschaften und ihre Ausgestaltung die beteiligten kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteure erfasste, ist aber nicht zu unterschätzen: „*Dass heute in Deutschland der Bürgerhaushalt von Porto Alegre in abgewandelter Form, das faire Beschaffungswesen und die Praxis nachhaltigen Einkaufens oder das offensive Zusammenwirken von Migrantenvereinen und Kommunalpolitik möglich ist, wäre ohne die Lokale-Agenda-Bewegung der 1990er Jahre gar nicht denkbar.*“ (SKEW 2008, 18)

Dennoch ist die aktive Beteiligung der Städte und kommunalen Spitzenverbände, unter anderem aufgrund mangelnder praktischer Einbindung in die offizielle Entwicklungszusammenarbeit, noch vergleichsweise gering. Die kommunalen Spitzenverbände sehen hierin jedoch ein wichtiges kommunales Handlungsfeld:

„*Das Präsidium des Deutschen Städtetages ermutigt das Engagement deutscher Kommunen, durch Partnerschaften, Projektkooperationen und die Bereitstellung kommunaler Expert/-innen in Projekten von Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einen Beitrag zur Gestaltung der globalen Entwicklung zu leisten.*“²⁷

In der Folge haben der Deutsche Städtetag und die GTZ einen gemeinsamen Ratgeber zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit herausgegeben, der MitarbeiterInnen in den Kommunalverwaltungen als Hilfestellung dienen soll (Deutscher Städtetag / GTZ 2005).

Die meisten Kommunen berufen sich für ihr entwicklungspolitisches Engagement auf die Beschlüsse der

²⁵ Einige Städte, beispielsweise Aschaffenburg und München, haben in diesem Kontext kommunale Nachhaltigkeitsberichte bzw. Eine-Welt-Bilanzen erstellt (Diefenbacher / Wilhelmy 2003).

²⁶ Bis Mitte 2006 haben sich etwa 2.610 der rund 12.315 kommunalen Gebietskörperschaften zur Aufstellung einer lokalen Agenda 21 entschließen können (vgl. SKEW 2008).

²⁷ Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages im Rahmen seiner 348. Sitzung am 20. April 2004 in Landshut.

Ministerpräsidentenkonferenzen (MPK). Zuletzt bestätigte die MPK 2008 in Dresden erneut die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen. In dem Beschluss der MPK vom Oktober 2008 heißt es: *„Dem Beitrag der Kommunen für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern messen die Länder eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Kultur- und Bildungsarbeit, für die Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie für „capacity building“ im Bereich kommunaler Aufgaben.“* (MPK 2008)

Allerdings weist das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik in einer Anfang 2009 veröffentlichten Studie auch darauf hin, dass die gefassten Beschlüsse bislang weder in den Gemeindeordnungen der Länder noch in den Länderverfassungen verankert sind, die den Kommunen eine rechtliche Grundlage für ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten bieten würden (vgl. Fröhlich / Lämmlein 2009, 3). Daher basiert die kommunale EZ gegenwärtig vor allem auf dem Recht der kommunalen Selbstverwaltung und dem Prinzip der Subsidiarität für kommunalpolitische Aufgaben im Rahmen des Haushaltsrechts.

Das Selbstverständnis der kommunalen entwicklungspolitischen Aktivitäten erschließt sich u.a. auch aus der *„Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, Hamburg 2006“* (siehe nachstehende Textbox).

Textbox 5

Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen, Hamburg 2006

Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung

Die Vertreterinnen und Vertreter aus kommunaler Verwaltung und Politik, Spitzenverbänden, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft stellen fest: Die Gestaltung der Globalisierung erfordert eine Rückbesinnung auf lokale Fähigkeiten und Potenziale der Zivilgesellschaft. Kommunen gewinnen an Bedeutung für die internationale Zusammenarbeit: Sie sind der Ort für Begegnung und Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsstrategien und -konzepte.

Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit verbinden

Eine Orientierung am Leitbild einer weltoffenen und international vernetzten Kommune erhöht entscheidend die Zukunftsfähigkeit der Kommunen in Zeiten der Globalisierung. Erfolgreiche Integration, Förderung von Partizipation und kultureller Vielfalt sind zugleich erfolgreiche kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Es ist vordringlich die Politikfelder Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit miteinander zu verbinden und eine Kohärenz dieses Themenkomplexes mit anderen Ressorts, insbesondere Bildung, Kultur, Außen, Finanzen und Wirtschaft, herbeizuführen. Der Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund kommt eine zentrale Rolle zu, in unserer Gesellschaft Probleme des globalen und demographischen Wandels besser zu lösen.

Zusammenarbeit und Partnerschaft in und zwischen Kommunen

Das Ziel nachhaltiger Entwicklung bietet die gemeinsame Grundlage für strategische Partnerschaften zwischen allen kommunalen Akteuren aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Hierzu sind Potentiale zu analysieren, Interessen zu klären und eine Zusammenarbeit zu vereinbaren. Kooperation, Vernetzung und Austausch in und zwischen Kommunen sowie zwischen den verschiedenen politischen Ebenen bilden das Fundament für erfolgreiche europäische und internationale Partnerschaftsarbeit.

Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele und der Agenda 21 in Kommunen

Die Umsetzung der acht Millenniums-Entwicklungsziele ist eine gemeinsame Aufgaben für alle zivilgesellschaftlichen Akteure und politischen Ebenen. Sie sind Anlass und Chance, um kommunale Entwicklungszusammenarbeit und lokale Agenda 21-Prozesse zu stärken und auszuweiten. Die weltweite Verwirklichung des Prinzips der kommunalen Selbstverwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele.

Anerkennung und Förderung

Kommunen und Initiativen gestalten Globalisierung. Sie sind wichtige Partner für die internationale Zusammenarbeit und Entwicklung. Zugleich ist ihre

Partnerschaftsarbeit auch eine Investition in die eigene Kommunalentwicklung. Dieses Engagement ist auf EU-Ebene, von Bund und Ländern zu unterstützen. Es braucht rechtliche Sicherheit, angemessene Ressourcen und eine verbesserte Förderung, ähnlich den Konzepten verschiedener europäischer Nachbarn. (SKEW 2007b, 147)

III.5 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana

Deutsche Kommunen leisten über zahlreiche Städtepartnerschaften auch mit afrikanischen Kommunen bereits heute entwicklungspolitische Beiträge, häufig jedoch ohne diese mit anderen Ansätzen der deutschen EZ zu verknüpfen. In der Zusammenarbeit mit Ghana liegt das Engagement weitgehend in der Hand privater und kirchengemeindlicher Initiativen (siehe unten). Ansätze zur kommunalen Einbindung in NRW zeigen die Projektpartnerschaften aus Mönchengladbach und Bonn sowie in Hessen die Projektpartnerschaft von Hanau, die hier kurz vorgestellt werden sollen. Als Ergänzung werden noch zwei weitere Beispiele aus den benachbarten Niederlanden herangezogen, die zeigen, wie entwicklungsfähig derartige Partnerschaften zwischen Kommunen sein können.

Beispiel 1: Partnerschaftsprojekt Mönchengladbach

Das aus dem Agendaprozess entstandene Eine-Welt-Forum in Mönchengladbach unterhält seit dem Jahr 2004 eine Nord-Süd-Partnerschaft mit dem in der Ashanti-Region Ghanas gelegenen Distrikt Offinso.²⁸ Vorläufer dieser Partnerschaft ist eine seit Jahrzehnten bestehende Verbindung zu einem Behindertenverein in Offinso. Mittlerweile ist die Zusammenarbeit auf weitere Bereiche ausgedehnt worden. Der Rat der Stadt Mönchengladbach hat im September 2008 einhellig das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana begrüßt und Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Vereine und Verbände zur Mitarbeit ermuntert. Als hilfreich für eine weitere Verankerung der Beziehungen wird auch die

Partnerschaftsvereinbarung erachtet, die das Land NRW mit Ghana abgeschlossen hat. Nicht nur auf dem Feld sozialer Initiativen soll die Zusammenarbeit mit dem Distrikt Offinso intensiviert werden; in einem zweiten Schritt wird eine kommunale Entwicklungs- und Projektpartnerschaft mit Offinso geplant.

Zu einem Schwerpunkt der Zusammenarbeit hat sich die seit dem Jahre 2005 bestehende Schulpartnerschaft des Gymnasiums zu zwei Sekundarschulen im Distrikt Offinso entwickelt. Die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums haben sich im Rahmen brieflicher und persönlicher Kontakte sowie einer Projektwoche intensiv engagiert, mit Ghana befasst und das Schulgeld für 50 Schüler/-innen wie auch die Mittel für die Sanierung einer der Schulen zur Verfügung gestellt. Schließlich beteiligen sich auch die Soroptimistinnen²⁹ aus Mönchengladbach an der Nord-Süd-Partnerschaft. Sie ermöglichen 20 Frauen in Offinso die Gründung eines kleinen Unternehmens durch die Vergabe von Mikrokrediten.

Beispiel 2: Projektpartnerschaft Bonn – Cape Coast

Im September 2008 genehmigten der *Ausschuss für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda* und nachfolgend auch der Rat der Stadt Bonn eine neue Projektpartnerschaft mit der Stadt Cape Coast / Ghana und beauftragten die Verwaltung, diese Partnerschaft aufzubauen. Das Konzept für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda der Stadt Bonn aus dem Jahre 1999 sieht vor, die Entwicklung von Projektpartnerschaften auf jedem Kontinent anzustreben. Da es bislang noch keine kommunale Partnerschaft zwischen Bonn und einer Stadt in Afrika gab, bot es sich für Bonn als UNO-Stadt mit entwicklungspolitischem Schwerpunkt und einer engagierten „Afrika-Szene“ an, verstärkte Kontakte mit einer afrikanischen Stadt zu knüpfen. In die Ausgestaltung der partnerschaftlichen Aktivitäten sollen zukünftig die Mitglieder des Ausschusses für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda sowie die in Bonn ansässigen Partnerschaftsinitiativen und Vereine, die Kontakte mit Ghana unterhalten, einbezogen werden.

Für die Entwicklung städtepartnerschaftlicher Beziehungen mit Cape Coast stellen die politische und wirtschaftliche

²⁸ Weitere Informationen auf der Homepage der Partnerschaft: <http://www.ewf-mg.de/off.html>

²⁹ Soroptimist International (SI) ist eine Service-Organisation berufstätiger Frauen. Der Name „Soroptimist“ ist vom lateinischen „sorores optimae“, „die besten Schwestern“, abgeleitet.

Entwicklung Ghanas sowie die engen Beziehungen zu Deutschland aus Sicht der kommunalen Akteure günstige Voraussetzungen für eine kommunale Partnerschaft dar.

Die neue Landespartnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana wird auch in Bonn als ein weiterer unterstützender Faktor gesehen.

Erste Kontakte zwischen Bonn und Cape Coast wurden im Rahmen der Internationalen Bürgermeisterkonferenz zur Biodiversität im Mai 2008 geknüpft, an der eine Delegation aus Cape Coast teilgenommen hatte. Als Schwerpunktbereiche einer möglichen Zusammenarbeit wurden die Verwaltungsmodernisierung und Umweltthemen, insbesondere des Abfallmanagements, genannt. Ein weiteres wichtiges Element der Zusammenarbeit soll die Ausgestaltung eines nachhaltigen Managements im Tourismussektor darstellen.

Vor diesem Hintergrund fanden auch Gespräche zwischen der Stadt Bonn, der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt und dem DED statt, um den Aufbau nachhaltiger Städtepartnerschaftlicher Beziehungen und den Austausch von Verwaltungsfachkräften im kommunalen Sektor voranzubringen. Auch die in Bonn ansässige SEQUA – eine gemeinnützige Gesellschaft der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft – und der BDI planen unter Ko-finanzierung des BMZ ein Projekt zur Wirtschaftsförderung in Cape Coast.

Im Wissenschaftsbereich führen das Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn (in Kooperation mit der *University of Ghana*) und mehrere andere wissenschaftliche Einrichtungen bereits seit Jahren Projekte in Ghana durch (v.a. Forschung).

In Bonn leben über 100 Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Ghana. Im „Partnerschaftsverein Bonn – Cape Coast e.V.“ haben sich Vertreter verschiedener Institutionen sowie aus Politik und Gesellschaft mit dem Ziel versammelt, die Begründung einer Städtepartnerschaft zwischen den beiden Städten zu fördern. Darüber hinaus gibt es in Bonn zahlreiche weitere Afrika-Foren und -Initiativen, wie z.B. das Deutsch-Afrikanische Zentrum e. V.. Hinzu kommen Partnerschaften von Kirchengemeinden und nicht-staatlichen Entwicklungsorganisationen. Somit besteht ein enges Netzwerk zivilgesellschaftlicher Kontakte mit Ghana, das für eine Partnerschaft genutzt werden soll.

Beispiel 3: Stadt Hanau – Deutsch-Ghanaischer Verein Projekt Ningo e. V.

Durch die finanzielle Unterstützung der Stadt Hanau konnte der seit 1997 bestehende Deutsch-Ghanaische Verein dem Dorf Agomeda im Dangme West-Distrikt in Ghana helfen, seine Projekte an drei Schulen zu verwirklichen. Das Schulkomitee in Agomeda hat vielfache Hilfe und Unterstützung aus der Brüder Grimm-Stadt erhalten, u.a. wurden Renovierungs- und Umbauarbeiten an der Grundschule finanziert, das Schuldach ausgebessert und Unterrichtsmaterialien angeschafft. Die Klassen bekamen neue Sportbekleidung und Sportgeräte.

Für die Mittelschule in Agomeda organisierte die Initiative ein neues Sanitärgebäude; Fensterläden und Türen für die Schulräume sowie einen neuen Farbanstrich, und das Lehrerzimmer wurde mit neuen Tischen und Stühlen ausgestattet. Schließlich konnte die ortsansässige Berufsschule noch eine Klimaanlage für ihren Computerraum bekommen. Weitere bauliche Maßnahmen, u.a. für ein Schülerwohnheim sind geplant.

Im Bildungssektor konnte also mit kommunaler Unterstützung ein Beitrag für den infrastrukturellen Ausbau der ghanaischen Schulen ermöglicht werden.

Beispiel 4 : Städtepartnerschaft der Stadt Almere / Niederlande mit Kumasi / Ghana

Die seit 1996 bestehende Städtepartnerschaft von Almere in den Niederlanden mit Kumasi in Ghana hat einen sehr fortgeschrittenen Charakter. Im Zentrum der Kooperation steht die internationale Verantwortung zur Armutsreduzierung. Es werden verschiedene Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Kumasi unterstützt.

2001 wurde von beiden Städten ein *Sister Cities Agreement 2001-2006* unterzeichnet, in dem die Prinzipien ihrer Partnerschaft festgelegt wurden. Die Städtepartnerschaft wird von der Stiftung SamenWerk koordiniert. Es besteht aber auch ein regelmäßiger Kontakt zwischen Behördenbediensteten beider Kommunen.

Die Aktivitäten umfassen z.B.

- die Ausweitung des PC-Netzwerks für das *Kumasi Urban Planning Department*,
- die gemeinsame Ausarbeitung eines neuen kommunalen Steuersystems für Kumasi,
- Repräsentanten der Stadt Kumasi planen langfristi-

ge Projekte gemeinsam mit Repräsentanten der Stadt Almere,

- Organisation von Trainingskursen zur Durchführung internationaler Projekte,
- Bau neuer Klassenräume und eines Computerraums in einem Waisenhaus,
- Herstellung von Perlen durch Recycling von Plastik.

Eingebettet sind diese Aktionen in ein gemeinsames Verständnis der internationalen Verantwortung zur Armutsbekämpfung und Partizipation zivilgesellschaftlicher Organisationen, das die beiden Städte als Handlungsgrundlage ihrer Zusammenarbeit entwickelt haben. Charakteristisch und beispielhaft für andere Kommunen ist sicherlich auch, dass über die Vielzahl der Projektunterstützungen langfristige Ziele, z.B. der Einkommens- und Arbeitsplatzschaffung, Armutsreduzierung, Nachhaltigkeit und Bildungsförderung für Jugendliche formuliert wurden, an denen sich auch die künftigen Projekte orientieren sollen.

Beispiel 5: Städtepartnerschaft von Gouda und Elmina

Die Stadt Gouda wandte sich 2003 an die Vereniging van Nederlandse Gemeenten (VNG; Vereinigung niederländischer Gemeinden) und äußerte den Wunsch nach Zusammenarbeit mit einer afrikanischen Kommune. Die VNG unterstützt kommunale Zusammenarbeit mit den Ländern Ghana, Uganda, Zimbabwe und Tansania. Auch aufgrund der stabilen politischen Verhältnisse entschied sich Gouda für eine Partnerstadt in Ghana. Dann stellte die niederländische Botschaft in Accra Kontakte mit der Stadt Elmina her.

Seit 2004 besteht zwischen den Städten eine Projektpartnerschaft. Thematisch konzentrierte man sich zunächst auf die Abfallproblematik, welche die Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung rund um die lokale Mülldeponie Java Hill massiv einschränkte. Durch Stärkung der lokalen Verwaltung und Kooperation örtlicher Unternehmer bei der Sanierung der Deponie konnten zwischen 2005 und 2006 erhebliche Verbesserungen erzielt werden. Darüber hinaus wurde die lokale Abfalllogistik überarbeitet, um eine langfristige Lösung des Problems zu gewährleisten. Zudem wird Aufklärungsarbeit über den Zusammenhang von Gesundheit und Umweltschutz geleistet.

Die Lösung des Abfallproblems trägt nicht nur zu einem

Anstieg der Lebensqualität vor Ort bei, sondern eröffnet darüber hinaus die Möglichkeit, durch Belebung des Tourismus die lokale Arbeitsmarktsituation nachhaltig zu verbessern. An dem Beispiel wird deutlich, wie im Rahmen einer Städtepartnerschaft verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten zu gemeinsamem Engagement zusammenkommen können: der Rotary Club aus Gouda liefert Hilfsgüter zur Gesundheitsversorgung in Elmina, Schulen aus Gouda führten Spendenaktionen durch und wollen durch Einrichtung von Internet an einer Schule in Elmina den Kontakt zwischen ghanaischen und niederländischen Schülern ermöglichen, die Feuerwehr aus Gouda schenkte ein Löschfahrzeug und entsendete einen Fachmann zur Wissensvermittlung.

Die breite Beteiligung schlägt sich auch in der Finanzierung nieder. Hauptsächlich getragen wird das Projekt von der VNG und der Stadt Gouda. Aber auch die Stichting Ontwikkelingssamenwerking Gouda (SOG; Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Gouda) sowie Schulen und ein lokaler Abfallbetrieb unterstützen die Zusammenarbeit finanziell.

III.6 Kooperationen zivilgesellschaftlicher Akteure aus Nordrhein-Westfalen mit Partnern in Ghana

Neben der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit engagieren sich seit vielen Jahren auch die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen entwicklungspolitisch. Gerade in Nordrhein-Westfalen hat die zivilgesellschaftliche entwicklungspolitische Arbeit Tradition und Gewicht. Große entwicklungspolitische Organisationen haben hier ihren Sitz (u.a. Misereor, der Evangelische Entwicklungsdienst, Deutsche Welthungerhilfe e.V., Kindernothilfe e.V.). Daneben existieren aber viele kleine Organisationen und Gruppen, die in mitgliederstarken Netzwerken wie dem *Eine-Welt-Netz NRW* zusammengeschlossen sind. Viele dieser Gruppen unterhalten langjährige Beziehungen zu Partnerorganisationen in Ghana.

Um die Vielfalt der bereits existierenden Initiativen auf lokaler Ebene erst einmal aufzunehmen und zu erfassen, wurde im Rahmen der vorliegenden Untersuchung eine Online-Befragung durchgeführt (siehe Fragebogen im Anhang) und diese nachfolgend durch telefonische Interviews er-

gänzt. Recherchen im Internet vervollständigten das Bild zivilgesellschaftlicher und kommunaler Partnerschaften mit Ghana.³⁰

Der Rücklauf von 91 Fragebögen aus Nordrhein-Westfalen belegte dann das große Interesse von Initiativen, die sich alle in der einen oder anderen Form für Projekte, menschliche Kontakte und Partnerschaften mit Ghana einsetzen und ein vielgestaltiges bürgerschaftliches Engagement widerspiegeln. Mehr als die Hälfte der bestehenden Initiativen (56%) sind dabei bereits vor vielen Jahren über die kirchliche Zusammenarbeit deutscher und ghanaischer Gemeinden entstanden, insbesondere im Bistum Münster, aber auch in Köln und Rheine. Die Aktivitäten weisen auf die langjährigen Kontakte von Kirchengemeinschaften hin, in welche die Entwicklungszusammenarbeit deutscher Gemeinden – teils in Zusammenarbeit mit ihren Kommunen – schon lange vor UN-Weltkonferenzen und Agendaprozessen eingebettet war. Teile der Gemeindekooperationen haben sich seit den neunziger Jahren über kirchliche Solidarität und den Schutz von Umwelt und Gesellschaft in den Kontext nachhaltiger lokaler Entwicklung eingegliedert.

Im Zentrum vieler **kirchlicher Kontakte**, die natürlich eine noch breitere Vielfalt an Aktivitäten umfassen, stehen der kulturelle und religiöse Austausch und der Dialog zwischen den Partnergemeinden aber auch die Finanzierung von Bildungsprojekten, beispielsweise:

- Der *Ghana-Kreis St. Georg in Ahaus-Ottenstein e.V.* unterstützt seit 1995 den Bau von Grundschulen und einer Mittelschule sowie eines Kindergartens in seiner Partner(Pfarr-)gemeinde Bulenga-Chaggu in Upper West Region. Die Gemeinde half gleichermaßen bei der Gesundheitsfürsorge und bei Brunnenbohrungen.
- Die *Katholische Pfarrgemeinde St. Martinus in Goch* unterhält seit 1989 enge Verbindungen zu einer Partner(Pfarr-)gemeinde in Nordghana und unterstützt dort u.a. einen Ausbildungsfonds für Kinder, deren Eltern eine schulische Ausbildung nicht finanzieren können.
- Die *Katholische Studierenden- und Hochschulgemeinde (KSHG) in Münster* übernimmt seit 2002 die Schul-/Studiengebühren von benachteiligten Mädchen aus Nordghana.
- Der *Ghana Arbeitskreis Cappenberg der FH in Gelsenkirchen* unterstützt seit 1998 die Gründung von kommunalen Einrichtungen zur Stromverteilung in Busunu, Betreuung von Kraftwerken (z.B. Solar, Generator, Biogas), sowie einer bäuerlichen Genossenschaft und einer Kleinkredit-Bank.
- Der *Eine-Welt-Kreis der Anna-Katharina-Gemeinde in Coesfeld* hat sich 2001 die Betreuung von Aids- Waisen und Unterstützung der Präventions- und Aufklärungsarbeit in Navrongo, Upper East Region zur Aufgabe gemacht.
- Die *Ghanahilfe des Katholischen Pfarramts St.Otger in Stadtlohn* finanzierte den Bau und die Einrichtung von 21 Grund- und Hauptschulen in Ghana.

Seit den achtziger Jahren und verstärkt mit der Einführung von **Jugendaustausch** und Internetkontakten in den Jahren nach 2000 entstanden auch zahlreiche Schulpartnerschaften (23% der befragten Initiativen) zwischen Schulen in Deutschland und Ghana. Unter anderem gründeten zurückkehrende Entwicklungshelfer und in Deutschland lebende Ghanaerinnen und Ghanaer mehr als zwanzig Unterstützerinitiativen im Bildungsbereich, die den Ausbau und die Ausstattung ihrer Partnerschulen in Ghana fördern. Insbesondere in ländlichen Gebieten und für gefährdete Kinder und Jugendliche in den Städten entstanden solche schulischen Unterstützervereine. Beispiele hierfür bieten etwa:

- Die *Käthe-Kollwitz Schule in Emsdetten* und vier Schulen in Bongo (Nordghana) fördern seit 1993 Briefpartnerschaften zwischen ihren Schülern und Schülerinnen. Die deutsche Schule unterstützt ihre Partner bei ihrem Auf- und Ausbau, veranstaltet Sponsorenläufe und veröffentlicht Berichte der ghanaischen Partner mit Fotos von den Projekten, zum Beispiel in der Schülerzeitung.
- Der *Daakye Club e.V. in Düsseldorf* unterstützt seit 2007 in Kumasi die Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen nach der Grundschule im Umgang mit Computern, vermittelt Grundkenntnisse in Textverarbeitung und Internet.
- Die *Erzbischöfliche Liebfrauenschule in Bonn* hilft seit 1996 bei der Finanzierung von Schulen und Mädchen-

³⁰ Für die erste Erfassung von Ghana-bezogenen Initiativen wurden die Kontakte verschiedener zivilgesellschaftlicher Netzwerke in Nordrhein-Westfalen, u.a. des Eine-Welt-Netztes NRW sowie des Ghana Forums NRW, genutzt und durch per Internetsuche erfasste weitere Adressen ergänzt. Insgesamt wurden über 200 Kontaktpersonen / Initiativen angeschrieben und um die Beantwortung eines Online-Fragebogens gebeten. -- Die Autoren danken Judy Müller-Goldenstedt, Magdalene Pac und Vera Vorneweg, Mitarbeiterinnen in der Forschungsstelle Entwicklungspolitik der FH Düsseldorf, für die Durchführung dieser Befragungen.

wohnheimen, übernimmt Patenschaften für Mädchen durch die Übernahme von Schul- und Wohngeld, der Kosten für Schulmaterial oder medizinischer Versorgung und organisierte Arbeitseinsätze von Liebfrauschülerinnen mit polnischen Jugendlichen in Ghana (Ost-West-Süd-Kooperation).

Im Bereich der Wissenschaft haben sich **Hochschulpartnerschaften** und Kooperationen zwischen einigen Hochschulen in NRW und Partnern in Ghana entwickelt. Dazu zählt die seit etwa 25 Jahren bestehende Partnerschaft der *Technischen Universität Dortmund* mit der *University of Science and Technology (UST)* in Kumasi oder die seit kürzerem bestehende Hochschulpartnerschaft zwischen der *Fachhochschule Düsseldorf* und der *University of Development Studies (UDS)* in Tamale / Wa. Das *Institut für Ethnologie der Universität Münster* kooperiert bereits seit 1973 in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und dem Dozentenaustausch mit dem *Institute of African Studies in Legon, Greater Accra*. Die *Fachhochschule-Gelsenkirchen* kooperiert über den Ghana Arbeitskreis Cappenberg in der dezentralen, alternativen Energieversorgung (Sonne, Biomasse) mit *Busunu / Kumasi*. Die Hochschulkooperationen zielen einerseits auf eine Stärkung der Lehre an den ghanaischen Universitäten (z.B. durch gemeinsame Ausbildungsprogramme; Fortbildungen für Dozentinnen und Dozenten; gemeinsame *Summer Schools*; Curricula Entwicklung), andererseits auf konkrete gemeinsame Forschungsvorhaben.

Etwa 4.500 ghanaische Mitbürgerinnen und Mitbürger leben und arbeiten in NRW, davon ca. 1.000 allein in Düsseldorf. Viele Mitglieder dieser, als *Diaspora* bezeichneten Bevölkerungsgruppe, gründeten Unterstützungsvereine für die vielfältigen Problemlagen, die ein Leben in Deutschland mit sich bringt, und versuchen, sich hier zu orientieren, ohne ihre ghanaischen Wurzeln und ihre Kultur zu verlieren.³¹ Die Aktivitäten ghanaischer Diaspora-Gruppen in NRW umfassen mehrere Projekte, u.a.:

- Die *Union Of Ghanaian Associations in Germany (UGAG) e.V. / Leverkusen* leistet seit 2007 durch den *Ghana Solidarity Fund* finanzielle Unterstützung für Schulbildung in Accra und Offinso.

- *Ghana Union, Light of Africa / Krefeld, Eine Welt Forum / Mönchengladbach* 2007 hat in Offinso eine Solaranlage für die örtliche Krankenstation bereitgestellt und versucht, eine kommunale Unterstützung zu mobilisieren.
- Der Diaspora-Verein „*New Life Church e.V.*“ aus Düsseldorf unterstützt und finanziert mit Hilfe der Firma *Risse + Wilke Kaltband GmbH & Co. KG / Iserlohn* seit 2006 schulische und berufsbildende Maßnahmen in Tema, z.B. die Entwicklung und Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen an der *Robert Memorial School*; den Aufbau einer Lehrwerkstatt auf dem Schulgelände; den Neubau bzw. Modernisierung von Schulgebäuden; die Qualifizierung von Lehrkräften und die Verbesserung der Infrastruktur der Schule.
- *Welfare Association of Ghanaians in Cologne and Surroundings / Köln* engagiert sich seit 2003 im ländlichen Umland von Accra für einen Verein, der sich um Schwangere, Häftlinge und deren Kinder kümmert, denen ein Kindergarten- und Schulbesuch ermöglicht wird. Zwei Drittel aller befragten Initiativen handeln als Verein und unterstützen ihre jeweiligen Projekte aus privatem ehrenamtlichem Engagement heraus. Obwohl in Einzelfällen Kontakte zu städtischen Gremien oder der Gemeindeverwaltung vorhanden sind und eine Unterstützung durchaus erwünscht wäre, agieren die meisten Akteure unabhängig und für sich allein. Kaum eine dieser Initiativen verfügt über Kontakte zu ghanaischen Kommunen. Je mehr jedoch ghanaische Kommunen über die Aktivitäten der vielen kleinen Initiativen informiert sind, desto besser könnten solche Aktivitäten koordiniert und in kommunale Partnerschaften eingebunden werden. Hier liegt also noch ein Potential der Zusammenarbeit zwischen Initiativen und Kommunen brach, das künftig weiterentwickelt werden kann.³²

III.7 Fazit

Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen deutschen und ghanaischen Akteuren kann auf eine jahrzehntelange Tradition und vielfältige Erfahrungen zurückblicken. Für den Bund ist Ghana eines der wichtigsten Partnerländer in Sub-Sahara Afrika. Auf Landesebene setzt die vor wenigen Jahren entstandene Partnerschaft zwischen Nordrhein-

³¹ Informationen aus einem Vortrag von William Nketia (2. Vorsitzender des Ghana Forum NRW e.V.) am 19.10.2007 im Landtag NRW

³² Eine Plattform für Vernetzung und Information bietet die Seite <http://www.afrika-nrw.net/>; zu Ansätzen für die Vernetzung von Diaspora und kommunaler Entwicklungspolitik vgl. <http://www.service-eine-welt.de/interkultur/interkultur-start.html>

Westfalen und Ghana neue Akzente. Auf lokaler Ebene sind es bislang im wesentlichen zivilgesellschaftliche Akteure, die über langjährige Partnerschaften mit Ghana verbunden sind, wie am Beispiel lokaler Initiativen in NRW gezeigt wurde. Für Entwicklungspartnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland (insbesondere in NRW) und in Ghana gibt es also einen sehr positiven Rahmen und damit gute Ausgangsbedingungen für die Einbettung solcher Partnerschaften in einen Mehrebenenansatz, der auch die jüngsten Reformen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit – Stichwort Paris Erklärung – aufnehmen kann. Der folgende Beitrag wird diesen Ansatz verdeutlichen.

Ghana birgt vielfältige Potenziale für die deutsche kommunale Entwicklungspolitik³³. In zentralen kommunalen Handlungsfeldern wie Daseinsvorsorge, Selbstverwaltung und Migration / Integration existieren zahlreiche Anknüpfungspunkte zu den entwicklungspolitischen Aktivitäten von Bund, Ländern und der Zivilgesellschaft. Gerade durch die junge Partnerschaft mit Nordrhein-Westfalen könnte Ghana Modell stehen für das, was die Ministerpräsidenten der Bundesländer im Oktober 2008 als Ziel formuliert haben: „Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“: einen kohärenten Mehrebenenansatz, der hier im Folgenden für den Fall Ghana einmal durchdekliniert wird.

IV.1 Ghana im Kontext der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika

Zurzeit gibt es ca. 12.600 Kommunen in Deutschland, die nach Abgaben der deutschen Sektion des RGRE über insgesamt 5.088 offizielle Kommunalpartnerschaften verfügen.³⁴ Mit Abstand wichtigstes Partnerland ist Frankreich: 1.999 offizielle deutsch-französische Kommunalpartnerschaften sind nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden. Weitere 460 Partnerschaften entfallen auf Großbritannien und 366 auf Polen, also ebenfalls ehemalige Kriegsgegner Deutschlands. Damit sind zentrale Motive angesprochen, nämlich Aussöhnung und Völkerverständigung, die vor allem in den 1960er und 1970er Jahren im Vordergrund der Partnerschaftsarbeit deutscher Kommunen standen. Demgegenüber ist die Zahl der Partnerschaften ins außer-europäische Ausland mit insgesamt rund 400 vergleichsweise gering. Zieht man davon noch die Partnerschaften zu Industrieländern wie USA und Japan ab, verbleiben für die so genannten Entwicklungspartnerschaften mit Kommunen in Afrika, Asien und Lateinamerika nur rund

200.³⁵ Unter diesen drei Regionen liegt Afrika mit 59 in der RGRE-Datenbank verzeichneten Partnerschaften zu deutschen Kommunen an zweiter Stelle (hinter Asien mit rund 100 und vor Lateinamerika mit 36 Partnerschaften). Selbst wenn man die loseren Beziehungen wie „Freundschaften“ (12) und „Kontakte“ (7) hinzurechnet,³⁶ ist die Gesamtzahl der bestehenden Beziehungen mit 78 gering. Zum Vergleich: Französische Kommunen sind bislang über 400 Partnerschaften mit Afrika (überwiegend mit den frankophonen Ländern) eingegangen,³⁷ was zugleich auch die anhaltende Bedeutung der Kolonialbeziehungen bis in die Gegenwart deutlich macht. Die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise haben demgegenüber Afrika als Partner bislang noch kaum für sich entdeckt. Das widerspricht zwar dem in Afrika insgesamt vorherrschenden positiven Bild von und dem großen Interesse an Deutschland, stimmt aber andererseits mit dem vergleichsweise geringen Stellenwert des Kontinents für die deutschen Außenbeziehungen und insbesondere die deutsche Außenpolitik und Außenwirtschaft in den zurückliegenden Jahrzehnten überein. Wie die Abbildung zu der Anzahl neuer Partnerschaftsabschlüsse zeigt, kommt durchschnittlich pro Jahr etwa eine neue Kommunalpartnerschaft hinzu, nur in den Jahren 1990/91 und 2001 gab es mit jeweils fünf bis sechs Abschlüssen ein deutlich größeres Interesse an neuen Partnerschaften.



³³ Um der begrifflichen Unterscheidung zwischen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden, wird in der eingangs genannten DIE-Studie (Fröhlich / Lämmlin 2009) der Begriff „Kommunale Entwicklungspolitik“ dann verwendet, wenn damit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass es sich um kommunale Aktivitäten sowohl im In- als auch im Ausland handelt. Der Begriff „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ wird demnach nur dann eingesetzt, wenn ausschließlich die Handlungen der Kommunen in und mit dem Ausland dargestellt werden. Diese Begriffsdefinitionen wurden für den vorliegenden Beitrag übernommen.

³⁴ Als Quelle für die nachfolgende Auswertung zu bestehenden Kommunalpartnerschaften diente – soweit nicht anders angegeben – die zentrale Datenbank des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, unter www.rgre.de, Stand: 31.1.2009.; vgl. auch Spengler, Ines (2009).

³⁵ Zu betonen ist hierbei, dass sich dies auf die Angaben der RGRE-Datenbank bezieht. Diese sind für die Orientierung bzgl. des Umfangs kommunaler Partnerschaften zwar hilfreich, bilden aber aus methodischen Gründen nur einen Teil der tatsächlich bestehenden Kommunalbeziehungen ab.

³⁶ Die deutsche RGRE-Datenbank unterscheidet für Kommunalbeziehungen die drei Kategorien Partnerschaft, Freundschaft und Kontakt.

³⁷ Vgl. www.cites-unies-france.org/spip.php?article89, Stand: 30.7.2009.

Dass derart wenige Kommunalkontakte nach Afrika existieren, liegt aus deutscher Perspektive sicher auch am negativen Image des Kontinents. „Bad news“ dominieren das mediale Bild. Fortschritt und Chancen in Afrika werden hierzulande noch immer zu selten wahrgenommen. Die Partnerschaftsdatenbank des RGR zeigt (ohne Anspruch auf Vollständigkeit), dass nur in 21 von 53 afrikanischen Staaten Kommunalbeziehungen nach Deutschland bestehen; und nur drei dieser Länder fünf und mehr Kommunalbeziehungen nach Deutschland aufweisen.

Partnerschaften mit Afrika

Nordafrika: 11		Subsahara-Afrika: 48		
	Westafrika: 20	Zentralafrika: 3	Ostafrika: 19	Südliches Afrika: 8
Ägypten: 2	Burkina Faso: 10	Kamerun: 1	Äthiopien: 2	Malawi: 1
Syrien: 1	Elfenbeinküste: 1	DR Kongo: 1	Kenia: 2	Namibia: 2
Tunesien: 8	Ghana: 2	Rep. Kongo: 1	Ruanda: 11	Simbabwe: 2
	Kap Verde: 2		Tansania: 3	Südafrika: 3
	Mali: 2		Uganda: 1	
	Senegal: 2			
	Togo: 1			
Gesamt: 61 Partnerschaften				

Quelle: www.rgr.de, Partnerschafts-Datenbank, ergänzt um die Partnerschaften mit Ghana, Zugriff 27.07.2009

Partnerschaften zu Ghana sind in dieser Datenbank noch nicht enthalten und wurden in der Tabelle ergänzt. Dabei lohnt gerade mit diesem Land ein intensiverer Austausch. Erstens weil Ghana Modell für die ungenutzten Potenziale Afrikas steht – auch in Bezug auf ein Engagement von deutschen Kommunen. Denn wer Ghana genauer betrachtet, entdeckt einen afrikanischen Hoffnungsträger. Das Land hat in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren sehr positive politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen durchlaufen. Ghana wird also auch für kommunale Beziehungen zunehmend attraktiver und ist es wert, stärker in den Blickpunkt international engagierter deutscher Kommunen zu geraten. Hier liegen noch viele der Potenziale für ein Engagement von Kommunen

in Afrika brach, auf die Bundespräsident Horst Köhler mit seiner Initiative *Partnerschaft für Afrika* hingewiesen hat. Zweitens, weil ein für Kommunalbeziehungen tragfähiger gesellschaftlicher und politischer Kontext im Falle Ghanas vorhanden ist. Zwischen Ghana und Deutschland bestehen vielfältige Bande: Ghana ist ein Schwerpunktland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und seit 2007 auch Partnerland Nordrhein-Westfalens (NRW). Das Land gehört zu den wichtigsten Partnern deutscher Unternehmen in Afrika. Über 20.000 Ghanaer leben in Deutschland. Viel-

fältige zivilgesellschaftliche Kontakte – oft in Form von partnerschaftlichen Projekten und Programmen – stärken die Verbindungen. Innerhalb dieser Beziehungen findet auch kommunales Engagement eine Basis und Motivation. Wie in dem Beitrag von Eberlei / Scherrer beschrieben, befinden sich durch den Anreiz der Partnerschaft NRW-Ghana zwei formelle Kommunalpartnerschaften der Städte Bonn

und Mönchengladbach im Aufbau, bestehende Kontakte aus anderen Kommunen auch außerhalb von NRW sind (wie das in dem Beitrag genannte Beispiel aus Hessen zeigt) ausbaufähig. Ein weiterer Vorteil Ghanas im Vergleich etwa zu lateinamerikanischen oder zu frankophonen afrikanischen Ländern ist die Amtssprache Englisch, die bei kommunalen Akteuren in Deutschland natürlich wesentlich verbreiteter ist als Französisch, Spanisch oder Portugiesisch. Für den kontinuierlichen Austausch innerhalb einer Partnerschaft ist dies ein nicht zu unterschätzender Aspekt. Drittens, weil Kommunalbeziehungen nach Ghana hinsichtlich ihres möglichen Zusammenwirkens mit anderen Akteuren aus Deutschland von entwicklungspolitischem Interesse sind. Angesichts der zu erwartenden positiven

Effekte durch die regionale Partnerschaft NRW-Ghana für die kommunale Ebene muss die Frage der Komplementarität des kommunalen Engagements zeitig gestellt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der internationalen Bemühungen, die Entwicklungszusammenarbeit effektiver zu gestalten (zentral hierfür sind die *Paris Declaration on Aid Effectiveness* und die *Accra Agenda for Action*), kann am Beispiel Ghanas die Rolle der Kommunen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen eines konstruktiven Mehrebenenansatz diskutiert werden.

IV.2 Thematische Anknüpfungspunkte für kommunale Entwicklungspolitik mit Ghana

Deutsche Akteure der kommunalen Entwicklungspolitik finden in Ghana zahlreiche Anknüpfungspunkte für Projektaktivitäten, die dort (natürlich jeweils nach dem spezifischen Bedarf der Kooperationspartner) auf kommunaler Ebene Entwicklung fördern können:

Daseinsfürsorge: In kommunaler bzw. Distrikt-Zuständigkeit liegen in Ghana die im Bezug auf die nationale MDG-Erreichung problematischen Sektoren Gesundheit, Bildung, Wasserver- und Abwasserentsorgung. Deutsche Kommunen haben in diesen Sektoren Know-how und reiche Erfahrung in der Umsetzung einzubringen. Die mögliche Beteiligung deutscher lokaler Institutionen, von Schulen über Krankenhäuser bis zu den Stadtwerken, kann die Basis einer Kommunalbeziehung nach Ghana verbreitern und sie beleben.

Dezentralisierung: Die Dezentralisierung in Ghana, als Priorität in beiden bisherigen Entwicklungsstrategien Ghanas benannt, birgt noch viele strukturelle Probleme, die nur auf nationaler Ebene gelöst werden können. In Bezug auf die Organisation der Verwaltung vor Ort und auf die Qualifikation der Verwaltungsangestellten sowie der lokalen Delegierten können deutsche Kommunen jedoch positiv wirken und ihre Kompetenzen der kommunalen Selbstverwaltung geltend machen.

Wirtschaftskooperation: Ghana ist eine aufstrebende Wirtschaftsnation in Westafrika. Kommunale Akteure, die an diesem Themengebiet interessiert sind, können Informationen, Kontakte und Beratung bei der ghanaisch-deutschen Industrie- und Handelskammer (Ghanaian-German Economic Association, GGEA) einholen. Der Afri-

ka-Verein der deutschen Wirtschaft veranstaltet überdies regelmäßig einen Wirtschaftstag Ghana in Deutschland. Kompakte Wirtschaftsdaten zu Ghana sind immer aktuell bei der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland für Außenwirtschaft und Standortmarketing „Germany Trade & Invest“ (http://www.gtai.de/web_de/startseite) erhältlich.

Kulturelle Kooperation: Im Bereich Kultur weist Ghana eine vielfältige Musik- und Tanzszene von Traditional über Klassik bis Pop (mit eigener Musikindustrie) auf. Für junge Leute (und Schüler/innen) besonders interessant: Zum ghanaischen Pop gehören der vom Jazz inspirierte Stil Highlife, dessen durch ghanaische Migranten in Deutschland in den 1980er Jahren entwickelte Abwandlung Burger-Highlife und der an traditionellen wie modern us-amerikanischen Sprechgesang anknüpfende Stil Hiplife. Auch Kunsthandwerk, Kunst und Literatur sowie kulinarische Besonderheiten bieten Ansatzpunkte für den interkommunalen Austausch.

Fußball: Der Volkssport Nummer 1 in Ghana heißt – wie in Deutschland – Fußball: Dies birgt Kooperationspotenzial unter Einbeziehung heimischer Fußballvereine, was (ähnlich wie Schulpartnerschaften) zur Bürgernähe und Verbreiterung der zivilgesellschaftlichen Basis einer Kommunalbeziehung beiträgt.

Ghanaische Diaspora: Deutsche Kommunen mit vielen, eventuell auch zivilgesellschaftlich organisierten Einwohnern mit ghanaischem Migrationshintergrund können diese an einer Kommunalbeziehung nach Ghana beteiligen und kommunale Entwicklungspolitik mit ihren Anstrengungen zur Integration der ghanaischen Diaspora verbinden (siehe Links im Serviceteil).

Für alle Aktivitäten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist in Ghana die Einbindung der kommunalen Entscheidungsträger und die Berücksichtigung der lokalen Entwicklungspläne (District Development Plans) von zentraler Bedeutung, um partner- und bedarfsorientiert sowie in Kongruenz mit den Entwicklungsanstrengungen anderer Akteure und den Entwicklungsprioritäten der Republik Ghana tätig werden zu können.

Lokale Ansprechpartner für deutsche Akteure sind in Ghana neben zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen generell auch die gesetzlich legitimierten Entscheidungsträger auf Distriktebene. Sie bei Projektentscheidungen direkt einzubinden, erhöht die Umsetzungschancen der frag-

lichen Projekte und unterstützt den Prozess der politischen Dezentralisierung. Eine Einbindung der einflussreichen traditionellen Eliten erscheint zur Absicherung von Projektvorhaben ebenfalls sinnvoll.

IV.3 Vernetzung und Kooperation mit anderen entwicklungspolitischen Akteuren – in Ghana und in deutschen Kommunen

Für Akteure der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die in Ghana tätig werden wollen, ist es wichtig zu wissen, welche Maßnahmen in welchen Sektoren und mit welchen Prinzipien die internationale und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit von Bund, Ländern und Zivilgesellschaft in Ghana prägen. Mit diesem Wissen können Vorhaben angepasst und gezielt Vernetzung, Kooperation und Synergien gesucht werden. Dies ist für die Erreichung der kommunalen entwicklungspolitischen Ziele sehr hilfreich. Wichtige Aspekte sind:

Wissen: Die erprobten und erfolgreichen Projektmodelle und Herangehensweisen anderer Entwicklungsorganisationen in Ghana können auch den kommunalen Akteuren als Beispiel, eventuell auch als Muster dienlich sein, wenn gleich sie natürlich an die Bedarfe und Wünsche vor Ort angepasst werden müssen. Vor allem die vielfältigen Leistungen der deutschen Durchführungsorganisationen des Bundes und der politischen Stiftungen im Bereich der Dezentralisierung (Capacity Building, Partizipation, kommunale Entwicklungsplanung, kommunale Haushaltsführung) sind für kommunale Entwicklungszusammenarbeit relevant und bieten Ansatzpunkte für einen fachlichen Austausch.

Abstimmung und Vernetzung: Wenn die internationale und deutsche Entwicklungszusammenarbeit (staatliche und nichtstaatliche) auf demselben Territorium in Ghana tätig ist, wie deutsche Kommunen, besteht Abstimmungsbedarf, um Transparenz über die jeweiligen Vorhaben zu schaffen und ein kohärentes Zusammenwirken derselben anzustreben. Ohne ein kohärentes Zusammenwirken von Maßnahmen auf demselben Territorium ist die Sinnhaftigkeit derselben grundsätzlich in Frage gestellt. Anders ausgedrückt: Entwicklungspolitisch sinnvoll ist nicht per se die Durchsetzung eines eigenen Projektansatzes,

sondern die bedarfsgerechte, konstruktive Ergänzung oder Verbesserung dessen, was an Entwicklungsanstrengungen vorhanden ist.

Kooperation: Über die Abstimmung der Akteure, die auf demselben Territorium tätig sind, hinaus, gibt es eventuell auch Ansatzpunkte einer direkten Kooperation, naheliegend zunächst insbesondere mit deutschen Akteuren: Das betrifft dann nicht nur den für Kommunen zentralen Sektor Dezentralisierung, sondern auch – jeweils auf lokaler Ebene – andere Betätigungsfelder wie Wirtschaftsförderung und Stärkung der ländlichen Entwicklung. Insbesondere bei der Einführung von Strukturen und Verfahren im Bereich kommunaler Wirtschaftsförderung können deutsche Kommunen einen attraktiven Beitrag leisten. Desgleichen bieten die vielfältigen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Maßnahmen für die unmittelbare Armutsbekämpfung und Basisversorgung vor Ort in Punkten Gesundheit, Bildung, Wasser auch direkte Kooperationsmöglichkeiten. Für Kommunen können solche Kooperationen sinnvoll sein, um den Wirkungsgrad der eigenen Maßnahmen zu erhöhen und professionelles Know-how im Projektmanagement im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hinzuzugewinnen. Darüber hinaus kann auch die Zusammenarbeit mit Kommunen aus anderen europäischen Ländern sinnvoll sein, wie das Beispiel kommunaler Dreieckspartnerschaften zwischen Deutschland, Frankreich und Burkina Faso zeigt.³⁸ Im Falle Ghanas bieten sich hier Kommunen aus Großbritannien und – vor allem für Akteure aus NRW – aus den Niederlanden an (vgl. hierzu auch die Beispiele im Beitrag von Eberlei / Scherrer). Für niederländisch / nordrhein-westfälische Kooperationen spricht neben der geographischen Nähe die ohnehin vielfach bereits bestehenden engen Verbindungen (auch auf Landesebene).

Breite Verankerung des kommunalpolitischen Engagements in der Bürgerschaft: Andere, bereits vorhandene, auf Ghana zielende Aktivitäten aus der Kommune (aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft etc.), die eine Kommunalbeziehung nach Ghana anstreben, sind – wenn nicht der Grund des kommunalen Engagements – in dieses einzubeziehen bzw. für Rat und Abstimmung hinzuziehen. Sie bringen ihr Know-how zu Ghana ein, verbessern und / oder erweitern möglicherweise das Engagement der

³⁸ Ausführliche Informationen hierzu unter: www.service-eine-welt.de/dreieckspartnerschaften/dreieckspartnerschaften-start.html

Kommune in Ghana, verbreitern hierfür die gesellschaftliche Basis und erhöhen damit auch die Legitimation dieser internationalen Aktivitäten.

Das Streben nach Abstimmung und Kohärenz in der Entwicklungspolitik ist nicht nur ein Auftrag der internationalen Staatengemeinschaft im Sinne der „Accra Agenda for Action“, es ist vor allem den Menschen in Entwicklungsländern geschuldet, dass die zur Verfügung stehenden, gerade auf kommunaler Ebene meist knappen Ressourcen optimal eingesetzt werden. Vernetzung mit anderen Akteuren ist daher auch für kommunale Entwicklungszusammenarbeit wichtig, um die eigenen komparativen Stärken zu erkennen und konstruktiv ins Konzert der übrigen Spieler einzubringen.

IV.4 Bund, Länder und Kommunen in gemeinsamer Verantwortung – Der Mehrebenen-Ansatz

Die Regierungschefs der Länder haben am 22. Oktober 2008 ein wegweisendes Dokument mit dem Namen „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ verabschiedet (siehe Anhang V.5). Darin wird nicht nur das Eigeninteresse an Entwicklungspolitik von Ländern und Kommunen im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit konstatiert und Mitverantwortung angesichts globaler Herausforderungen angenommen, sondern auch betont, dass nur „gemeinsame entwicklungspolitische Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen“ zielführend sind. Den Regierungschefs der Länder geht es hierbei (auch in Vertretung der Kommunen) um Einbindung in nationale und internationale Prozesse, in die sie ihre spezifischen Kompetenzen komplementär, also nicht konkurrierend, einbringen wollen. Der Beitrag der Kommunen wird darin folgendermaßen definiert:

„Dem Beitrag der Kommunen für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern messen die Länder eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Kultur- und Bildungsarbeit, für die Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie für ‚capacity building‘ im Bereich kommunaler Aufgaben.“

Was sich in diesem Ministerpräsidentenbeschluss andeutet, ist ein konstruktiver Mehrebenen-Ansatz in der deut-

lichen Entwicklungspolitik, der einerseits den Eigenwert der Beiträge der jeweiligen Ebenen würdigt, andererseits aber einer weiteren Zersplitterung der deutschen Akteurslandschaft entgegenwirken möchte – in Übereinstimmung mit den internationalen Prinzipien der Harmonisierung und Wirkungsorientierung.

Für die kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, die hiermit politisch gestärkt wird, deren rechtlichen und finanziellen Grundlagen jedoch noch unzureichend sind, enthält dieser Mehrebenen-Ansatz Chancen ebenso wie Herausforderungen:

Die Chancen bestehen in der (die Rechtssicherheit voraussetzenden) Einbindung und Förderung ihres Engagements, was nicht nur ihre internationale Handlungsfähigkeit und damit die Reputation der Kommunen, sondern vor allem ihre entwicklungspolitische Wirkung steigern wird. Zwei maßgebende Arbeiten über die Praxis in europäischen Nachbarländern geben Auskunft darüber, wie Einbindung und Förderung der kommunalen Entwicklungspolitik realisiert werden kann und welche positiven entwicklungspolitischen Ergebnisse dies zeitigt:

- In einem Sektorvorhaben „Förderung der Kommunalentwicklung“, das die GTZ 2003 im Auftrag des BMZ durchgeführt hat, werden mit der staatlichen bzw. europäischen EZ vernetzte und geförderte kommunale Entwicklungspartnerschaften in vier Fallstudien aus Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark und der Europäischen Union übereinstimmend als geeignete Beiträge zu den entwicklungspolitischen Zielen der Dezentralisierung, Armutsbekämpfung und guten Regierungsführung betrachtet. Die Niederlande haben beispielsweise positive Erfahrungen mit mehreren professionell verwalteten Förderprogrammen gemacht, die im Falle Ghanas eine direkte Zusammenarbeit von zwei Kommunen fördern. Der entwicklungspolitische Nutzen wird dabei direkt auf kommunaler Ebene in einem Beitrag zum Aufbau friedlicher / demokratischer Strukturen und Armutsminderung gesehen. In Großbritannien hingegen ist ein Trend in Richtung integrierter Programme zu beobachten, die kommunale Partnerschaften als ergänzende Komponente, etwa zur Beratung des kommunalen Spitzenverbandes, zur Rechtsberatung bei den Dezentralisierungsprozessen oder in der Weiterbildung sehen (GTZ, 2003, S.17).

- Darüber hinaus zeigt ein Drei-Länder-Vergleich zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit in Frankreich, Norwegen und Spanien, dass diese Länder trotz ihres sehr unterschiedlichen Staatsaufbaus und unterschiedlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen gemeinsame Grundlinien und jeweils beispielhafte Ansätze für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit aufweisen (vgl. SKEW 2007). In allen drei untersuchten Ländern ist die rechtliche Sicherheit für entwicklungspolitische Aktivitäten sowie entsprechende Freiräume bei der Verwendung öffentlicher Finanzmittel durch die Kommunen gegeben. Darüber hinaus wird die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als Bestandteil der nationalen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) ausgewiesen und ist in diese konzeptionell integriert (SKEW 2007, 47). Die Berichtspflicht für kommunale Partnerschaftsprojekte in Frankreich ermöglicht auch eine bessere Datenbasis und Chancen zur Vernetzung kommunaler Aktivitäten. Eine derartige Datenbank könnte auch für deutsche Kommunen nützlich sein.

Hiermit deuten sich bereits die Herausforderungen für die Kommunen an. Förderung und Einbindung in einen möglichen Mehrebenen-Ansatz der deutschen Entwicklungspolitik erfordert von den engagierten Kommunen weitere Professionalisierung des Managements, die Partnerorientierung, die Evaluierung bzw. Wirkungsmessung der Projekte sowie die transparente Rechenschaftslegung über ihre Aktivitäten. Dies sind die Voraussetzungen, unter denen auch die nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit gefördert und (im Rahmen der übergeordneten Ziele der staatlichen und Landes-Entwicklungspolitik) eingebunden wird.

Herausforderungen des Mehrebenen-Ansatzes aus kommunaler Perspektive liegen aber nicht nur bei den Kommunen selbst. Bezüglich der Förderung und Einbindung sind Bund und Länder gefragt, Rechtssicherheit für kommunales Engagement herzustellen und Wege zu finden, die Fördern und Fordern ermöglichen und kreativ verbinden. Zwar ist in dem Beschluss der Ministerpräsidenten vom Oktober 2008 die Rolle und Funktion der kommunalen Entwicklungspolitik gegenüber den anderen Ebenen konzeptionell relativ klar beschrieben, im Praxistransfer tun sich diese jedoch noch schwer, kommunale Initiativen zu integrieren. Das Subsidiaritätsprinzip funktioniert also

nur bedingt. Festzustellen ist, dass ein Wissenstransfer hin zu den kommunalen Partnerschaften, geschweige denn Kooperationen zwischen diesen und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, etwa im Feld der Dezentralisierungsprogramme, kaum bzw. erst in Ansätzen stattfindet. Zwischen der Entwicklungszusammenarbeit von einzelnen Bundesländern (wie z.B. Rheinland-Pfalz) und Kommunen gibt es bereits positive Beispiele der Einbindung und Förderung, in der Mehrzahl der Bundesländer werden den Kommunen jedoch nur wenige Möglichkeiten gegeben, an Regionalpartnerschaften zu partizipieren. Hierbei sind freilich auch Sensibilitäten im Verhältnis der Akteurebenen hinsichtlich der kommunalen Selbstverwaltung zu berücksichtigen.

Auch das Verhältnis zur nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit birgt Herausforderungen. Zivilgesellschaftliche Akteure nehmen Kommunen in der Entwicklungspolitik mitunter als störende Konkurrenz oder als weniger kompetent wahr (insbesondere die großen, Spendensammelnden, professionellen Organisationen) und / oder fühlen sich bisweilen durch die Kommunen nicht ausreichend gewürdigt (insbesondere die kleineren, ehrenamtlich organisierten lokalen Initiativen). Eine Herausforderung für Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure besteht darin, Berührungängste zu überwinden und Wege für eine bessere Kultur der Kooperation im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu ebnet.

IV.5 Der Mehrebenen-Ansatz in Bezug auf Ghana am Beispiel von Kommunen aus Nordrhein-Westfalen

Kommunen aus NRW finden Anknüpfungspunkte in der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit des Bundes, auf Landesebene in der jungen Partnerschaft NRW-Ghana sowie in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Initiativen aus NRW. Es zeigt sich jedoch, dass die Chancen eines Mehrebenen-Ansatzes für die kommunale Entwicklungspolitik mit Ghana noch weitgehend brachliegen. Einerseits sind zwischen den Akteurebenen wenig Abstimmung und Kooperation, dafür aber häufig Skepsis und Berührungangst feststellbar. Bei der Befragung der Ghana-Initiativen in NRW trat diese deutlich zu Tage. So hielten einige der befragten (zivilgesellschaftlichen) Initiativen eine stärkere kommunale Einbindung nicht für wünschenswert. Andererseits zeigt

zum Beispiel die im Aufbau befindliche Projektpartnerschaft Bonn – Cape Coast, wie die Herausforderungen in Bezug auf Projektmanagement partner- und wirkungsorientiert angegangen werden können. Vor Projektbeginn haben die künftigen Partnerkommunen in enger Abstimmung eine Problemanalyse und Zielformulierung durchgeführt.

An einigen Beispielen der entwicklungspolitischen Auslands- und Inlandsarbeit sei im Folgenden aus kommunaler Perspektive gezeigt, welche Potenziale eine Realisierung der „Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ für Ghana und die deutschen Akteure bergen könnte – vorausgesetzt, die kommunale Entwicklungspolitik mit Ghana entwickelt sich ähnlich dynamisch wie dies in der Vergangenheit bei Ruanda oder Nicaragua der Fall war und bringt künftig zahlreiche Kommunalpartnerschaften hervor:

Netzwerkbildung zwischen den Akteursebenen land- und themenbezogen fördern: Die Netzwerkbildung ist vielerorts noch schwach ausgeprägt: zwischen engagierter Zivilgesellschaft, lokalen Institutionen und Kommunen, zwischen letzteren und dem Land und hin zum Bund. Auf kommunaler Ebene sind etwa die im Kontext der Lokalen Agenda 21 entstandenen Runden Tische oder die Eine-Welt-Foren etc. hilfreich, weil hier Bündnisse mit anderen kommunalen Akteuren (Schule, Verein, Kirchengemeinde, Kommunalverwaltung) explizit gesucht werden und sich bewährt haben. Für engagierte Kommunen wäre ferner mindestens die Information über Themen und Maßnahmen von Bund und Land in Ghana angezeigt, etwa in Form von regelmäßigen Unterrichtungen; der Partizipation noch förderlicher wäre aber das Angebot an Vertreter der Kommunen (aus den kommunalen Spitzenverbänden oder einer ausgewählten Kommune), an den Treffen der so genannten Länderteams der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit teilzuhaben und eigene Erfahrungen einzubringen. Überdies könnte ein thematisches Netzwerk „Kommunalentwicklung in Ghana“, das Experten der nationalen Politikberatung der staatlichen Durchführungsorganisationen, Länderspezialisten für föderale Prozesse und kommunale Praktiker an einen Tisch bringt, für alle deutschen Beteiligten von Nutzen sein – und damit auch für die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit in Ghana.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit gemeinsam ausbauen: Die entwicklungspolitische Informations- und

Bildungsarbeit zu Ghana wird vor allem von Vereinen, Kirchengemeinden und schulischen Initiativen vorangetrieben. Interessierte Kommunen können derartige Initiativen aufgreifen, fördern und versuchen, dadurch die gesellschaftliche Basis für ihre entwicklungspolitische Arbeit zu verbreitern. Aber auch von Land, Bund oder professionellen Spendenorganisationen durchgeführte Kampagnen oder Ausstellungen zu Ghana können in den dort engagierten Kommunen besondere Aufmerksamkeit finden.

Fairen Handel und Faire Beschaffung aus Ghana fördern: Jede Kommunalpolitik ist durch internationale Vereinbarungen und ihre entwicklungspolitisch engagierten lokalen Akteure dazu aufgerufen, sich dem Ziel einer global verantwortlichen und nachhaltigen Entwicklung zu verpflichten. In diesem Sinne lassen sich z.B. der Faire Handel und ein ebenso umweltfreundliches wie auch Faires Beschaffungswesen in der Kommunalverwaltung fördern. Faire Produkte aus Ghana lassen sich in lokalen Eine-Welt-Läden verkaufen. Auch anderweitige Initiativen der nachhaltigen Wirtschaftsförderung in Bezug auf den Fairen Handel in Ghana sind denkbar. Kontakte und Beratung für kommunales Engagement können hier neben den Eine-Welt-Läden und Fair Trade Unternehmen auch die mit entwicklungspolitischen Handels- und Wirtschaftsfragen befassten Akteure auf Ebene von Bund und Ländern sowie die Servicestelle geben.

Migration aus Ghana entwicklungspolitisch nachhaltig gestalten: Die größte afrikanische Diaspora in Deutschland hat sich in vielen Städten in lokalen Initiativen organisiert. Diese Gruppen sind sowohl um die Integration in Deutschland wie um die Entwicklung ihres Heimatlandes bemüht. Sie können sehr viel stärker in die Entwicklungspolitik, so auch in kommunale Partnerschaften mit ihrem tatsächlichen oder kulturellen Ursprungsland, einbezogen werden, als dies bislang geschieht. Dies würde die Aktivitäten deutscher Kommunen in Ghana verbessern helfen, das internationale Profil von kommunalen Aktivitäten schärfen und zugleich die Integration dieser Gruppe befördern. Die NRW-Partnerschaft mit Ghana sieht eine solche Einbeziehung vor, auch beim Bund wird anlässlich der Bitte aus Ghana um ein bilaterales Migrationsabkommen darüber diskutiert, wie ein solches entwicklungspolitisch nachhaltig gestaltet werden könnte. Unter der Voraussetzung einer Integration dieses Themas in die Ghana Joint Assistance Strategy sind ver-

schiedene Maßnahmen, von der Rückkehrförderung bis hin zur Erprobung von zirkulärer Migrationen, vorstellbar, um Ghana von der Migration nach Deutschland stärker profitieren zu lassen. In dem ganzen Themenfeld „Migration und Entwicklung“ erscheint gerade bezogen auf Ghana eine systematische Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Akteuren, die die lokalen Diasporagruppen kennen und für ihre Integration zuständig sind, und denen auf Landes und Bundesebene generell sinnvoll.

Know-how-Transfer durch Austausch von Fachkräften intensivieren:

Durch Fachkräfteaustausch und Know-how Transfer (etwa in Form von Schulungen, thematischen Delegationsreisen etc.) zwischen deutschen und ghanaischen Kommunen könnte ein erheblicher Beitrag zur Selbstverwaltung der ghanaischen Kommunen geleistet werden. Dieses findet bislang – entsprechend der noch geringen Anzahl von Kommunalbeziehungen nach Ghana – nur in Einzelfällen statt. Es ist aber bezüglich der Logistik, der Finanzierung und dienstrechtlichen Abwicklung ein voraussetzungsvolles Unterfangen, das Kommunen, zumal kleinere oder hoch verschuldete, oftmals scheuen. Das Angebot einer Anbindung an die thematisch passende Programmarbeit der staatlichen Durchführungsorganisationen, z.B. an die Arbeit des DED oder der GTZ, oder eine gezielte Förderung nach den Kriterien einer wirkungsvollen und kohärenten Entwicklungspolitik, wäre ein großer Anreiz für weiteres kommunales Engagement und hätte eine deutliche Wirkungs- und Effizienzsteigerung der kommunalen Entwicklungspolitik und auch der Programme der anderen Akteure zur Folge. Dabei muss es nicht nur um den Einsatz von Experten aus der Kommunalverwaltung gehen, auch die Mitarbeiter kommunaler Betriebe, die vom Abfall- über das Wassermanagement bis zur Energieversorgung essentielle lokale Dienste der Daseinsvorsorge ausführen, stellen eine große Wissens- und Erfahrungsressource für die Entwicklungszusammenarbeit dar, die im Rahmen eines kommunalen Engagements eingebracht werden könnte. Anregungen hierzu lassen sich auch aus den Fallstudien über die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in europäischen Nachbarländern ziehen.³⁹ Hier liegt auch ein potenziell vielversprechendes Thema für die Regionalpartnerschaft

NRW-Ghana, die unter Einbindung der Kommunen ein Paket aus föderaler und kommunaler Erfahrung zum Nutzen der ghanaischen Kommunalentwicklung anbieten könnte.

Insgesamt stehen den Kommunen damit vielfältige Instrumente und thematische Anknüpfungspunkte für eine engere Zusammenarbeit mit Ghana zur Verfügung. Wenn man die zahlreichen internationalen, nationalen und kommunalen Beschlüsse zur globalen Nachhaltigkeit und zu den Millenniumsentwicklungszielen tatsächlich als Grundlage für politisches Handeln im 21. Jahrhundert nimmt, ergibt sich daraus ein klarer Auftrag auch für die ghanaischen und deutschen Kommunen. In dieser gemeinsamen Zielsetzung, ihren eigenen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten, können sie sich durch partnerschaftliche Zusammenarbeit wirkungsvoll unterstützen. Die Kommunen in Deutschland und besonders in NRW haben in den einzelnen ökologischen, ökonomischen und sozialen Handlungsfeldern, aber auch bezüglich der Entwicklung einer übergreifenden kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie erhebliche Kompetenzen aufgebaut. Sie können hier jedoch weiterhin noch viel vom internationalen Austausch – besonders mit Partnern im Süden – lernen. Zentrale Themenfelder werden dabei künftig verstärkt der Klimawandel und die Klimaanpassung sein. Die auf der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen Ende Juni 2009 in München dazu angeregten Klimapartnerschaften könnten auch für die kommunale Zusammenarbeit mit Ghana ein wichtiges Instrument werden (siehe Anhang). Mit den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen, das seine „Kompetenz als Energieland für Klimaschutz und Ressourcen schonende Energienutzung in den Ländern des Südens“ nutzen will (vgl. MGGFI 2007 und Textbox 4) und der Klimapolitik des Bundes bietet sich auch dabei ein abgestimmtes Vorgehen auf den verschiedenen Ebenen an.

³⁹ Ein viel versprechender Ansatz ist beispielsweise das eins zu eins Personalaustauschprogramm in Norwegen (u.a. für Lehrkräfte), das auf dem häufig beschworenen Grundsatz von Partnerschaften auf Augenhöhe basiert. Dabei tauschen Fachkräfte aus den Kommunen der jeweiligen Partnerländer für einen bestimmten Zeitraum ihre Stelle (vgl. SKEW 2007, 30).

V. Anhang

V.1 Quellenangaben⁴⁰

The Advisory Board for Irish Aid (2008): Good governance, aid modalities and poverty reduction. From better theory to better practice. Final Synthesis Report. Overseas Development Institute (ODI). London. (Web)

African Peer Review Mechanism (APRM) (2005): Country Review Report of the Republic of Ghana. Midrand / South Africa. (Web)

Allah-Mensah, Beatrix (2005): Women in Politics and Public Life in Ghana. Accra. (Web)

Blankson, Isaac Abeku (2002): Re-examining Civil Society in Emerging Sub Sahara African Democracies: The State, the Media, and the Public in Ghana. In: Global Media Journal, Fall 2002. (Web)

Booth, David u.a. (2005): What are the drivers of change in Ghana? (= CDD / ODI Policy Brief No. 1). Accra.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2008): Medienhandbuch Entwicklungspolitik. Bonn.

Crawford, Gordon (2008): Decentralization and the Limits to Poverty Reduction: Findings from Ghana. In: Oxford Development Studies, Vol. 36, No. 2, June 2008, 235-258.

Crook, Richard (2005): The role of traditional institutions in political change and development. (= CDD / ODI Policy Brief No. 4). Accra.

Claydord Consult (2005): Poverty and Social Impact Analysis (PSIA) Study on: Resource Allocation, Mobilization, Management and Capacity Building at District Level in Ghana. Final Report. Accra.

Commonwealth Local Government Forum (CLGF) (2007): The Commonwealth Local Government Handbook 2007. London.

Deutscher Entwicklungsdienst (DED) (2006a): DED Forum Demokratie stärken. (Web)

Deutscher Entwicklungsdienst (DED) (2006b): Fachleitlinie Demokratieförderung. (Web)

Deutscher Städtetag / Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (Hrsg.) (2005): Ratgeber Kommunale Entwicklungszusammenarbeit – Hintergrundinformationen und praktische Tipps zu Auslandseinsätzen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Köln. (Web)

Diefenbacher, Hans / Wilhelmy, Stefan (2003): Eine-Welt-Bilanz Aschaffenburg 2003. Stadt Aschaffenburg, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST) und Nord-Süd-Forum Aschaffenburg e.V. Aschaffenburg / Heidelberg.

Ferrazzi, Gabriele (2006): GHANA LOCAL GOVERNMENT ACT 1993. A Comparative Analysis in the Context of the Review of the Act. Prepared for the Local Governance and Poverty Reduction Support Programme (LGPRSP). Ministry of Local Government, Rural Development and Environment / Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Accra.

Fröhlich, Kathrin / Lämmelin, Bernd (2009): Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Bonn.

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2003): Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Ansätze Erfahrungen anderer bi- und multilateraler Geber. Studien zu den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark und der Europäischen Union, Eschborn

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) (2009): Unterstützung von Dezentralisierungsreformen, Ghana, Kurzbericht der Zwischenevaluierung, (Web)

Ghana Joint Assistance Strategy (2007). Accra. (Web)

⁴⁰ Alle mit „(Web)“ gekennzeichneten Quellen sind im Internet verfügbar (Stand: Juli 2009). Da die Titel mit einer gängigen Suchmaschine leicht auffindbar sind, wird hier auf die Angabe der Webadressen verzichtet.

Killick, Tony (2007): Budget support to Ghana: A risk worth taking? By providing aid as budget support donors have taken risks and made important contributions. (= ODI Briefing Paper 24). London.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) (2006): Mitteilung der Kommission, Thematisches Programm „Nicht-staatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“, Dokument KOM (2006) 19. (Web)

Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) (2005): Kommunale Selbstverwaltung. Frankfurt / M. (Web)

Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW): Förderschwerpunkte Ghana. April 2008. (Web)

Laschet, Armin (2007): Die neue Entwicklungszusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. In: der Überblick, Ausgabe 4/07.

Loetzer, Klaus D. / Mönikes, Volker (2009): Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Ghana. (KAS Länderbericht). Accra. (Web)

Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration (MGFFI) (2007): Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration (MGFFI) (2008): Entwicklung der Partnerschaft zwischen der Republik Ghana und dem Land Nordrhein-Westfalen. Schriftlicher Bericht des MGFFI zur Sitzung des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration des Landtags Nordrhein-Westfalen am 27. November 2008. Düsseldorf (erscheint als Drucksache des Landtags).

Ministerpräsidenten Konferenz (MPK) (2008): Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Beschluss der Ministerpräsidenten der Länder vom 22.-24.10.2008, TOP 4, Entwicklungszusammenarbeit.

NRW – Ghana (2007): Vereinbarung zwischen der Republik Ghana und der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Zusammenarbeit und den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen. Bonn, 5. November 2007.

Ofei-Aboagye, Esther (2006): Gender and Local Governance Project Report: Critical Issues and Strategies to Promote Women and their Issues at the District Level. Institute for Local Government Studies (ILGS). Legon / Accra.

Ranger, Terence Osborn (1983): The Invention of Tradition in Colonial Africa. In: Hobsbawm, Eric John / Ranger, Terence Osborn (Hg.): The invention of tradition. Cambridge.

Reuke, Ludger / Albers, Sandra; Germanwatch e.V. (Hg.) (2008): Alles in ODA [o:da]?. Bonn.

Rünger, Mechthild (2006): Governance, Land Rights and Access to Land in Ghana – A Development Perspective on Gender Equity. Paper for the Conference on Promoting Land Administration and Good Governance, 5th FIG Regional Conference Accra, Ghana, March 8-11, 2006.

Schmidt, Laura et.al. (2006): Stärkung von Akteuren auf dezentraler Ebene. Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Eschborn.

Schmitt, Joachim (2008): Profil eines Geberlieblings. In: Entwicklung + Zusammenarbeit, H.2, 65-68

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) (2004): Partner in alle Richtungen: Gewinn und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. (Dialog Global Nr. 9). Bonn. (Web)

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) (2007a): Die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern – Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. (Material Nr. 29). Bonn.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) (2007b): Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. (Dialog Global, 16). Bonn.

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) (2008): Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio, Material Nr. 25, Hrsg. InWEnt. Bonn.

Spengler, Ines (2009): „Großes Netz der Freundschaft – Entwicklung und Bilanz der Kommunalpartnerschaften in Deutschland“, in: Europa kommunal, Heft 1/2009, 19-21.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2009): Präsenz von Frauen in den Kommunalparlamenten Baden-Württembergs. Presseheft 2/2009, Stuttgart.

Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein–Westfalen (o.J.): Förderrichtlinien. Bonn. (Web)

UNDP (2007): Ghana Human Development Report 2007. Towards a more inclusive society. (Web)

Van-Lare, Chris (2006): The NPP Government and Decentralization in Ghana. Feature Article of Thursday, 27 April 2006. (Web)

Wiemann, Jürgen (2008): Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen (= DIE Discussion Paper 20/2008). Bonn.

Wilhelmy, Stefan / Diefenbacher, Hans u.a. (2008): Indikatoren nachhaltiger Entwicklung in Deutschland – Ein alternatives Indikatorensystem zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, Fortschreibung 2008. Reihe FEST für die Praxis, Heidelberg.

Wilhelmy, Stefan (2000): „Im Nord-Süd-Vergleich: Lokale Agenda 21“; in: Ratsch, Ulrich / Mutz, Reinhard / Schoch, Bruno (Hg): Friedensgutachten 2000. Münster: Lit-Verlag, 209-219.

World Bank (2008): Governance Matters 2008 (Online Datenbank). Worldwide Governance Indicators 1996-2007. Washington D.C.

V.2 Serviceteil

Wichtige Dokumente und Literaturempfehlungen

Regierungsdokumente zur Entwicklungszusammenarbeit

- Ghana. Joint Assistance Strategy (2007)
www.accra.diplo.de/Vertretung/accra/de/05/Wirtschaftliche__Zusammenarbeit/gjasDatei,property=Daten.pdf
- Government of Ghana (2005): Growth and Poverty Reduction Strategy (GPRS II) (2006-2009). Accra.
www.ndpc.gov.gh/GPRS/The%20Architects%20by%20DR%20ADUTWUM.pdf (Zugriff: 22.04.2009)
- Government of Ghana (2008): Implementation of the Growth and Poverty Reduction Strategy. 2006-2009. Annual Progress Report 2007. Accra.
www.ndpc.gov.gh/GPRS/Final%202007%20APR.pdf (Zugriff 28.07.2009)
- Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2008): Dezentralisierung und lokale Selbstverwaltung Dezentralisierung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Bonn.
www.bmz.de/de/service/infothek/buerger/themen/Dezentralisierung.pdf
- Ministerium für Generationen, Frauen, Familie und Integration (MGFFI) (2008): Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
www.mgffi.nrw.de/internationale-zusammenarbeit/Leitlinien/index.php

Informationen über Ghana (im Internet verfügbar):

- APRM (2005): Country Review Report of the Republic of Ghana. South Africa.
www.nepad.org/2005/files/aprm/APRMGhanareport.pdf (Zugriff: 14.11.2008)
- Aryeetey, E. (2005): Globalization, Employment and Poverty in Ghana. Institute of Statistical, Social and Economic Research. University of Ghana. Legon.
www.rrojasdatabank.info/widerconf/Aryeetey.pdf (Zugriff: 12.12.2008)
- Bergstermann, J./Briku-Boadu, E. (2005): Politische Parteien und Parteiensystem in Ghana. Friedrich Ebert Stiftung. Bonn.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/03290.pdf> (Zugriff: 13.08.2008)
- Bertelsmann Stiftung (2007): BTI 2008 — Ghana Country Report. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
www.bertelsmann-transformation-index.de/62.0.html (Zugriff: 11.11.2008)
- German Trade and Invest: Wirtschaftstrends kompakt für Ghana 2008/2009. Köln.
www.gtai.de/ext/Einzelsicht-Export/DE/Content/__SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templataeld=renderPrint/MKT200902068036.pdf (Zugriff: 07.07.2009)
- International Bank for Reconstruction and Development / World Bank (2008): Doing Business 2009. Country Profile for Ghana. Washington.
www.doingbusiness.org/Documents/CountryProfiles/GHA.pdf (Zugriff: 15.11.2008)
- UNDP (2007): Ghana Human Development Report 2007. Towards a more inclusive society.
http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/africa/ghana/NHDR_2007_Ghana.pdf (Zugriff: 28.08.2009)
- Weitere Informationen zu Ghana, auch mit zahlreichen Links zu Regierungsstellen enthält die Webseite der deutschen Botschaft in Accra: www.accra.diplo.de

Materialien der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

(alle nachfolgenden Publikationen sind auf der Webseite der Servicestelle www.service-eine-welt.de abrufbar bzw. als Druckfassung zu bestellen)

- Erklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006
- Erklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. München 2009
- Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Material Nr. 25, Bonn 2008
- Kommunale Dreieckspartnerschaften. Material Nr. 26. Bonn 2007
- Die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern – Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Material Nr. 29. Bonn 2007
- Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Material Nr. 31. Bonn 2008
- Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007: Bonn-Kehl-Ouagadougou. Material Nr. 32. Bonn 2008
- Faires Miteinander – Leitfaden. Dialog Global Nr. 6. Bonn 2006
- Partner in alle Richtungen – Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften. Dialog Global Nr. 9. Bonn 2005
- Kulturen der Welt vor Ort – Ein Praxisleitfaden. Dialog Global Nr. 10. Bonn, 3. Aufl. 2006
- Es geht! Kommunal nachhaltig handeln –Tipps und Ideen. Dialog Global Nr. 11. Bonn 2. Aufl. 2006
- Globales Handeln lokal verankern – Bundesweite Umfrage 2006. Dialog Global Nr. 15. Bonn 2007
- UN-Millennium-Entwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog (Dokumentation). Dialog Global Nr. 18. Bonn 2007
- Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen – Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder (Studie). Dialog Global Nr. 19. Bonn 2008

Weitere Literatur (zur Einführung in Afrika-bezogene Themen)

- Ansprenger, F. (2001): Politische Geschichte Afrikas im 20. Jahrhundert. München: Beck.
- Crawford, Gordon / Hartmann, Christof (Hg.) 2008: Decentralisation in Africa. A Pathway out of Poverty and Conflict? Amsterdam
- Eberlei, W. (2009): Afrikas Wege aus der Armutsfalle. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.
- Hofmeier, R. / Mehler, A. (2004): Afrika-Jahrbuch 2003: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hofmeier, R. / Mehler, A. (Hrsg.) (2005): Kleines Afrika-Lexikon. Politik. Wirtschaft. Kultur. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Mehler, A. / Melber, H. / Walraven v., Klaas (Hrsg.) (2008): Africa Yearbook 4. Politics, Economy and Society in South of the Sahara 2007. Leiden
- Tetzlaff, R. / Jakobeit, C. (Hrsg.) (2005): Das nachkoloniale Afrika. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Internetquellen

Webseiten mit Informationen zu kommunalen Partnerschaften

- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt www.service-eine-welt.de
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas – Deutsche Sektion, www.rgre.de
- Africa Global Sister Cities Foundation (AGSCF), www.africaglobal-sistercities.org
- Stedenbanden, Niederlande, www.stedenbanden.nl/detail_page.phtml?page=home
- Local Government Association, UK, www.lga.gov.uk/lga/aio/664175

Wichtige Organisationen in Deutschland / NRW

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) www.bmz.de – zur Zusammenarbeit des BMZ mit Ghana siehe www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/ghana/zusammenarbeit.html
- Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW www.mgffi.nrw.de
- Eine-Welt-Netz NRW e.V. www.eine-welt-netz-nrw.de
- Ghana Forum NRW e.V. www.ghana-forum-nrw.de

Informationen zu möglichen Finanzierungsquellen für Kommunale EZ

- Finanzierungsratgeber der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt www.service-eine-welt.de/finanzierungsratgeber/finanzierungsratgeber-start.html
- Beratungsstelle für private Träger in der Entwicklungszusammenarbeit www.bengo.de
- Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW www.sue-nrw.de
- InWEnt NRW (verwaltet u.a. Mittel von Programmen im Auftrag des Landes NRW) www.inwent.org/mw/nrw/080356/index.php.de
- EU-Programm „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“. <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/r12554.htm>

Informationen zu Schulpartnerschaften

- Initiativen Partnerschaft Eine Welt e.V.
c/o Niedersächsisches Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung (NiLS)
Keßlerstraße 52
31134 Hildesheim
E-Mail: info@initiativen-partnerschaft.de
- PROBONO Schulpartnerschaften für Eine Welt e.V.
Grillparzerstraße 33
60320 Frankfurt am Main
Fon: 069 - 297215 - 0
Fax: 069 - 297215 - 13
E-Mail: info@probono-oneworld.de
www.probono-oneworld.de
- Landesstelle für Globales Lernen in Mecklenburg-Vorpommern
Goethestraße 1
18055 Rostock
Fon: 0381 - 490 24 10
Fax: 0381 - 490 24 91
E-Mail: info@gse-mv.de
www.gse-mv.de/
--> vermittelt Kontakte zu Schulpartnerschaften mit Ghana
- Handreichungen zu Schulpartnerschaften:
Volker Schrempf, Jürgen Wolters (2004): Schulpartnerschaft als Instrument Globalen Lernens
Hintergründe, Erfahrungsberichte, Impulse. Essen
www.nua.nrw.de/nua/var/www/de/oeffentl/publikat/pdfs/werkstattheft/schulpartnerschaft.pdf (Zugriff: 28.07.2008)
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.)
(2007): Nord-Süd-Schulpartnerschaften - wie geht das?. Kiel
www.globaleslernen.de/coremedia/generator/ewik/de/08__Service/Nord-S_C3_BCd-Partnerschaften/Publikationen/SH-NS-Partnerschaften_20DL.pdf (Zugriff: 28.07.2008)

V.3 Fragebogen

„Partnerschaften lokaler Akteure in NRW mit Ghana“

Diese Umfrage wird von der Fachhochschule Düsseldorf, Forschungsstelle Entwicklungspolitik (Leitung: Prof. Dr. Walter Eberlei), durchgeführt und für eine Studie ausgewertet, die von InWEnt, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, in Auftrag gegeben wurde.

Die Studie zum Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana“ wird nach Fertigstellung allen Teilnehmer/-innen an dieser Befragung unaufgefordert zugeschickt (voraussichtlich Februar 2009).

Zur Erläuterung: Unter „Kommunaler Entwicklungszusammenarbeit“ werden in der Studie solche Kooperationsformen verstanden, an denen auf deutscher Seite staatlich-kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise, Gemeinden) beteiligt sind. Für die Studie sollen aber auch alle Partnerschaften lokaler Akteure aus NRW mit Partnern in Ghana erfasst werden, selbst wenn diese keine Kontakte zu ihrer Kommune haben.

Die erhobenen Daten sind ausschließlich für die Studie bestimmt und werden nicht veröffentlicht.

Rückfragen gerne an: walter.eberlei@fh-duesseldorf.de

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

1. Auskunftsperson

Name: _____

Organisation: _____

Anschrift:

Straße: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Email: _____

Telefon: _____

(für evtl. Nachfragen)

2. Informationen zur bestehenden Partnerschaft

2.1 Name des Projektes / des Vorhabens / der Partnerschaft

2.2 Wie würden Sie Ihre Partnerschaft charakterisieren?

Mehrere Nennungen möglich

- Kirchliche Partnerschaftsarbeit
 - Schulische Partnerschaftsarbeit
 - Kulturelle Partnerschaftsarbeit
 - Hochschulpartnerschaft
 - Partnerschaft einer Diaspora-Gruppe in Deutschland mit Gruppen in Ghana
 - Entwicklungszusammenarbeit / Entwicklungsprojekt(e)
 - Andere: (bitte angeben)
-

2.3 Laufzeit des Vorhabens

Beginn: (Vierstellige Jahreszahl) _____

ggf. zeitlich begrenzt bis _____

2.4 Welche Art Kooperationspartner haben Sie in Ghana?

Mehrere Nennungen möglich

- Kirchliche Partnerschaftsarbeit
 - Schulische Partnerschaftsarbeit
 - Kulturelle Partnerschaftsarbeit
 - Hochschulpartnerschaft
 - Partnerschaft einer Diaspora-Gruppe in Deutschland mit Gruppen in Ghana
 - Entwicklungszusammenarbeit / Entwicklungsprojekt(e)
 - Andere: (bitte angeben)
-

2.5 Welche Ziele und / oder Aktivitäten umfasst die Kooperation?

(Stichworte genügen)

3. Kontakte zu kommunalen Institutionen in NRW

3.1 Gibt es Kontakte zwischen dem Projekt / der Partnerschaft / und staatlich-kommunalen Organisationen (Gebietskörperschaften: Städte / Distrikte / Gemeinden) in Ghana?

- Ja
- Nein

Wenn ja, welcher Art? (Stichworte genügen)

4. Kontakte zu kommunalen Institutionen in NRW

4.1 Gibt es Kontakte zwischen dem Projekt / der Partnerschaft / und staatlich-kommunalen Organisationen (Gebietskörperschaften: Städte / Distrikte / Gemeinden) in NRW?

- Ja
- Nein

Wenn ja, welcher Art? (Mehrere Nennungen möglich)

- Informationsaustausch, z.B. mit Bürgermeister/-in, Rat, Verwaltung
 - Finanzielle Zuschüsse für Partnerschaftsarbeit
 - Andere Formen kommunaler Unterstützung für die Partnerschaft
-
-

- Kommunalpolitische Kontakte (z.B. Vorbereitung Ratsbeschluss)
 - Sonstiges (bitte mit Stichworten benennen):
-
-

4.2 Hat es in der Kommune, in deren Gebiet Ihre Organisation hier in NRW ihren Sitz hat, bereits Gespräche über eine mögliche kommunale Partnerschaft mit einer Kommune in Ghana gegeben?

- Ja
- Nein

(Wenn ja, bitte kurz das Ergebnis bzw. den Stand der Überlegungen skizzieren.)

5. Künftige kommunale Entwicklungskooperationen

5.1 Halten Sie es für wünschenswert und möglich, dass die Kommune, in deren Gebiet Ihre Organisation ihren Sitz hat, eine kommunale Partnerschaft mit einer Stadt, einem Distrikt oder einer Gemeinde in Ghana anstrebt?

- Ja
- Nein

Zusatzfrage: (falls es Ihre Zeit erlaubt):

Wenn ja, was wären wichtige Erfahrungen Ihrer Partnerschaftsarbeit, die für eine solche kommunale Entwicklungskooperation berücksichtigt werden sollten?

Wenn nein, warum nicht?

6. Weitere Anmerkungen

Wenn Sie weitere Anmerkungen zum Thema „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana“ machen möchten, besteht hier Gelegenheit:

V.4 Die Millenniumentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) – Übersicht über Ziele und Indikatoren

Die MDGs wurden im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen verabschiedet und sollen bis 2015 verwirklicht werden.

- 1) Beseitigung der extremen Armut und des Hungers in der Welt
 - Halbierung des Anteils der Bevölkerung mit Einkommen unter 1 US\$ pro Tag zwischen 1990 und 2015.
 - Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle erzielen, einschließlich Frauen und Jugendliche.
 - Halbierung des unter Hunger leidenden Anteils der Bevölkerung zwischen 1990 und 2015.
- 2) Grundschulbildung für alle Kinder
 - Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen können.
- 3) Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
 - Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015.
- 4) Senkung der Kindersterblichkeit
 - Senkung der Kindersterblichkeit (unter fünf Jahren) um zwei Drittel zwischen 1990 und 2015.
- 5) Verbesserung der Gesundheit von Müttern
 - Senkung der Müttersterblichkeit um drei Viertel zwischen 1990 und 2015.
 - Bis 2015 universellen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung erreichen.
- 6) Erfolgreiche Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten
 - Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/AIDS zum Stillstand bringen und eine Trendumkehr bewirken.
 - Bis 2010 universellen Zugang zu HIV/AIDS-Therapie für alle erreichen, die sie benötigen.
 - Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und eine Trendumkehr bewirken.
- 7) Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit
 - Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in der Politik und den Programmen der einzelnen Staaten verankern und die Vernichtung von Umweltressourcen eindämmen.
 - Den Verlust an Biodiversität verringern und bis 2010 die Verlustrate signifikant reduzieren.
 - Halbierung des Anteils der Bevölkerung ohne nachhaltigen Zugang zu hygienischem Trinkwasser und sanitärer Basisversorgung bis 2015.
 - Wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern und -bewohnerinnen bis 2020.
- 8) Aufbau einer globalen Partnerschaft
 - Ein offenes, regelgeleitetes, berechenbares und nicht diskriminierendes Handels- und Finanzsystems weiterentwickeln (dies umfasst die Verpflichtung zu guter Regierungs- und Verwaltungsführung, Entwicklung und Armutsbekämpfung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene).
 - Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder, inklusive Abbau von Handelshemmnissen, Schuldenerleichterung und -erlass, besondere finanzielle Unterstützung der aktiv um Armutsminderung bemühten Länder.
 - Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von sich entwickelnden Binnen- und kleinen Inselstaaten.
 - Umfassende Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene zur Lösung der Schuldenprobleme der Entwicklungsländer.
 - In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen erschwingliche unentbehrliche Arzneimittel in den Entwicklungsländern verfügbar machen.
 - In Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor dafür sorgen, dass die Vorteile neuer Technologien, insbesondere von Informations- und Kommunikationstechnologien, von Entwicklungsländern genutzt werden können.

V.5 Ergebnisprotokoll der Ministerpräsidentenkonferenz vom Oktober 2008

Jahreskonferenz der Regierungschefs der Länder vom 22. bis 24. Oktober 2008 in Dresden

Ergebnisprotokoll¹

TOP 4 Entwicklungszusammenarbeit

Die Regierungschefs der Länder kommen überein, bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Länder auf der Grundlage des Berichts „Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen“ (Stand: 22. Oktober 2008) zu verfahren. Dabei erwarten sie Kooperation und Unterstützung durch die Bundesregierung.

Zukunftsfähigkeit sichern – Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen

(Stand: 22. Oktober 2008)

I. Weltweite Herausforderungen und die Aufgaben der Länder

Die Bekämpfung von Hunger und Armut, der Klimawandel und die weltweit zunehmende Migration stellen die Entwicklungspolitik vor neue Herausforderungen. Die Bewältigung der globalen wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Umwälzungen erfordert nicht nur von den Nationalstaaten und internationalen Institutionen, sondern auch von den Ländern verstärkte Anstrengungen.

Vor dem Hintergrund der Millennium-Entwicklungsziele von 2000 und der Paris Deklaration von 2005 wollen die Länder ihre spezifischen Kompetenzen komplementär zu den nationalen und internationalen Akteuren einsetzen, ohne als weitere Geber in Konkurrenz zu ihnen zu treten. Es ist die vorrangige Aufgabe der Länder, als Träger und Rahmengeber für Entwicklungspartnerschaften zu fungieren, diese zu koordinieren und zu unterstützen. Die partnerschaftlichen Aktivitäten der Länder und Kommunen mit Städten, Provinzen, Regionen und Staaten der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer gilt es weiter auszubauen.

Mit ihrem vielfältigen Engagement nehmen die Länder nicht nur Mitverantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung wahr, sondern sichern auch ihre eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Wissen, Innovation und interkultureller Kompetenz für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und angesichts der großen Wachstumspotentiale vieler Entwicklungsländer wird sich das entwicklungspolitische Engagement auch für die Länder selbst nutzbringend auswirken.

II. Kernkompetenzen und Handlungsfelder für das Engagement der Länder

Vor diesem Hintergrund konzentrieren sich die Länder nach Maßgabe ihrer entwicklungspolitischen, personellen und haushaltsbezogenen Präferenzen auf folgende Kernkompetenzen und Handlungsfelder:

¹ Im Internet abrufbar unter: www.berlin.de/imperia/md/content/sen-wirtschaft/lez2/mpk2008_ergebnisprotokoll_endg_ltig.pdf

1. Klimaschutz und Energie

Klimaschutz, Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien sind zu Schlüsselthemen der Entwicklungspolitik geworden. Auf Grund ihrer breiten Erfahrungen und ihrer Nähe zu den Akteuren der Wirtschaft sind die Länder prädestiniert, einen Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels zu leisten.

2. Ernährungssicherheit und ländliche Räume

Das Millenniumsziel, den Anteil der Hungernden an der Weltbevölkerung bis 2015 zu halbieren, ist gefährdet. Die Länder können durch Beratung, Bildung und Forschung vielfältige Angebote entwickeln, um die Produktivität der Landwirtschaft sowie den Lebensstandard in den ländlichen Räumen in den Entwicklungsländern zu verbessern.

3. Migration und Entwicklung

An der Schnittstelle von Entwicklungspolitik, Migration und Integration ergeben sich neue Aufgaben und Chancen für die Länder. Die Aktivierung der Diaspora kann neue Potentiale für die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit Entwicklungsländern mobilisieren und die Kompetenz der Migranten als Brückenbauer zu ihren Heimatländern stärken.

4. Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Die Länder wollen ihr wissenschaftliches Know-how und die Kompetenz ihrer Hochschulen verstärkt für die Entwicklungszusammenarbeit nutzen und ihre Hochschulen für ausländische Studierende und Wissenschaftler attraktiver machen. Sie leisten damit einen Beitrag zur Verbesserung der internationalen Bildungskooperation und wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit.

5. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist eine wichtige Voraussetzung für Armutsbekämpfung und Bewältigung des Klimawandels. Die Entwicklungszusammenarbeit von heute ist die Außenwirtschaft von morgen. Die Länder wollen Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit besser zusammen führen und ihre Wirtschaftsförderung stärker für das Engagement von kleinen und mittleren Unternehmen in Entwicklungsländern nutzen.

6. Gute Regierungsführung und Dezentralisierung

Mit ihren Erfahrungen und Kompetenzen im föderalen System sind die Länder in besonderem Maße geeignet, Entwicklungsländer in Bezug auf gute Regierungsführung und beim Aufbau dezentraler Verwaltungsstrukturen zu unterstützen und einen aktiven Beitrag zum „capacity building“ zu leisten.

7. Kultur und Entwicklung

Kultureller Austausch dient der Völkerverständigung und trägt zur internationalen Konfliktprävention bei. Deshalb gewinnen der interkulturelle Dialog und die Umsetzung kultureller Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung, insbesondere vor dem Hintergrund der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt (2005). Die Länder wollen die Kulturkooperation mit Entwicklungsländern – auch gemeinsam mit dem Bund – verstärken.

8. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Es bleibt die wichtige Aufgabe der Länder, die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement zu fördern. Gleichwohl begrüßen die Länder das Engagement des Bundes in diesem Bereich. Einer gemeinsam getragenen und breit angelegten entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Sektor kommt eine große Bedeutung zu. Dies sollte mit den Anstrengungen der Länder

zur Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und mit dem neuen Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung verbunden werden.

III. Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung

Die Leistungen der **Länder** in ihrer Substanz und Vielfaltigkeit sind für die Entwicklungspolitik unverzichtbar und öffnen neue Perspektiven für ein verstärktes gemeinsames Engagement. Die Länder sind bereit, auch weiterhin ihre Verantwortung für die Entwicklungspolitik wahrzunehmen und in diesem Politikfeld eine aktive Rolle zu spielen.

Dem Beitrag der **Kommunen** für die Partnerschaft mit Entwicklungsländern messen die Länder eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere für Kultur- und Bildungsarbeit, für die Kooperation mit Migranten aus Entwicklungsländern, für gute Regierungsführung und Dezentralisierung sowie für „capacity building“ im Bereich kommunaler Aufgaben.

Von der **Bundesregierung** erwarten die Länder Kooperation und Unterstützung.

Dies bedeutet insbesondere:

- Dort, wo die Länder im Hinblick auf bestimmte Zielländer oder Themen besonderes Engagement zeigen oder über besondere Kompetenz verfügen, sollte die Bundesregierung die Länder stärker in die bilaterale und internationale Entwicklungszusammenarbeit des Bundes einbinden (Ländergespräche, Thementeam, Kooperation mit CIM, DED, GTZ, InWEnt, KfW u. a.).
- Regionale und überregionale Strukturen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Weiterbildung von Fach- und Führungskräften in Deutschland sind für die Länder von großer Bedeutung. Sie sollen erhalten bleiben und gestärkt werden.
- Von der Stärkung des Standortes Bonn als Sitz der Vereinten Nationen und internationales Kompetenzzentrum für Entwicklungszusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung können alle Länder profitieren. Im Lichte dieser Erfahrung bitten die Länder die Bundesregierung, für die Ansiedlung weiterer internationaler Organisationen in Deutschland zu werben.

Nur durch gemeinsame entwicklungspolitische Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen wird es Deutschland gelingen, seine Zukunftsfähigkeit im globalen Wettbewerb zu wahren.

V.6 Partnerschaftsvereinbarung zwischen Ghana und Nordrhein-Westfalen

Die Regierungen der Republik Ghana und des Landes Nordrhein-Westfalen bekunden auf der Grundlage des Schreibens vom 2. Juli 2007 von Ministerpräsident, Dr. Jürgen Rüttgers, an S. E., den Staatspräsidenten John Agyekum Kufuor, und des Schreibens von Außenminister, Akwasi Osei-Adjei, an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 17. September 2007 ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf der Basis von Vertrauen, Gleichberechtigung und gegenseitigem Nutzen. Die im Jahr 2000 in New York beschlossenen Millenniums Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bilden den Rahmen für die gemeinsamen Aktivitäten.

I.

Die Republik Ghana ist ein Partnerland Deutschlands. Die Zusammenarbeit Ghana - Nordrhein-Westfalen ist daher Teil der freundschaftlichen und vielseitigen Beziehungen, die Ghana und Deutschland verbinden.

Die Zusammenarbeit wird durch gemeinsame Planung und Realisierung modellhafter Vorhaben im Rahmen konkreter Projekte erfolgen. Sie soll sich vornehmlich auf die Gebiete wirtschaftliche Zusammenarbeit, Infrastruktur und Energieerzeugung, Wissenschaft, Bildung, Gender Mainstreaming und Frauenpolitik, Gesundheit und Pharmazeutika, Jugend, Sport, Tourismus und Kultur und entwicklungspolitische Bildungsarbeit erstrecken. Dabei werden die entwicklungspolitischen Vorfeldorganisationen der Bundesregierung, die in Nordrhein-Westfalen ansässigen Hilfswerke und den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahe stehende Stiftungen thematisch und / oder projektbezogen an der Partnerschaft beteiligt.

II.

Nordrhein-Westfalen verbindet seit Jahrzehnten eine tiefe Solidarität mit Ghana. Über einhundert Initiativen, Vereine, Gemeinden und Stiftungen und einige Hochschulen arbeiten seit vielen Jahren eng mit Partnern in Ghana zusammen.

Die Regierung der Republik Ghana und die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen sind der gemeinsamen Überzeugung, dass die Einbeziehung dieser nicht staatlichen Organisationen, der Kirchen und privaten Unternehmen wichtig ist für die erfolgreiche Umsetzung dieser Partnerschaft.

Die Parteien begrüßen jede Form des bürgerschaftlichen Engagements, den gemeinsamen Aufbau von Schulpartnerschaften, Städtepartnerschaften, Hochschulkooperationen, kirchlichen Gemeindeparschaften sowie Austausch und Zusammenarbeit von Jugend- und Frauenorganisationen und unterstützen diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

III.

Zum Beginn ihrer Zusammenarbeit werden sich die beiden Regierungen über die Durchführung von Pilotprojekten in den nachfolgenden Bereichen verständigen:

- a. Wirtschaftliche Zusammenarbeit,
- b. Infrastruktur und Energieproduktion,
- c. Wissenschaft,
- d. Bildung,
- e. Gender Mainstreaming und Frauenpolitik,
- f. Gesundheit und Pharmazeutika,
- g. Jugend, Sport, Tourismus, Kultur und
- h. entwicklungspolitische Bildungsarbeit.

Die weitere Konkretisierung kann über fachbezogene Sondervereinbarungen geregelt werden.

IV.

Die Regierung der Republik Ghana und die Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen wirken darauf hin, konkrete Kooperationen zwischen nationalen und privaten Organisationen zur Förderung von industrieller Entwicklung, Ausbau der gegenseitigen Handelsbeziehungen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu etablieren. In Ghana bezieht sich dies u.a. auf Organisationen wie Ghana Chamber of Commerce, Association of Ghana Industries, Ghana Export Promotion Council.

V.

Die Umsetzung dieser Vereinbarung wie auch der hierin genannten Projekte und Vorhaben ist abhängig von den jeweilig geltenden finanziellen Rahmenbedingungen, denen die Parteien dieser Vereinbarung unterliegen.

Soweit nichts anderes vereinbart wird, kommt jede Partei für ihre eigenen Kosten in Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Vereinbarung einschließlich eventueller Reise-, Unterbringungs- und sonstiger Nebenkosten auf.

VI.

Die Parteien verpflichten sich, einander hinsichtlich der konkreten Umsetzung von Projekten und Programmen im Rahmen dieser Vereinbarung zu konsultieren.

Das Ministerium für auswärtige Beziehungen der Republik Ghana und das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen dienen als Verbindungsstellen für die Umsetzung dieser Vereinbarung.

Die Parteien erstellen einen jährlichen Aktionsplan. Die Parteien bewerten auf dieser Basis einmal jährlich den Stand der Umsetzung der Kooperationsvorhaben; dies erfolgt über einen Bericht.

VII.

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der Vereinbarung werden durch wechselseitige Konsultation im Geiste einer erfolgreichen künftigen Zusammenarbeit zwischen den Parteien beigelegt.

Die Vereinbarung wird auf eine Dauer von sechs Jahren geschlossen. Vor Ablauf dieser Frist überprüfen die Parteien die Wirksamkeit der Kooperation und entscheiden über die Fortführung.

Die Vereinbarung kann im gegenseitigen Einvernehmen beider Parteien abgeändert werden.

VIII.

Zur Beurkundung dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichner diese Vereinbarung in zwei Urschriften, jede in englischer und deutscher Sprache, unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

Geschehen und unterzeichnet zu Bonn am 5. November 2007
Akwası Osei-Adjei, Außenminister der Republik Ghana
Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

V.7 Erklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

18.-20. Juni 2009

München, Altes Rathaus

Erklärung

Klimawandel findet statt

Der Klimawandel ist schon jetzt Realität und er trifft Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern härter, als Menschen in Industrieländern. Kommunen sind durch ihre Treibhausgasemissionen Verursacher aber auch Leidtragende des Klimawandels. Aus Kommunen kommen aber auch entscheidende Impulse für ein erfolgreiches Umschwenken hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft.

Das Handeln bleibt jedoch weltweit hinter den Erkenntnissen über die Dringlichkeit umfassenderer Änderungen unserer Produktions- und Lebensstile weit zurück. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise darf keine Ausrede für weiteres Abwarten sein. Sie bietet im Gegenteil die Chance, zukunftsfähige Technologien zu fördern.

Um einen unbeherrschbaren Klimawandel zu verhindern, ist das Minimalziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Im globalen Durchschnitt müssten die CO₂-Emissionen dazu auf unter zwei Tonnen pro Kopf sinken. In Deutschland liegen sie derzeit bei ca. zehn Tonnen/Einwohner. Wird dieses Ziel verfehlt, müssen wir mit noch dramatischeren ökologischen und ökonomischen Schäden und sozialen Verwerfungen rechnen.

Unser politisches, soziales und ökonomisches Ziel muss dem gegenüber sein, sofort alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, den Wendepunkt bei den globalen Emissionen in den Jahren 2013–17 zu erreichen. Denn eine nachhaltige Entwicklung kann nicht ohne Klimaschutz und Anpassung an den schon stattfindenden Klimawandel erreicht werden. Und Klimaschutz ohne Beachtung der globalen Entwicklungszusammenhänge führt nicht zu Klimagerechtigkeit.

Kommunen in Industrieländern haben das Know-how, die technischen und finanziellen Kapazitäten und die moralische Verpflichtung, jetzt schon deutliche Schritte hin zu massiven Emissionsreduktionen zu unternehmen. In Übereinstimmung mit der Erklärung der Klimakonferenz der Kommunen in Kopenhagen vom Juni 2009 fordern die Konferenzteilnehmer/-innen, die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Klimapolitiken in die Agenda der United Nations Framework Convention on Climate Change einzubeziehen.

Für den Schwerpunkt Klima in der Entwicklungspolitik erarbeiteten die Teilnehmer/-innen die folgenden gemeinsamen Ziele und Handlungsempfehlungen »

Wir setzen uns dafür ein, dass

1. die Bürger/-innen verstärkt Zugang zu Klimawandelwissen und Klimaschutzkompetenzen erhalten, um den Zusammenhang zwischen Klima und Entwicklung zu verstehen und daraus Motivation zum Handeln und für einen nachhaltigen Lebensstil zu ziehen;
2. die kommunalen Akteure ihrer Verantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung durch weitreichende Maßnahmen zum Klimaschutz in den deutschen Kommunen gerecht werden, damit sie auch international glaubwürdig handeln können;
3. die Handlungsfähigkeit der Kommunen zum Klimaschutz – in Deutschland und weltweit – im Sinne von Dezentralisierung und Demokratie erhalten bzw. gestärkt wird, statt sie durch Liberalisierungstendenzen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge zu beschneiden;
4. die deutschen Kommunen kraftvolle und vernehmbare Akteure in der Entwicklungspolitik sind, damit sie ihre Kompetenzen und besonders ihre Expertise in der Daseinsvorsorge auch in die internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung des Klimawandels einbringen können;
5. sich diese Akteure hier und mit ihren Partnerkommunen auf Augenhöhe mit dem Klimawandel und der Entwicklung befassen, Wissensnetzwerke bilden, gemeinsame Strategien zum Klimawandel entwickeln und die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen gemeinsam vorantreiben;
6. Bürger/-innen, Nichtregierungsorganisationen, Politik, Verwaltung und Wirtschaft arbeitsteilig ihre Klimaschutzkompetenzen und ihr Klimawandelwissen optimal einsetzen, sowohl in als auch zwischen den deutschen Kommunen und in den Entwicklungspartnerschaften, und dafür passende Strukturen für den Austausch schaffen und festigen;
7. die kommunalen Entscheider in Wirtschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen Schwerpunkte und verbindliche Klimaschutzziele für 2020 setzen (orientiert an dem 40 Prozent-Ziel der Bundesregierung) und bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 95 Prozent im Vergleich zu 1990 erreichen;
8. sich die deutschen Kommunen bis 2010 auf eine einheitliche Erfassung ihrer Treibhausgasemissionen verständigen und mindestens 90 Prozent der Städte bis 2015 Klimabilanzen als Grundlage für zielorientiertes Handeln und als wesentlichen Bestandteil kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien vorlegen;
9. bis zum Jahr 2015 mindestens 50 deutsche Städte Klimapartnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen von langfristigen kommunalen Partnerschaften pflegen;
10. Bund, Länder und Kommunen sich an der Finanzierung dieser Partnerschaften und der entwicklungspolitischen (Bildungs-) Arbeit beteiligen.

Die Teilnehmer/-innen verpflichten sich, ihre eigenen Beiträge zur Erreichung dieser Ziele auf den nächsten beiden Bundeskonferenzen (voraussichtlich 2012 und 2015) zu überprüfen.

Über uns

Eine Welt beginnt vor Ort

Viele deutsche Städte und Gemeinden nutzen bereits die Potenziale, die die Realisierung nachhaltiger Entwicklungsstrategien und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit für ihre Kommune und weltweit in sich trägt. Der Bogen reicht von Schul- und Städtepartnerschaften über Bürger- und Beteiligungshaushalte und ein faires Beschaffungswesen bis hin zur interkulturellen Kompetenzbildung. Sie wissen, ein Engagement für die Eine Welt ist für Städte und Gemeinden in Deutschland und in den Partnerländern in vielerlei Hinsicht ein Gewinn: Wirtschaft, Bürgerschaft und Kultur profitieren vom Standortfaktor „Internationalität“.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Sie, als Akteure in Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik, diese Potenziale für sich vor Ort und Ihre kommunalen Partner weltweit zu entwickeln und zu nutzen.

Das leistet die Servicestelle: informieren, beraten, vernetzen und qualifizieren

Wir arbeiten zu den drei kommunalen Zukunftsthemen:

- Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften
- Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen – Zusammenarbeit mit lokalen Diasporen
- Faires Beschaffungswesen – der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels

Die Servicestelle informiert, berät, vernetzt und qualifiziert Städte und Gemeinden rund um diese Zukunftsthemen.

Wir bieten Ihnen:

- vielfältige Publikationen, wie unsere „Dialog Global“- und Materialreihe
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“
- unsere umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de. Hier stehen die Publikationen der Servicestelle zum Download bereit. Neben aktuellen Informationen und umfangreichen Links erhalten Sie die Möglichkeit zur Nutzung unseres Finanzierungsratgebers und einen Zugang zum ModeratorInnen-Netzwerk.

Wir unterstützen Sie durch:

- persönliche, kostenlose Beratung, gerne auch vor Ort
- Veranstaltungen wie Workshops, Netzwerktreffen und Konferenzen
- Wettbewerbe und Vermittlung von Fördermitteln

Unsere Motivation sind Ihre Ideen, Anregungen und Konzepte, Ihre Kreativität und Ihr Durchsetzungsvermögen. Kommunales Engagement für die Eine Welt zahlt sich für alle Beteiligten aus – wir unterstützen Sie dabei!



Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Fon: +49 (0)2 28 – 4460 – 1600

Fax : +49 (0)2 28 – 4460 – 1601

www.service-eine-welt.de

InWEnt – Kompetent für die Zukunft

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH ist ein weltweit tätiges Unternehmen für Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog.

InWEnt arbeitet mit Menschen in Schlüsselpositionen zusammen und unterstützt sie darin, Veränderungsprozesse in ihren Ländern zu gestalten. Unsere Capacity Building-Programme richten sich an Fach- und Führungskräfte aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. InWEnt qualifiziert Menschen und trägt dazu bei, dass sie ihr Wissen weitergeben und langfristig Strukturen verändern.

Unsere Auftraggeber

Als Organisation der internationalen Zusammenarbeit leistet InWEnt im Auftrag der Bundesregierung, der Länder und der deutschen Wirtschaft einen wichtigen Beitrag für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung. 60 Prozent aller Programme führen wir im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch. Darüber hinaus sind wir auch für andere Bundesministerien tätig. Zudem kooperieren wir mit deutschen Unternehmen in Public Private Partnership Projekten.

Internationale Auftraggeber sind die Europäische Union, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation und die Vereinten Nationen.

Unser Angebot

Die Programme für Menschen aus Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern sind speziell auf den Bedarf unserer Partner zugeschnitten. InWEnt bietet berufsspezifische und praxisorientierte Weiterbildung und Trainings, Dialogveranstaltungen und Online-Kurse auf der eigenen Internet-Plattform Global Campus 21®. Über ein aktives Alumni-Netzwerk bleiben die Teilnehmer/innen auch nach ihrer Fortbildung untereinander und mit InWEnt im Gespräch.

InWEnt berät auch die deutsche Wirtschaft bei ihrem Engagement in Entwicklungs- und Transformationsländern. Dabei setzen wir zunehmend auf den Erfolg von Public Private Partnership Projekten, in denen sich wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele miteinander verbinden lassen.

InWEnt bereitet zudem Fachkräfte der Internationalen Zusammenarbeit auf ihren Aufenthalt im Ausland vor. Jungen Menschen aus Deutschland bietet InWEnt mit Austausch- und der Vermittlung von Stipendienprogrammen die Chance, weltweit Berufserfahrung zu sammeln.

Unsere Standorte

Der Hauptsitz der InWEnt gGmbH ist in Bonn. Mit 14 Regionalen Zentren ist InWEnt in den Ländern der Bundesrepublik präsent und somit in jeder Region ansprechbar. Unsere Büros in Neu-Delhi, Hanoi, Kairo, Kiew, Lima, Managua, Manila, Moskau, Peking, Pretoria, São Paulo und Daressalam führen wir überwiegend in Partnerschaft mit anderen deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit.



InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Fon +49 228 4460-0

Fax +49 228 4460-1766

www.inwent.org



Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partner im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperthen in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten


- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen. Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltige die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.

 Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

 Deutscher
Städtetag

 Deutscher
Städte- und Gemeindebund

 DEUTSCHER
LANDKREISTAG

 Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

 VENRO
VERBAND NACHREGIERUNGSORGANISATIONEN
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN E.V.

 dbb
beamtenbund
und tarifunion



 Auswärtiges Amt

 Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

 DGB

 DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISTUM KÖLN

 d.i.e.
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik

 German Development
Institute

 agl

 giz

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Stadt Bonn, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.